

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 7. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Reklamelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Erinnerungen an Paul Singer

von A. Bebel.

Es sind über 42 Jahre, daß ich Paul Singer kennen lernte. Im Frühjahr 1868 tagte in Berlin das deutsche Zollparlament, das aus den Mitgliedern des Norddeutschen Reichstags und aus den in den süddeutschen Staaten eigens zu diesem Parlament gewählten Vertretern zusammengesetzt war. In den demokratischen Kreisen Berlins tauchte damals der Gedanke auf, eine Volksversammlung einzuberufen, in der außer Liebknecht und mir Dr. Kolb-München, Rechtsanwalt Desterlen-Stuttgart und andere reden sollten. In dem Komitee, das diese Versammlung einberief, befand sich neben Dr. Guido Weiß und dem im letzten Sommer über 91 Jahre alten verstorbenen Thöde auch Paul Singer. Vorsitzender der Versammlung war der noch heute in New York lebende Genosse Zonas, zu jener Zeit Buchhändler in Berlin. Ich machte damals die Bekanntschaft Paul Singers, die bald intime Freundschaft für das Leben wurde.

Singer war damals noch Demokrat, aber mit starkem sozialen Empfinden, wie sich bald nachher zeigte. Als Anfang September 1868 der Vereinstag der deutschen Arbeitervereine in Nürnberg mit auf meinen Antrag als Vorsitzender des Verbandes das Programm der Internationale annahm, gab dieses im Berliner Arbeiterverein, zu dessen Mitgliedern auch Singer gehörte, Anlaß zu lebhaften Debatten. Ein Teil des Vereins verlangte die Zustimmung zum Nürnberger Programm. Der Antrag wurde nach sehr erregten Debatten gegen eine starke Minorität, darunter Paul Singer, abgelehnt. Darauf trat die Minderheit aus dem Verein und gründete den Demokratischen Arbeiterverein, dem außer Singer später auch Theodor Wegner, Wille und Heinrich Vogel (Charlottenburg), nach ihrem Austritt aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, beitraten. Dieser Verein stand also auf dem Boden des Nürnberger Programms und als im nächsten Jahre die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Eisenach gegründet wurde, schloß er sich dieser an.

Paul Singer ist also weit früher in die sozialdemokratische Bewegung eingetreten, als man nach den bisher darüber veröffentlichten Nekrologen annehmen mußte, woraus ich aber den Verfassern jener Nekrologe keinen Vorwurf mache, denn die literarischen Quellen über jene Vorgänge sind kaum bekannt.

Unsere damalige Stellung schloß eine engere Fühlung mit der Demokratie nicht aus, die namentlich in Berlin die äußerste Linke der Volkspartei bildete und den Standpunkt Johann Jacobis einnahm.

Der Gründe, die Paul Singer verhinderten, in den nächsten zehn Jahren öffentlich in der Bewegung hervorzutreten, waren hauptsächlich zwei. Einmal wurde der damals sehr schlanke hochaufgeschossene junge Mann von der Tuberkulose ergriffen, die ihn hart an den Rand des Grabes brachte. Er suchte Heilung an der Riviera; als man aber dort an seiner Gesundheit verzweifelte, schickte man ihn zum Sterben nach Hause. Wider alles Erwarten erholte er sich hier vollständig. Er selbst schrieb seine Gesundung hauptsächlich dem Umstande zu, daß er täglich zwölf rohe Eier genoß. Nach seiner Wiederherstellung mußte er aber, und das war der zweite Grund, der sein öffentliches Auftreten verhinderte, mit aller Energie für die Hebung des Manufakturgeschäfts eintreten, das er Ende der sechziger Jahre in Gemeinschaft mit seinem Bruder gegründet hatte, was beiden auch gelang.

Die aktive Beteiligung an einem größeren Geschäft, das seinen Inhabern eine große Verantwortung und großes Risiko auferlegte, schließt eben eine öffentliche Beteiligung an der sozialdemokratischen Bewegung aus. Dafür haben wir in der Geschichte unserer Partei manche Beispiele. Das hielt aber Paul Singer nicht ab, der Bewegung nicht nur seine volle Sympathie, sondern auch in hervorragendem Maße finanzielle Unterstützung zuteil werden zu lassen. Wie er denn in Geldsachen und wo immer er um Hilfe angegangen wurde, stets ein nobler Mensch war, der oft weit über das berechtigte Maß hinausgab, und da er kein großer Menschenkenner war, auch oft mißbraucht wurde.

Als dann seine wirtschaftliche und soziale Position gefestigt war und er sich namentlich auch in den Berliner Kaufmannskreisen eine sehr angesehene Stellung erobert hatte, litt es ihn nicht länger in seiner Zurückhaltung. Das Sozialistengesetz war die nächste Veranlassung zu seinem Hervortreten. Der Erlaß des Sozialistengesetzes hatte sein feines Rechts- und Gerechtigkeitsgefühl aufs tiefste empört und nun trat er hervor und gab mit vollen Händen zur Unterstützung der Opfer, die das Gesetz geschaffen hatte. Anlässlich einer seiner Geschäftsreisen nach England, besuchte er im Frühjahr 1879 auch Marx und Engels in London und war für die Gründung des

Züricher „Sozialdemokrat“ tätig. Er beteiligte sich ferner von jezt ab an der sogenannten „inneren Bewegung“ in Berlin, und da seine Stellungnahme der Polizei nicht verborgen blieb, erging es ihm wie mehr oder weniger überall den bekannten tätigen Genossen, seine Wohnung und sein Geschäftslokal wurden Gegenstand geheimer polizeilicher Ueberwachung. Das verhinderte nicht, daß er alles ausbot, der polizeilichen Beobachtung zu entkommen und an den geheimen Zusammenkünften teilzunehmen, die damals die öffentliche Tätigkeit der Partei ersetzen mußten. Paul Singer besaß eben den nötigen Mut, den die Zeit erforderte und die Partei verlangte.

Wie er später Stadtverordneter und Reichstagsabgeordneter wurde und nach seiner Rede in der Jhring-Maklow-Affäre im Reichstage durch Herrn v. Puttkamer aus Berlin ausgewiesen wurde, ist bekannt.

Er siedelte nunmehr nach Dresden über und zwar in die nächste Nähe meiner Wohnung. Ich hatte, nachdem ich im Sommer 1881 aus Leipzig ausgewiesen worden war und nach mehrjährigem Aufenthalt in Borsdorf, wo auch Liebknecht hauste, Sehnsucht nach der Wiedervereinigung mit meiner Familie empfand, im Herbst 1884 in Plauen einem Vorort von Dresden, Wohnung genommen. Paul Singer wurde jetzt nach seiner Uebersiedelung nach Dresden unser täglicher Gast und in den letzten Jahren vor Aufhebung des Sozialistengesetzes sogar unser Wohngenosse. Dieses tägliche Beisammensein war mir sehr angenehm und für die Partei von Vorteil. Die Leitung der Partei war nach der Auflösung ihrer Organisation uns in Leipzig und, wie damals die Personverhältnisse lagen, die Hauptarbeit mir zugefallen. Nach unserer Ausweisung aus Leipzig wurde der Fraktionsvorstand als Leiter der Partei bestimmt, zu dem später auch Paul Singer gehörte. Der Fraktionsvorstand war aber außerhalb der Reichstagsession über die verschiedensten Orte zerstreut und daher ein Meinungsaustausch schwer. So wohnte Auer in Schwerin, später in München, Grillenberger in Nürnberg, Hasenclever erst in Burgen, dann in Bernburg, zuletzt in Halle, Liebknecht in Borsdorf, ich erst in Borsdorf, dann in Plauen. Ueber intime Dinge zu korrespondieren, war bedenklich, denn an das postalische Briefgeheimnis, das so sicher sein soll wie die Bibel auf dem Altar, glaubten wir nicht. So kam es, daß ich auch die Kasse führte, daß ich wider meinen Willen in gewissem Sinne in die Rolle eines indischen Maharadja gedrängt wurde, die Fürst Wilow mir zwei Jahrzehnte später andichtete. Ich mußte eben häufig auf eigene Faust und Verantwortung handeln. Jetzt kam mir Paul Singer wie gerufen. Puttkamer hatte mir persönlich einen Gefallen erwiesen, als er unseren Singer zwang, Berlin zu verlassen. Denn nunmehr konnte ich alle Vorgänge mit ihm besprechen und ebenso konnte er mir bei der Korrespondenz helfen, die ich zu erledigen hatte, oder wenn ich von Plauen abwesend sein mußte, die Geschäfte erledigen. Als ich dann infolge meiner Beteiligung am Kopenhagener Parteikongreß mit einer Anzahl anderer Genossen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war und diese im Spätherbst 1886 anzutreten hatte, übernahm er auch während meiner Abwesenheit die Führung der Kasse. Erst der Fall des Sozialistengesetzes, Ende Oktober 1890, machte der Plauener „Idylle“ ein Ende.

Bekanntlich war Paul Singer unter den führenden Genossen der einzige, der nie eine Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte. Damit neckten wir ihn zuweilen. Wir meinten, ein Parteiführer, der nicht wenigstens einige Monate Gefängnis hinter sich habe und damit die Taufe für seine Stellung erhielt, könne nicht für voll gelten. Paul nahm solche Redereien auffallend ernst auf; unsere Logik leuchtete ihm selbstverständlich nicht ein. Einmal aber schien es, als werde er das Schicksal seiner nächsten Freunde teilen müssen. Im Spätsommer 1886 regten die Vorgänge in Bulgarien und die Rolle, die Prinz Alexander von Battenberg darin spielte, die politische Welt auf. Die Dresdener Parteigenossen betrafen auf meine Veranlassung eine große Versammlung ein, in der ein Vortrag von mir über die Vorgänge auf dem Balkan angekündigt wurde. Da es sich um einen rein politischen Vortrag handelte, der vielleicht auch die Polizei interessierte, legte sie der Versammlung kein Hindernis in den Weg. In der Diskussion, die dem Vortrag folgte, nahm auch Paul Singer das Wort, und kam dabei — ich weiß nicht mehr in welchem Zusammenhang — auf den Bundesrat zu sprechen, dem er eine fulminante Beleidigung an den Kopf warf. Der die Versammlung überwachende Polizeikommissar sprang während auf und entzog ihm das Wort. Als wir nach Hause gingen, sagte ich zu ihm: Paul, heute abend hast Du Dir ein paar Monate geholt, die hast Du sicher. Aber siehe, der Bundesrat, der vier Jahre früher mich wegen Beleidigung belangen ließ und auch meine Verurteilung zu zwei Monaten Gefängnis erlangte, unterließ die Klage. Möglich, daß die

sächsische Regierung bei ihm keinen Antrag auf Strafverfolgung Paul Singers gestellt hatte. Dafür aber verbot ihm das Ministerium für ganz Sachsen das Redenhalten. Er hatte also beneidenswertes Glück. Er entging der Strafe und konnte im Gebiete des Königreichs Sachsen seine Lippen schonen.

Eine andere Affäre war für die Partei wichtiger. Ende 1887 erfuhr Paul Singer durch einen Beamten, der auf dem Berliner Polizeipräsidium in der Abteilung für die politische Polizei beschäftigt war und uns für Geld Spitzeldienste leistete, daß eine Anzahl Parteigenossen im Dienste der politischen Polizei Parteiverrat übten. Als Hauptspione wurden in den Berichten der Schreiber Schröder in Zürich und der Giesler Haupt in Genf genannt, die beide an diesen Orten eine tätige politische Rolle spielten. Schröder hatte sogar mit den Anarchisten Kammerer, Stellmacher usw. enge Fühlung und hatte in Zürich einer Konferenz präsiert, in der eine Anzahl Morde in Wien, Stuttgart und Straßburg beschlossen worden waren. Nebenbei bemerkt: Kammerer und Stellmacher endeten in Wien am Galgen.

Auf Grund der Informationen, die wir nach Zürich gaben, gelang es unsern dortigen Genossen, in erster Linie Richard Fischer und S. Schlüter, die beiden biedereren Spitzel zu entlarven, die nunmehr hinter Schloß und Riegel saßen und für uns sehr wertvolle Geständnisse abgelegt hatten. Da nun Bismarck um dieselbe Zeit eine abermalige Verlängerung und bedeutende Verschärfung des Sozialistengesetzes vom Reichstag verlangte — unter anderem wurde die Expatrierung (Verbannung aus ganz Deutschland) ungewisser sozialistischer Elemente gefordert — hatten wir das höchste Interesse, durch einen Generalschlag die Bismarckschen Pläne zu zerrümmern. Dazu bot sich jetzt eine glänzende Gelegenheit. Wir hatten wieder einmal „Schwein“. Gleich nach Neujahr reisten Paul Singer und ich unter den gebotenen Vorsichtsmaßregeln, damit unsere Reise nicht von der Polizei entdeckt wurde, von Dresden nach Zürich. Es galt, eine offizielle Befätigung der Geständnisse zu erlangen, die Schröder und Haupt gemacht hatten, wodurch ihre provokatorische und verbrecherische Tätigkeit erwiesen wurde. Auch hier hatten wir Glück. Es gelang uns, hinter dem Rücken des Züricher Polizeihauptmanns, Einsicht in die Untersuchungsakten zu nehmen. Wir erzepierten aus denselben, was uns wichtig schien, formulierten alsdann eine Erklärung auf Grund dieser Akten-ergebnisse und legten diese dem Polizeihauptmann, der nicht wenig verwundert war, daß die Ergebnisse unserer Untersuchung mit denen in seinen eigenen Akten bis auf einen Nebenpunkt genau übereinstimmten, zur Beglaubigung vor. Anfangs sträubte er sich, aber Breden half, er beglaubigte unsere Feststellungen. Glücklich über diesen gelungenen Streich, luden wir den Polizeihauptmann ein, eine Flasche Badruzer Rotwein in der Junststube zur Schmieden mit uns zu trinken. Er nahm die Einladung an, wir waren sehr vergnügt, und „voll des süßen Weins“ unterhielt uns der Polizeihauptmann mit der Erzählung amüsanten Erlebnisse aus seinem Studentenleben in Deutschland. Währenddessen war der Generalstab des „Sozialdemokrat“ am Oberen Wolfboch in der Wohnung des roten Postmeisters, Julius Motteler, versammelt und erwartete mit großer Spannung unser Erscheinen. Sobald wir in die Lüre traten, brachen die Anwesenden in Jubelrufe aus, sie hoben, noch ehe wir ein Wort gesprochen hatten, an unseren Gesichtern, daß der Streich gelungen war. Als dann nachher Paul Singer, der nach unserer Vereinbarung die erste Rede im Reichstag hielt — ich rechnete nachher mit den Begnern ab —, die Resultate unserer Züricher Reise zur Kenntnis brachte und wir gleichzeitig die vom Züricher Polizeihauptmann amtlich bestätigten Geständnisse der von preussischem Polizeigeld unterhaltenen Provokatoren im Reichstage zur Verteilung brachten, war das Schicksal der verschärften Sozialistengesetzvorlage entschieden. Es blieb bei der einfachen Verlängerung des bisherigen Gesetzes. — — —

Und nun ein Wort über einen Teil seiner politischen Gegner.

Wie vorauszusehen war, hat ein Teil der gegnerischen Presse die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um unseren toten Freund und Genossen aufs neue mit Schmutz zu bewerfen. Die alten Beschimpfungen und Anklagen wurden wiederum gegen ihn erhoben. Paul Singer hat bei seinem weichen Gemüt unter diesen Angriffen schwer gelitten, sie haben ihm manche bittere Stunde bereitet. Aber er konnte sich, mit Ausnahme eines Falles, in dem er eine gerichtliche Entscheidung provozierte und zu seinen Gunsten erlangte, nie entschließen, wie ich ihm wiederholt riet, systematisch gegen seine Feinde vorzugehen und durch energische öffentliche Erklärungen, denen die anständige Presse die weiteste Verbrei-

tung gegeben hätte, die Beleidiger in ihre Schranken zu weisen.

Die oft und auch jetzt wieder erhobene Beschuldigung, Paul Singer sei durch die Ausbeutung der in seinem früheren Geschäft beschäftigten Personen Millionär geworden, ist eine grobe Unwahrheit. Er war nie Millionär, er hat auch nie nur die Hälfte einer Million besessen, wie die Steuerbehörde, der gegenüber er sein Einkommen und Vermögen mit seltener Gewissenhaftigkeit angab, bestätigen könnte. Singer blieb ein vermöglicher Mann, weil das Wohlsein und Opfern für andere ihm im Blute lag. Das wurde in gewissen Kreisen allgemein bekannt, und so war die Zahl derer, die ihn um Hilfe anging, bald Legion. Er gab soviel, daß, wenn schließlich nicht sein Bruder, an dem er mit großer Liebe hing, die Sorge für einen Teil seiner Existenz übernommen hätte, er nicht mehr die Mittel gehabt hätte, die gewohnte Lebensweise zu führen. Und diese war keine verschwenderrische, wie ich mit fast Jahrzehnten zu überzeugenden Gelegenheiten hatte.

Auch von den sogenannten Champagnergelagen, an denen er teilgenommen haben soll, ist mir nichts bekannt geworden. Ich habe nie gesehen, daß er ein Glas Champagner an die Lippen setzte, obgleich es für ihn kein Verbrechen gewesen wäre, ein Glas Wein zu trinken, das für manche seiner Beschimpfer zur täglichen Gewohnheit gehören mag. Unwahr ist auch die Behauptung von den „riesengroßen Savannainportern“, die er bezogen habe. Gewiß, Paul Singer war ein starker Raucher und liebte eine gute Zigarre. Aber die Sorge für die Befriedigung dieser Liebhaberei übernahm wieder sein Bruder, der seinen von Pauls Geburtstag vorübergehen ließ, ohne ihn ausreichend mit der geliebten Zigarre zu versehen.

Und was das unglückselige Wort betrifft, das sein früherer Kompagnon einer armen Arbeiterin, die ihn um höheren Lohn bat, ins Gesicht schleuderte: wie kann man ihn dafür verantwortlich machen, ihn, der dieses Wort am schärfsten verurteilte und am meisten bedauerlich kann man christlicher Weise keinen Menschen für die Handlungen seines Bruders verantwortlich machen, wie einen Mann für die Handlungen eines anderen, mit dem ihn zufällig geschäftliche Beziehungen verbinden. Und was wissen die Beschimpfer, welche Gründe Paul Singer mit veranlaßten, bald nach seiner Ausweisung aus seinem Geschäft auszutreten?

Ich gehöre nicht zu denen, die dem Grundgesetz huldigen, man dürfe von den Toten nur Gutes sagen. Wo bliebe da die geschichtliche Wahrheit und wie wollte man dann noch Geschichte schreiben? Aber man soll nicht Beschuldigungen erheben, die aus der Luft gegriffen sind, und man soll keinen Menschen herunterreißen, weil er ein verhaßter politischer Gegner ist.

Paul Singer war allzeit ein Freund der Schwachen und Hilfsbedürftigen, der großherzig half, wo er helfen konnte. Man mußte ihn hören, mit welcher Liebe er an dem von ihm mit gegründeten Asyl für Obdachlose hing. Ich habe ihn mehr als einmal sagen hören: vor die Wahl gestellt, das Reichstagsmandat oder seine Stellung als Stadtverordneten und Vorstandsmittglied des Asylvereins zu opfern, würde er das erstere opfern. Das ehrt den Mann. Er hat allzeit Unrecht und Unterdrückung, wo immer er sie fand, bekämpft und ist für Recht und Gerechtigkeit eingetreten. Kurz, er hat stets so gehandelt, wie seine christliche Ueberzeugung und sein Gewissen ihm vorschrieben. Die Partei darf stolz sein, daß sie ihn zu den ihren zählte und sie darf mit gutem Gewissen seiner stets mit Hochachtung in Ehren gedenken.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. Februar 1911.

Reichmanns und Beseleers Richterbeeinflussung.

Aus dem Reichstage, 6. Februar. Bei der zweiten Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Eingriffe in die Richtersprechung, zu denen der Reichstagsrat und der preussische Justizminister sich durch die ihrer eigenen Politik so überaus abträglichen Entwicklungen der Roabiter Prozesse haben hinreißen lassen.

Zunächst begründete Genosse Stadthagen einen sozialdemokratischen Antrag, daß eine Zulassung zur Vorbereitung zum Justizdienst nicht von der politischen oder konfessionellen Gesinnung oder Betätigung abhängig gemacht werden dürfe. Er wies nach, daß die Gesinnungsprüfung die Unabhängigkeit des Richterstandes notwendig untergraben müsse. Obgleich durch die bestehenden Gesetze eigentlich so wie eine demartige Bürgschaft gegeben sei, werde in der Praxis doch fortgesetzt dagegen verstoßen. Deshalb sei die ausdrückliche Fixierung dieser Bestimmung im Gesetz notwendig. Sowohl Herr Heinze (natl.) wie Herr Wellstein (Z.) erklärten indes die Aufnahme der Bestimmung für überflüssig, was die Sicherstellung der Gesinnung anbetreffe, für unzulässig aber betreffs der Betätigung. Darin liegt aber der Kern der Forderung. Denn ginge es nach der Auffassung jener Juristen, so würde nur noch der Jurist vor Gesinnungsverfolgung sicher sein, der von seiner Gesinnung niemand etwas merken läßt. Jede Befundung einer Gesinnung ist auch schon eine Betätigung.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Zu dem § 8 des Gerichtsverfassungsgesetzes hatten die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, der darauf abzielte, sämtlichen Richtern diejenige Sicherheit gegen Satzregelungen zu gewähren, die gegenwärtig nur die Mitglieder des Reichsgerichts genießen. Diese Frage gab dem Genossen Heine Anlaß, den Reichsmannschaften und den Beseleerschen Eingriff in die Richtersprechung anlässlich des Roabiter Prozesses einer scharfen Kritik zu unterziehen. Wenn der Reichstagsrat während jenes Prozesses von den Polizeibeamten trotz der sie belästigenden Zeugenausagen gelagt hatte, sie hätten nur ihre Pflicht getan, so kann ihm unmöglich unklar sein, daß damit die Richter hätten zugunsten der Angeklagten beeinflusst werden können, obgleich ja glücklicherweise die Richter ihre Unabhängigkeit gewahrt hätten. Nicht minder verurteilenswert sei der Versuch des Justizministers Beseleer, den Landgerichtsdirektor Unger zur Rechenschaft zu ziehen wegen

seiner Rechtsbelehrung über die erlaubte Notwehr gegen über rechtswidriger Angriffe von Beamten. Auch dieser ministerielle Uebergriff könne die übele Wirkung haben, amtierende Richter einzuschüchtern. Da der Justizminister Beseleer wegen der Beratung des Justizgesetzes im preussischen Abgeordnetenhaus war, übernahm der Staatssekretär Visco seine und des Reichstanzlers Verteidigung. Sie fiel aber überaus lahm aus. Besonders Gewicht legte er darauf, daß in dem amtlichen Stenogramm über die Reichstagsrede, wo steht, die Beamten hätten ihre Pflicht getan, das Wort „nur“ fehle. Seine wies darauf aus dem derzeitigen Bericht des „Reichsanzeigers“ nach, daß dort das Wort „nur“ zu finden ist, wie übrigens auch in anderen Zeitungsberichten. Offenbar sei also aus dem amtlichen Stenogramm das ominöse Wort nachher herauskorrigiert worden.

Genosse Stadthagen ergänzte dann seines Darlegungen noch durch den Hinweis auf die Richtermahregelungen früherer Zeit, um die dringende Notwendigkeit der größeren Sicherungen der richterlichen Unabhängigkeit darzulegen. Aber auch diese eindringlichen Vorstellungen verhallten wirkungslos. Die Minderheit lehnte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen auch diesen Antrag ab.

Einen kleinen Triumph feierte dann noch der Hygantinismus in der Ablehnung eines von den Freisinnigen eingebrachten und von den Sozialdemokraten unterstützten Antrages, daß Richter künftig die Annahme von Orden und Ehrenzeichen verboten werden solle.

Morgen geht die Verhandlung weiter.

Mißstände in der Justiz.

Es ist vom bürokratischen Standpunkt des Justizministers aus verständlich, daß er jede öffentliche Kritik an dem Justizwesen zu hintertreiben sucht. Solange das Dreiklassenparlament sozialistenrein war, tat ihm diese sogenannte Volksvertretung auch den Gefallen und vermiß es — von allzu kraffen Einzelfällen abgesehen — die Richtersprechung im allgemeinen einer gründlichen Besprechung zu unterziehen. Diese guten alten Zeiten sind jetzt vorbei; die Sozialdemokratie hält es für ihre vornehmste Aufgabe, unbestimmt um das Geschick ihrer Gegner, überall den Finger in die Wunden zu legen und was faul ist, zu heilen, da nur so die Vorbedingungen für eine Besserung unserer sozialen Verhältnisse geschaffen werden können.

Von diesem Standpunkt ließ sich der von unserer Fraktion als Redner zum Justizetat bestimmte Genosse Liebknecht leiten, als er am Montag bei verschiedenen Staatspositionen das Wort ergriff und im Gegensatz zu den übrigen Rednern, die meist nur isolierte Einzelheiten vorbrachten, die Aufmerksamkeit des Hauses auf allgemein interessierende Fragen zu lenken verstand. Ganz besonders lebhaft ging es zu, als er den Essener Prozeß kritisierte und an der Hand der Gerichtsverhandlung den unumstößlichen Nachweis dafür erbrachte, daß die Staatsanwaltschaft in dem ersten Schwurgerichtsverfahren nicht nur nichts getan hat, um die Wahrheit zu ermitteln, sondern im Gegenteil dem Prozeß von vornherein einen politischen Charakter aufgedrückt hat. Das war natürlich den Verurteilten der Staatsanwälte nicht angenehm, die Herren Haarmann und Köchling nahmen sich auch nach Kräften ihrer bedrängten Kollegen an, aber sie schnitten herzlich schlecht ab, zumal da sie sich — das gilt insbesondere von Herrn Haarmann — in der Hauptsache auf Schimpfen verlegten und um die Sache selbst herumgingen wie die Rache um den heißen Brei.

Der Justizminister zeigte sich wieder als Reaktionsrührer schlimmster Sorte. Soweit er die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners überhaupt einer Antwort würdigte — auf die meisten Anfragen und Anfragen blieb er die Antwort schuldig — stellte er sich auf die Seite derer, die die Justiz zur dienenden Woge der jeweils herrschenden politischen Richtung machen wollen. Ein Einschreiten gegen den Staatsanwalt im ersten Essener Prozeß lehnt er rundweg ab, für ihn liegt kein Grund vor, irgend etwas zu veranlassen. Das sagt derselbe Mann, der da, wo er kein Recht hat, etwas zu veranlassen, im Falle des Landgerichtsdirektors Unger, gegen das Gesetz die richterlichen Beamten vernommen hat. Wo es aber seine Pflicht ist, einzuschreiten, da tut er es nicht. Eine eigenartige Auffassung von seinem Amte!

Daß übrigens das im Essener Fall beliebte System auch heute noch in Anwendung ist, bewies Liebknecht an der Hand zahlreicher Fälle. Die sonderbare Art, wie nach Eröffnung des Hauptverfahrens wegen der Roabiter Vorgänge die als Zeugen geladenen Beamten vorher von der Polizei vernommen wurden, das Entgegenkommen, das die Staatsanwaltschaft einem Manne wie dem Zeugen Schreiber gegenüber an den Tag legte, all das zeigt, wie wenig die Staatsanwaltschaft ein Recht hat, sich als objektive Behörde zu bezeichnen und wie wenig ihr an der Erforschung der Wahrheit liegt.

Auch die Art des Strafvollzuges wurde von dem sozialdemokratischen Redner einer scharfen, man möchte sagen, vernichtenden Kritik unterzogen, und ebenso betonte er die Notwendigkeit einer besseren psychologischen Ausbildung der Gefängnisärzte und der Anstellung von weiblichen Ärzten in Frauengefängnissen. An wertvollen Anregungen hat es Liebknecht in seiner Beziehung fehlen lassen. Ob die Justizverwaltung sie befolgen will, ist ihre Sache.

Nach Erledigung des Justizetats verlagte sich das Haus auf Dienstag. Auf der Tagesordnung stehen die beiden Zweckverbands-gesetzentwürfe.

Empfang der Freigesprochenen des Essener Meineidsprozesses in Bochum.

Die Genossen des Bochumer Wahlkreises haben es sich nicht nehmen lassen, den im Essener Meineidsprozeß Freigesprochenen ihre Sympathie zu bezeugen und ihnen in Bochum einen feierlichen Empfang zu bereiten. Die Heimkehrenden wurden am Freitagabend auf dem Bochumer Bahnhof jubelnd begrüßt, wo mehrere Ansprachen gehalten wurden. Beinträchtigt wurde die Stimmung nur durch die Gebrechlichkeit des Genossen Meyer, der beim Gehen von zwei Freunden geführt werden mußte. Die unschuldig erlittene schwere Strafe hat den einst Kräftigen völlig gebrochen. Der Anblick dieses durch die Klassenjustiz vernichteten Mannes schüttelte bittere Vermutungen in die Freude und Bemütigung über den Ausgang des Prozesses, der wenigstens den fünf Freigesprochenen ihre bürgerliche Ehre zurückgegeben hat, wenn er auch die Schäden der jahrelangen Inkerkerung nicht zu beiseitigen vermag.

An die feierliche Beirückung schlossen sich gestern zwei große Versammlungen im Bochumer Schützenhof, in dessen Räumen schon so manche denkwürdige Bergarbeiter-versammlung getagt hat. Die große Halle des Schützenhofes konnte die Zahl der Erschienenen nicht fassen und so wurde unter freiem Himmel eine zweite Versammlung abgehalten. Beide Versammlungen waren von 8-10000 Personen besucht. Die unschuldig Verurteilten waren vollzählig erschienen. Ihnen wurde von den Massen ein stürmischer Empfang bereitet. Auch

Johann Meyer war in einer Droschke zum Versammlungsort gefahren und wurde, von Freunden unterstützt, in den Saal geleitet. Die Genossen Wolf, Wendler, Sachse, Köppler und Hue hielten Ansprachen, die begeistert aufgenommen wurden. Als Ludwig Schröder ebenfalls die Versammlung begrüßte, wollte der Beifall kein Ende nehmen. Eine ganze Reihe Glückwunschtelegramme von Arbeiterorganisationen sowie von Freunden und Bekannten liefen ein, sogar der frühere Strafanstaltsgeistliche von Werden, der jetzt als Pfarrer in Varmen fungiert, hatte es sich nicht nehmen lassen, dem Genossen Schröder seine Glückwünsche auszudrücken und ihm zu wiederholen, daß er stets von seiner Unschuld überzeugt gewesen sei. Es war eine erhebende Kundgebung.

Wahlrechtsdemonstration in Braunschweig.

Am 26. Januar 1910 wurde in Braunschweig der Sturmlauf gegen das braunschweigische Privilegienparlament begonnen. An diesem Tage hat das braunschweigische Proletariat die Bluttat in dem Kampfe für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erhalten: die Polizei schritt mit Säbelattaden gegen die Wahlrechtsdemonstrationen ein. Die braunschweigische Arbeiterkraft ließ sich jedoch dadurch nicht irre machen. Die Demonstrationen wurden wiederholt.

Das braunschweigische Landtagswahlrecht ist noch miserabler als das preussische. 30 Abgeordnete werden durch allgemeine Wahlen, und zwar 15 in den Stadtgemeinden und 15 in den Landgemeinden gewählt. Von den übrigen 18 wählen die Geistlichen 2, die Großgrundbesitzer 4, die höchstbesteuerten Gewerbetreibenden 8, die wissenschaftlichen Berufsstände 4 und die höchstbesteuerten Einkommensteuerpflichtigen 5 Abgeordnete. Diese 18 werden in direkter Wahl gewählt, während die ersten 30 auf Grund des Dreiklassenystems in indirekter Wahl gewählt werden. Wahlberechtigt sind alle männlichen Gemeindeglieder, die die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen, das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, mindestens ein Jahr lang in der Gemeinde wohnen, sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, nicht unter Kuratel stehen, zur Zahlung von Gemeindesteuern verpflichtet sind und im letzten Jahre vor Auslegung der Wählerlisten die Gemeindesteuern bezahlt haben.

Zur Reform dieses Wahlrechtsmonstrums unterbreitete die Justizkommission dem Landtage einen neuen Wahlrechtsentwurf, der am Dienstag, den 7. Februar, zur Beratung kommen soll.

Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Entwurfs lauten: Die Bestimmungen über die Wahl der Berufsstände bleiben unverändert. Für berufstätige und allgemeine Wahlen gelten folgende Vorschriften: Wahlberechtigt sind die Bürger und Gemeindeglieder mit einem Einkommen von mindestens 600 M. in der Stadt Braunschweig und von mindestens 500 M. im übrigen Herzogtum, wenn sie seit drei Jahren die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen, das 30. Lebensjahr erreicht haben, mindestens drei Jahre im Herzogtum wohnen, zur Zahlung von direkten Gemeindesteuern verpflichtet sind und ihre Steuern im letzten Jahre vor Auslegung der Wählerlisten bezahlt haben.

Für die allgemeinen Wahlen bleibt es bei dem Dreiklassenwahlrecht, für das die direkte Wahl eingeführt wird. Die erste Klasse soll mindestens 5 Proz., die zweite mindestens 20 Prozent aller Wahlberechtigten enthalten. Die Bildung der Klassen erfolgt auf Grund der direkten Staatssteuern.

Die Wahlkreise sind unter Aufrechterhaltung der Trennung zwischen Stadt und Land derart zu bilden, daß auf jeden Kreis drei Abgeordnete entfallen. — Es sind 18 städtische und 18 ländliche Vertreter vorgesehen.

Dieser Entwurf bedeutet eine brutale Verhöhung der arbeitenden Massen. In der Stadt Braunschweig z. B., die neun Abgeordnete zu wählen hätte, entfielen auf die dritte Klasse drei. Die dritte Klasse umfaßt aber etwa 11 600 Wähler, während in der ersten und zweiten im ganzen kaum 1200 vorhanden sind. Auf dem Lande gestaltet sich das Verhältnis noch ungünstiger.

Gegen diese Wahlrechtentwurf, an der alle bürgerlichen Parteien mit schuldig sind, hat das braunschweigische Volk am letzten Sonntag in zehn Versammlungen Stellung genommen und seinen unerschütterlichen Willen bekundet, nicht zu ruhen, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erobert ist.

Die Versammlungen waren durchweg überfüllt. Nach Schluß der Versammlungen, um 1/2 1 Uhr, zogen die Teilnehmer nach dem Landtagsgebäude. Daran schloß sich unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht und unter den Klängen von Arbeiterliedern ein Umzug durch die Stadt. Die Polizei hatte sämtliche Zufahrtsstraßen nach dem Schlosse hin versperrt. Mit einigen Ausnahmen verhielt sie sich jedoch zurückhaltend. Vor dem Hause des Ministers Hartwig löste sich der Zug auf, an dem etwa 10 000 Wahlrechtsdemonstranten teilgenommen haben.

Abgesehen von einigen Verhaftungen verlief die Demonstration ohne Zwischenfälle.

Fortschrittlich-nationalliberales Wahlabkommen in Baden.

Auch in Baden ist jetzt nach langem Bemühen ein Wahlabkommen zwischen den Fortschrittlichen und Nationalliberalen zustande gekommen, da die Nationalliberalen Freiburgs ihren Widerspruch fallen gelassen haben. Wie aus Karlsruhe gemeldet wird, hat gestern in Offenburg die Landesversammlung der fortschrittlichen Volkspartei Baden in Anwesenheit von mehr als 500 Vertrauensmännern gegen 85 Stimmen aus dem ersten und zweiten Wahlkreise, Konstanz und Donaueschingen, die beide Kreise vertreten sind, das Wahlabkommen mit der nationalliberalen Partei genehmigt. Die drei Wahlkreise Karlsruhe, Lahr und Freiburg sind danach der fortschrittlichen Volkspartei als Kampffeld zur Aufstellung von Kandidaten überlassen worden; die anderen Kreise bleiben den Nationalliberalen überlassen. Freiburg und Lahr werden gegenwärtig durch die Zentrumsabgeordneten Hauser und Behreng, Karlsruhe durch den Genossen Sed vertreten.

Der Schumann als Zeuge.

Zur nachträglichen Freisprechung der unschuldig Verurteilten des 1886er Essener Meineidsprozesses wird den nationalliberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Münchener Juristenkreisen geschrieben:

„Der Abbruch des Meineidsprozesses Schröder in Essen legt wieder so recht einen Uebelstand bloß, über den wohl niemand so oft zu klagen hat wie der Verteidiger: die maßlose Ueberschätzung der Zeugenausagen der Gendarmen und Polizisten. Für eine große Zahl Staatsanwälte — es gibt auch zahlreiche Ausnahmen — ist, wie auch für viele Richter, die Aussage des Gendarmen oder Schumanns geradezu unantastbar, und wenn die Aussage eines anderen Zeugen, eines gewöhnlichen Sterblichen, mit der eines Schumanns oder Gendarmen nicht übereinstimmt, ist von vornherein der Richterspruch der Unwahrheit verdächtig.“

Man denke, sieben Zivilpersonen sagen anders als der eine Gendarm, der noch dazu ein erhebliches Interesse an der Abstreitung seiner Handlungen hat, und statt daß man wenigstens an die Möglichkeit eines Erinnerungs- oder Beobachtungsfehlers denkt, wird die Gendarmenaussage als unumstößliche Wahrheit betrachtet und sieben Personen festgenommen! Wie ist so etwas möglich?

Es ist eben auch wohl zum Teil wieder die deutsche Hochachtung vor dem Beamtentum, die auch dazu führt, bei Beleidigungen von Beamten Strafen zu erkennen, für welche dem gewöhnlichen Sterblichen das Verständnis fehlt. Wenn ein Landrat beleidigt wird, und zwar in einer Weise, welche die Absicht, berechnete Interessen zu wahren, ohne weiteres erkennen läßt, gibt es ein Jahr Gefängnis, und wenn entmenschte Eltern ihre wertlosen Kinder in Empörung erregender Weise mißhandeln, kommen sie mit ein paar Monaten Gefängnis davon.

Man möge sich doch endlich von dem Glauben an die unumstößliche Wahrheit jedes Wortes, das ein Schutzmann oder Gendarm sagt, losmachen und bedenken, daß auch diese Menschen bei allem Dienstfertigkeit ausgesetzt sind. Die Urteilsbegründung im ersten Roßbiter Prozeß hat ja zur Genüge die Nichtigkeit dieser Anschauung ergeben, man lasse sich, die übertriebene Hochachtung vor allem, was Gendarm, Schutzmann, Polizeidiener heißt, auf das richtige Maß zurückzuführen.

Konervative Rache.

Die „Kreuzzeitung“ fordert strenge Bestrafung der kleinen sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses wegen der treffenden Charakterisierung der Selbstüberhebung des Herrn v. Kröcher durch den Genossen Adolf Hoffmann. Da die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten nicht aus dem Dreiklassenhaus ausgeschlossen werden können, sollen sie nach dem weissen Vorschlag der ehrfurchtsamen „Kreuzzeitung“ wenigstens künftig nicht mehr in den Kommissionen Sitz und Stimme erhalten, da, wie das Zumberblatt mit der ihm eigenen Invektivenhaft behauptet, es im Abgeordnetenhause parlamentarischer Brauch sei, daß nur solche Gruppen die Zulassung zu den Kommissionen fordern könnten, die mindestens 15 Mitglieder zählen:

„Betreffs der Vertretung der Sozialdemokratie im Senatorenkonvent des Abgeordnetenhauses hatten wir in Nr. 41 unserem Bewundern Ausdruck gegeben, daß der aus sechs Abgeordneten bestehenden sozialdemokratischen Gruppe ein Sitz im Senatorenkonvent eingeräumt worden ist, da es wie im Reichstage doch auch im Abgeordnetenhause Brauch sei, als Fraktion mit Recht auf Sitz und Stimme in den Kommissionen (und analog auch im Senatorenkonvent) nur diejenige Partei anzuerkennen, die über einen Bestand von mindestens 15 Mitgliedern verfügt. Das Bestehen dieses parlamentarischen Brauchs wird, soweit wir sehen, von keiner Seite in Abrede gestellt. Dagegen verbreitet die „Tägliche Rundschau“ die Meldung, daß die Aufnahme von Sozialdemokraten in den Senatorenkonvent auf Verreiben der Konserverativen erfolgt sei. Diese Nachricht erschien uns von vornherein völlig ungläubig, sie ist, wie wir nunmehr aus dem Abgeordnetenhause erfahren, direkt unwahr.“

Die bedauerliche Konvention gegen die Sozialdemokratie hat sich übrigens nicht bloß auf die Zusammensetzung des Senatorenkonvents beschränkt, auch in Kommissionen ist die kleine sozialdemokratische Gruppe vertreten, so in der Kommission für Justizwesen durch den Abgeordneten Dr. Nießnecht und sogar in der Kommission für das Unterrichtswesen durch den Abgeordneten Hirsch-Berlin. — Druck. Nr. 5 des Abg. Hauses —. Wir wissen sehr wohl, daß für die Behandlung dieser Dinge im Abgeordnetenhause in erster Linie Rücksichten auf eine zweckentsprechende Erledigung der parlamentarischen Geschäfte, nicht politische Erwägungen maßgebend sein müssen. Gleichwohl wird die zugunsten der Sozialdemokratie erfolgte Durchbrechung des parlamentarischen Brauchs weiten Kreisen im Lande nicht recht verständlich sein, zumal wenigstens dem Augenblickenden nicht erkennbar ist, welche geschäftlichen Vorteile für die Beratung dadurch erzielt sind.

Es ist geradezu albern, von einer „Durchbrechung des parlamentarischen Brauchs“ zu reden, da im preussischen Abgeordnetenhause ein solcher Brauch nie bestanden hat.

Die Kommission für das neue Strafgesetzbuch.

Die „Vossische Zeitung“ hat erfahren, daß die Kommission, die vom Reichsjustizamt herufen wird, den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs endgültig festzustellen, aus folgenden Herren bestehen soll: Professoren Kahl-Berlin, Franke-Lüdingen, v. Hippel-Böttingen, Senatspräsident Lindenberg-Berlin, Justizrat Leonhard-Friedmann-Berlin, Reichsgerichtsrat Obermeier-Leipzig.

Wir können dazu noch mitteilen, daß in den einzelnen Stadien der Beratung auch Sachverständige aus anderen Gebieten zugezogen werden. So sollen, wie der Staatssekretär Böck in einer Sitzung der Budgetkommission mitgeteilt hat, auch Vertreter der Presse gehört werden.

Der weimarische Landtag

Ist vor kurzem zu seiner zweiten Tagungsperiode zusammengetreten. Außer Regierungsvorlagen über Verwaltungsangelegenheiten sind dem Landtage eine Anzahl Vorlagen zur Beschlußfassung vorgelegt worden, die eine Erhöhung der Ausgaben für Staatsangestellte vorsehen. Für die Geistlichen kommen allein 173 000 M., für die Hinterbliebenen der Volksschullehrer 50 000 M., für die Hinterbliebenen der Staatsbeamten 90 520 M. und für neu zu schaffende Beamtenstellen 89 300 M. in Frage. Die jährliche Mehrbelastung beträgt 389 320 M. Erst vor 2 Jahren wurden die Gehälter der Staatsbeamten, Geistlichen und Lehrer aufgebessert, und jetzt schon wieder eine erhebliche Forderung, obgleich dafür nach dem Etat für 1911/12 nicht nur keine Deckungsmittel vorhanden sind, sondern der Etat noch mit einem Fehlbetrag abgefaßt wurde, dessen Ordnung aus Ueberschüssen früherer Finanzperioden in Aussicht genommen war. Die Unmöglichkeit mehrjähriger Etatsperioden wird durch die Tatsache, daß die ganze Staatsausstellung wenige Wochen nach Beginn der Etatsperiode über den Haufen geworden wird, wieder einmal treffend beleuchtet.

Schweiz.

Eine Volksabstimmung.

Aud Zürich wird geschrieben: Sonntag fand in St. Gallen die Volksabstimmung über den kantonalen Proporz statt. Darüber ist schon in früheren Jahren zweimal abgestimmt worden, aber jedesmal mit negativem Erfolg. Die zähesten Gegner des Proporz sind die Liberalen, die schon längst die Mehrheit im Volke verloren haben, aber dennoch gerne den Kanton beherrschen möchten. Zugleich sollen, um der Kirchturnpolitik entgegenzuwirken, die Wahlkreise stark vergrößert werden. Nach leidenschaftlichem Kampf blieb aber der Proporzgedanke siegreich und die Proporzentscheidung des großen Rates wurde mit 29 598 gegen 28 106 Stimmen angenommen.

Frankreich.

Eine Neuwahl.

Paris, 6. Februar. Bei der Stichwahl zur Deputiertenkammer im Departement Ardèche wurde Chalamel (Linkerepublikaner) mit 8006 Stimmen gewählt gegen Vincent (soz. Radikaler), welcher 8189 Stimmen erhielt. Das Mandat war bisher in Besitz des Sozialistisch-Radikalen.

Das Champagnergesetz.

Paris, 6. Februar. Die Deputiertenkammer begann heute die Beratung des Champagnergesetzes, das bestimmt, daß nur die aus der Champagne stammenden Weine als Champagner bezeichnet werden dürfen. Mehrere Deputierte der an das Weinbaugebiet der Champagne angrenzenden Gegenden sprachen sich gegen den Entwurf aus, der die Freiheit des Handels beeinträchtigt und die Trunksucht begünstigt. Der General-

berichterhaffer des Budgets verteidigte den Entwurf, der eine logische Erweiterung der Gesetze zur Unterdrückung der Nahrungs- mittelverfälschung bedeute. Nach Schluß der Generaldiskussion wurde der Uebergang zur Spezialdiskussion mit 344 gegen 154 Stimmen beschloffen.

Die Folgen des Justizmordes.

Köln, 5. Februar. Der wegen Nordes verurteilte Schuld- kassendirektor Durand zeigt in seiner Zelle große Aufgeregt- heit; er hat sich wiederholt geweigert, Nahrung zu sich zu nehmen, so daß eine strenge Ueberwachung des Gefangenen erforderlich ist. Durand zerstörte gestern die Fenster seiner Zelle. Er wurde hierauf vom Gefängnisarzt einer eingehenden Untersuchung unterzogen, und der Arzt verlangte schließlich, daß ein Spezialist hinzugezogen würde. An den Verwaltungsdirektor der Gefängnisse im Ministerium des Innern ist über diese Sachlage ein eingehender Bericht abgegangen.

England.

Eröffnung des Parlaments.

London, 6. Februar. Die Eröffnung des Parlaments fand unter den hergebrachten altertümlichen Zeremonien statt. Nachdem der König den Thronsitze im Hause der Lords eingenommen hatte und der Träger des „schwarzen Stabes“ die Mitglieder des Unterhauses zur Schranke des Hauses der Lords gerufen, reichte der Lordkanzler dem König knechtend die Thronrede.

Die Thronrede kündigt Vorschläge an für die Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Häusern des Parlaments zum Zwecke eines wirksameren Arbeitens der Verfassung, ferner Maßregeln zur Ausdehnung der Alterspensionen auf Personen, die bisher infolge des Gewinns von Armenunterstützungen kein Anrecht darauf besaßen, weiter die Einführung einer Versicherung der Industrieböcker gegen Krankheit und Invalidität und einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in den Industriezweigen, in denen sie vorzugsweise tätig sind.

Rußland.

Der Volksschulunterricht.

Petersburg, 6. Februar. In der heutigen Sitzung der Reichsduma stand der Finanzplan für die Einführung des obligatorischen Elementarunterrichts zur Beratung. In der Vorlage wird eine jährliche obligatorische Ausgabe von 10 Millionen Rubel für die Dauer von 10 Jahren gefordert und der Verteilungsplan für die zu gründenden Schulen den Selbstverwaltungsbehörden übertragen. Der Finanzminister erklärte, daß die Regierung mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Frage bereit sei, diese jährliche Ausgabe für den genannten Zweck festzusetzen. Das Zentrum stimmte der Vorlage zu, will aber nicht über 8 Millionen Rubel bewilligen. Der Staat müsse bei der Festlegung obligatorischer Ausgaben Vorsicht (!) beobachten.

Schließlich bewilligte die Majorität der Duma die Regierungsvorlage von 10 Millionen Rubel.

Amerika.

Die Kämpfe in Mexiko.

El Paso, 6. Februar. Die Insurgenten haben gestern früh den Eisenbahnzug des Obersten der Bundesarmee Rabago zerstört. Es entspann sich ein Kampf, in dem zwei Insurgenten und 170 Mann der Bundesarmee gefallen sein sollen. Rabago ist mit 300 Mann der Umzingelung durch die Revolutionäre entronnen und gestern abend in Juarez eingezogen, wo er von der Bevölkerung lebhaft begrüßt wurde.

Aus der Partei.

Sum Tode unseres Genossen Paul Singer gingen unter anderem noch Beleidigungen ein von der Zentrale der City of Westminster der Independent Labour Party, von dem National Executive-Committee der Sozialistischen Partei Amerikas aus Chicago, von den Diamantarbeitern aus Amsterdam, von der Sozialdemokratischen Partei Englands und vielen anderen in- und ausländischen Organisationen.

Ein Aufruf der chinesischen Sozialisten.

Die kürzlich entstandene chinesische sozialistische Partei veröffentlichte ihren ersten Aufruf an das Volk. Nach der Schilderung der Leiden, die das Land seit durchläßt, heißt es in dem Aufrufe, daß China „ärger als eine Hure“ ist. „Vene verkauft ihre Lieblosigkeiten, während wir noch dafür zahlen, daß man uns bergewaltigt. Unsere Bedrücker, die Mandchus, haben ein uns gänzlich fremdes absolutes Regime eingeführt. Dieses Regime muß vom Erdboden fortgefegt werden.“ In dem Aufruf wird weiter die Lage der Arbeiter geschildert, die „wie Sklaven zum Export verkauft werden, während zu gleicher Zeit die Arbeiterklasse in den anderen Ländern das Recht genießt, offen über ihre Bedürfnisse zu sprechen und zu schreiben, Vereine zu bilden und einen großen Bund der Arbeiter aller Länder zu gründen“. Der Aufruf fordert alle Arbeiter Chinas auf, einen energischen Kampf für die Ideale des Sozialismus zu führen, und stellt die folgenden Forderungen auf: Abschaffung der Monarchie, Gründung einer Republik auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen, Wählbarkeit aller Exekutivbeamten der Provinzial- wie der Zentralregierung, den Präsidenten des Reiches mit einbezogen. Unterzeichnet ist der Aufruf vom Führer der chinesischen sozialdemokratischen Partei, Sun Wen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Preßlinder.

Wegen Beleidigung wurde Genosse Jacob vom Norddeutschen Volksblatt in Wank vor dem Landgericht in Oldenburg zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. In einem Artikel waren Klubs, welche beim Fleischverkauf auf der Freibank des Schlachthofes Wilhelmshafen kritisiert worden; die Verwaltung und die Hallenmeister hatten Strafantrag gestellt. Das Schöffengericht als erste Instanz hatte den Angeklagten freigesprochen.

Soziales.

Betriebsunfall und doch nicht entschädigungspflichtig!

Der Auf der Schornacher, mit dem Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung einzuhalten, ist anscheinend auf guten Boden gefallen. Bei der Reichs-Versicherungsordnung ist man bewußt, die Rechte der Versicherten zu verkleinern. Statt Aufbaus der Versicherungsgeheimgebung finden wir das Gegenteil, dieselbe einzuengen. Schon mehrfach ist darauf hingewiesen worden, daß auch die Rechtsprechung bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung und beim Reichs-Versicherungsamt zugunsten der Arbeiter zurückgegangen ist. Der juristische Formelkram ist heute leider in vielfacher Beziehung ausschlaggebend geworden; der Geist, der lebendig macht, wird bei diesen Entscheidungen nicht beachtet. Von einer sozialen Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen zu-

gunsten der Versicherten, zu deren Schutz doch angeblich die ganze Versicherungsgeheimgebung eingeleitet wurde, kann in einer ganzen Reihe von Fällen nicht mehr gesprochen werden. Für ein Urteil dieser Art halten wir das vor kurzem vom Reichs-Versicherungsamt gefällte in Sachen des Chauffeurs L.

L. war in einer Berliner Kohlenhandlung beschäftigt und wurde von dem Buchhalter und Produktionsleiter, um den Geschäftsführer mittels des der Firma gehörigen Automobils zu den Kunden zu fahren. Auf einem dieser Geschäftstouren erlitt L. am 25. August 1909 dadurch einen Unfall, daß das von ihm geführte Automobil von einem anderen Wagen angefahren und L. erheblich verletzt wurde. Da der Unfall Folgen über die 13. Woche zurückgelassen hatte, erhob der Verletzte Anspruch auf Entschädigung bei der Lageri-Versicherungsgesellschaft, zu der der Betrieb gehörte. Die Versicherungsgesellschaft lehnte den Anspruch ab und das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Stadtkreis Berlin, bestätigte dieses. Das Schiedsgericht erklärte, daß die Tätigkeit des L. im Dienste des Geschäftsführers nicht zum Betriebe der Firma gehörte und hier nur ein persönliches Dienstverhältnis zu dem Geschäftsführer in Betracht kommt.

Diese Annahme ist irrtümlich. L. war für Geschäftsfahrt engagiert, das Automobil gehörte der Firma und vor allen Dingen ereignete sich der Unfall auf einer im Interesse der Firma unternommenen Tour. L. war auch von der Firma zur zuständigen Krankenkasse gemeldet worden, ein Beweis, daß die Firma L. als in ihren Diensten stehend erachtete. — Diese Einwände erhob L. in seinem Rekurse beim Reichs-Versicherungsamt.

Der Rekurs wurde jedoch zurückgewiesen. Das Reichs-Versicherungsamt erachtete für zutreffend, daß das Automobil der Firma gehörte und von dem Geschäftsführer zum Auffuchen der Handkraft verwendet wurde; sowie ferner, daß sich der Unfall auf einer solchen Geschäftstour ereignete. Trotzdem (sagt das Reichs-Versicherungsamt) ist der vom Kläger erhobene Anspruch auf Unfallrente unbegründet, „denn die vom Geschäftsführer mit dem Automobil ausgeführten Fahrten bezweckten den Abzug der von der Firma festgehaltenen Waren (Kohlen und Holz), dienten also dem Handelsinteresse der Firma und standen in keiner Beziehung zu dem bei dem Rekursbeklagten vertriebenen Lagerbetriebe der Firma“. Für nicht richtig hielt das Reichs-Versicherungsamt die Annahme der Vorinstanz, daß L. in persönlichen Diensten des Geschäftsführers stand, trotzdem aber sei L. nicht in einem versicherungspflichtigen Betriebe beschäftigt gewesen, gehörte vielmehr zu den Angestellten des kaufmännischen Betriebes, die der Unfallversicherungspflicht nicht unterliegen.

Diese Entscheidung weicht von einer früheren des Reichs-Versicherungsamtes im Jahre 1908 gefällten ab, in der ausgesprochen wurde, daß die im Geschäftsinteresse erfolgende Beförderung im Sinne der Riffer 7 des § 1 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes anzusehen sei, auch wenn diese dem kaufmännischen Teile des Betriebes dient. Chauffeur L. ist im Dienst der Firma verunglückt, ein Betriebsunfall liegt zweifellos vor. Dennoch braucht die Versicherungsgesellschaft nicht für den Verletzten einzutreten, weil das Reichs-Versicherungsamt den Bestimmungen des Gesetzes eine einengende Auslegung gibt.

Kleinbauer und Berufsgenossenschaft.

Wenn sich ein Kleinbauer beim Zerkleinern von Brennholz verletzt und dann Unfallrente von der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft verlangt, so wird diese immer die Größe des Betriebes, den Viehstand usw. in Frage ziehen und sich von der Zahlung der Rente zu drücken suchen, wenn ein armer Kleinbauer den Antrag stellt. Dies beweist uns nachstehender Fall:

Der Landwirt A. zu Seddenbach war bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Hesse Nassau versichert und verletzten sich eines Tages beim Zerkleinern von Brennholz. Die Berufsgenossenschaft konnte diesen Unfall und auch den Verlust des rechten Auges nicht bestreiten, weigerte sich jedoch, die Rente zu zahlen, denn, wie es im Bescheid ausdrücklich heißt, „nach den angelegten Ermittlungen und Bericht unseres Vertrauensmannes, sowie endlich in Berücksichtigung, daß Sie an Vieh nur eine Ziege halten, muß mit Sicherheit angenommen werden, daß das Holz, welches Sie zerkleinerten, hauswirtschaftlichen Zwecken dienen sollte, der hierbei erlittene Unfall daher nicht in ursächlichem Zusammenhange mit Ihrem landwirtschaftlichen Betriebe steht“. Punktum. Als Landwirt hat man den Verletzten immer gehalten, auch die Beiträge abgenommen und im Rentenbescheid auch als solchen ausgesprochen und von einem landwirtschaftlichen Betrieb geschrieben. Da sich aber die Section auf keinerlei Beziehungen einlassen wollte, so erhob das Arbeitersekretariat für den Verletzten Beratung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Wiesbaden. Es machte geltend, daß die Angaben der Berufsgenossenschaft über die Größe des Betriebes unrichtig seien. Zur Zeit des Unfalles habe der Verletzte nicht eine Ziege, sondern zwei Ziegen und auch drei Schweine gehalten und sollte das zerkleinerte Holz zum Kochen von Viehfutter in erster Linie verwendet werden.

Daß das Holz auch zum Kochen von Viehfutter verwendet werden sollte, geht auch weiter daraus hervor, daß das Holz morgens nach 7 Uhr zerkleinert wurde, nachdem der Kaffee längst getrunken war und nur noch das Futter für das Vieh gefochet werden mußte. Ferner wurde auf ähnliche Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes hingewiesen, welche ausdrücklich erwähnen, daß „nach Lage des Falles bei der Verwendung des Holzes Haus- und Landwirtshaft nicht voneinander zu trennen sei“.

Das Schiedsgericht wies die Berufung des Verletzten als unbegründet ab. Im Urteil wird zugegeben, daß die Angaben der Berufsgenossenschaft über die Zahl der gehaltenen Tiere unrichtig waren, jedoch das Hauptgewicht auf die Größe des landwirtschaftlichen Betriebes gelegt. Wörtlich heißt es dann im Urteil: „Das Zerkleinern von Holz zu Heizzwecken ist an und für sich eine hauswirtschaftliche Tätigkeit, wenn nicht nachgewiesen wird, daß das Holz in der Hauptsache oder doch zu einem wesentlichen Teile landwirtschaftlichen Zwecken dienen sollte. Dieser Nachweis ist aber im vorliegenden Falle nicht erbracht. Da der landwirtschaftliche Betrieb des A. nur 1 Hektar 63 Ar groß ist und an Vieh zur Zeit des Unfalles nur 2 Ziegen und 3 Schweine gehalten wurden, so ist es nicht wahrscheinlich, daß das Holz vorwiegend für die Landwirtshaft bestimmt war, es muß vielmehr mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß dasselbe in erster Linie in der Hauswirtschaft verwendet werden sollte, wie dies der Kläger bei seiner ersten Vernehmung übrigens auch selbst zugegeben hat. Es handelt sich somit um einen haus- und keinen landwirtschaftlichen Betriebsunfall. Gegen landwirtschaftliche Unfälle ist aber der Kläger nach § 41. II des Statuts der Hesse-Nassauischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nicht versichert, weil er nicht hauptsächlich in dem verhältnismäßig kleinen landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt gewesen sein kann.“

Der verletzte Kleinbauer wurde müde. Es bedurfte erst weiterer Zurufen, bis er sich zu dem vorgeschlagenen Rekurs an das Reichsversicherungsamte bewegen ließ. Die Rekurschrift wies auf frühere Urteile des Reichsversicherungsamtes in ähnlichen Fällen hin, die den Kleinbauern günstiger waren.

Das Reichsversicherungsamte ging näher auf die Sache ein und verurteilte die Berufsgenossenschaft, den Kläger für die Folgen des Unfalles zu entschädigen. Im Urteil heißt es unter anderem: „Die vom Reichsversicherungsamte angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß der Kläger am Unfalltag 2 Ziegen und 3 Schweine gehalten hat, daß er in der Hauptsache von den Erträgen seines landwirtschaftlichen Betriebes gelebt hat und daß die Schweine und Ziegen täglich warmes Futter erhalten haben, welches in einem besonderen Kessel mit eigener Feuerung im Hause des Klägers gefochet wurde. Der Kläger ist beim Zerkleinern von Brennholz verunglückt. Da nach den erwähnten Ermittlungen anzunehmen ist, daß das Holz wenigstens zu einem erheblichen Teile zum Kochen des Viehfutters Verwendung finden sollte, so ist der Unfall, der sich beim Zerkleinern dieses Holzes zugezogen hat, als landwirtschaftlicher Betriebsunfall anzusehen. Die Beklagte ist daher zu verurteilen, den Kläger für die Folgen dieses Unfalles zu entschädigen.“

Gewerkschaftliches.

Hirsch-Duncker'sche Schande.

„Die Eiche“, das Organ des Gewerkschafts der Holzarbeiter, sowohl wie auch der „Gewerkschaft“ befinden sich in arger Verlegenheit, da der Holzarbeiterverband ein Flugblatt in ganz Deutschland verbreitet, worin die Streikbrechertätigkeit des Gewerkschafts der Holzarbeiter in Stolp und Hamburg festgenagelt wird. Besonders unangenehm ist es dem Gewerkschaftsverein, daß den Kopf dieses Flugblatts die von ihm losgelassenen Streikbrecherinschriften zieren. Das erste Inserat sieht wie folgt aus:

100 Bau- und Möbelfischer

zu den neuen tariflichen Bedingungen sofort gesucht. Meldungen beim **Arbeitsnachweis des Ortsvereins Stolp der Holzarbeiter, Restaurant Öppner, Synagogenstr. 2.**

Als die „Holzarbeiter-Zeitung“ seinerzeit auf dieses Inserat verwies, verjuchte man den Streikbrecherfang weniger auffällig zu betreiben und erließ in der „Eiche“ Inserate folgenden Inhalts:

Der Arbeitsnachweis des Danziger Bezirks befindet sich Danzig, Hasekwerf Nr. 1 bis 2, II. Die Vorstände der Ortsvereine werden ersucht, arbeitslose Kollegen und solche, die ihre Arbeitsstelle wechseln wollen, sofort nach hier zu melden, da von hier aus mehr als 50 Fischer Arbeit erhalten können.

Fischer und Polierer

werden bei hohen Löhnen sofort nach Hamburg gesucht. Schriftliche Anmeldung beim Arbeitsnachweis des Gewerkschafts, Arbeitsvermittler A. Dehne, Hamburg, Sillenstraße 70.

Die Bezirksleitung.

J. A.: W. Krocowski.

Bekanntlich hat der Gewerkschaftsverein bisher immer bestritten, daß er Streikbrecher für Stolp geworden hat. Es ist ihm darum besonders unangenehm, daß das erste Inserat, welches in den „Stolper Neuesten Nachrichten“ und dem „Graudenzener Gesellen“ erschienen ist, nun der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird und man versucht nun durch allerhand gewundene Redensarten den Gewerkschaftsverein zu rechtfertigen. Bezüglich des ersten Inserates wird gesagt:

„Diese Inserate in Stolp und Graudenz sind vom Ortsverein Stolp aufgegeben.“

Damit will man die Verantwortung dafür von der Zentralleitung des Gewerkschafts abwälzen. Höchst eigenartig ist aber die Begründung für die Aufnahme des Inserates in der „Eiche“. Da sagt man:

„Derartige Inserate erscheinen als Füllinsetate für alle Bezirksleiter von Zeit zu Zeit.“

Wenn die Sache nicht so ernst wäre, könnte man über die Dummheit der Redaktion der „Eiche“ lachen. So aber muß es jeden aufgeklärten Arbeiter recht trübe stimmen, daß der Gewerkschaftsverein für seinen Arbeiterverrat sich solch dumme Ausreden bedient. Der Verlauf der Bewegungen selbst wird selbstverständlich wieder einmal auf den Kopf gestellt. Es wird behauptet, daß in Stolp die Verbändler den Beschluß gefaßt hätten, bei der Lohnbewegung mit den Gewerkschaftsvereinen nicht zusammen zu arbeiten. Bekannt ist nun, daß die Holzarbeiter die Bewegung mit dem Gewerkschaftsverein gemeinsam eingeleitet haben, daß aber der Vertreter des Gewerkschafts hinter dem Rücken des Holzarbeiterverbandes zu den Arbeitgebern gegangen ist und einen Vertrag abgeschlossen hat mit Ingeklärtheiten, die noch tags zuvor sowohl von den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes wie auch vom Gewerkschaftsverein abgelehnt wurden. Insbesondere war es die Mindestlohnfrage, welche den Streitpunkt bildete. In dem vom Gewerkschaftsverein abgeschlossenen Vertrage heißt es, daß der Mindestlohn nicht bezahlt zu werden braucht allen Arbeitern, welche durch Alter, Invaldität und „sonst minder leistungsfähig sind“. Es handelt sich also in Wirklichkeit um einen Mindestlohn überhaupt nicht mehr, weil der Arbeitgeber nur zu behaupten braucht, daß es sich um einen „sonst minderleistungsfähigen Arbeiter“ handelt und er ist von der Zahlung des Mindestlohnes entbunden. Die Arbeitgeber haben auch bei den Verhandlungen mit dem Holzarbeiterverband offen zugegeben, daß sie dieses beabsichtigt haben. Damit ist wohl der Erfolg der „Hirsche“ am besten gekennzeichnet.

Zu dem Vorgang in Hamburg behauptet man auch jetzt wieder, daß der Holzarbeiterverband verlangt hätte, daß bei der Firma Steinway sämtliche Gewerkschaften aufhören sollten. Auch dies ist eine Unwahrheit. Es wurde weiter nichts verlangt, als daß die Gewerkschaften die von Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes verlassenen Plätze nicht wieder besetzen sollten, weil dies als Streikbruch angesehen wurde. Dessen weiterten sich die Hirsche, im Gegenteil, sie haben durch Aufgabung von Inseraten eine größere Anzahl Arbeitswilliger herangezogen, wodurch der Streik verloren ging. Darüber freuen sich die Hirsche in ihrem Organ riesig. Sie sagen:

„Unsere Kollegen haben „Einer für alle und alle für einen“ gekämpft.“

Und weiter:

„Sie haben nicht umsonst gekämpft, sie haben gesiegt.“

Die parlamentarisch nicht zu kennzeichnende Gesinnung dieser Arbeiterorganisation offenbart sich klar in diesem Satze. Es ist richtig, die Gewerkschaften haben gekämpft, wenn man den Streikbruch als Kampf bezeichnen will; aber sie haben nicht gekämpft für sich, sie haben gekämpft für die Arbeitgeber, haben Verrat begangen an ihren Arbeitsbrüdern. Wenn sie auf diesen Sieg stolz sind, dann wird sie darum niemand beneiden, insbesondere kein aufgeklärter Arbeiter. Der Erfolg, den sie für diese ihre Tätigkeit einheimen, ist die Verachtung, die ihnen seitens der Arbeiter zuteil wird! Weiter regt sich der Gewerkschaftsverein über die „Räubergeschichten“ auf, die ebenfalls im Flugblatt gezeichnet werden. Es handelt sich um die Verrätergeschichten dieser Gesellschaft, die sie in Lübeck, Halle und Frankfurt a. O. begangen haben. In Lübeck haben sie während des letzten schweren Kampfes, wo die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes 1 1/2 Jahr im Streik standen, während des Streiks auf Veranlassung der Arbeitgeber die Streikbrecher organisiert. Der Vorstand der Arbeitgeberorganisation hatte sich dieserhalb auch an den Vor-

stand des Christlichen Verbandes gewendet. Dieser hat es jedoch abgelehnt, die damals vorhandenen Arbeitswilligen aufzunehmen und eine Zahlstelle in Lübeck zu gründen. Der Gewerkschaftsverein erklärte sich hierzu sofort bereit und gab sich alle erdenkliche Mühe, noch von auswärtigen Arbeitswilligen heranzuziehen. Trotzdem hat man den Erfolg der Arbeiter nicht verhindern können.

In Halle lag es ebenso schlimm. Dort wurde bei der Tarifbewegung im Jahre 1907 seitens des Gewerkschaftsverein ein Geheimvertrag mit den Arbeitgebern abgeschlossen, der wohl eine geringe Lohnerhöhung, aber keine Verkürzung der Arbeitszeit vorsah. Als dann nach langem Kampfe die Arbeitgeber trotzdem gezwungen wurden, eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit zuzugestehen, waren es die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins, welche drohten, in einen Streik einzutreten, wenn die Arbeitgeber auch in den Betrieben, wo sie beschäftigt, die Verkürzung der Arbeitszeit durchführen würden, und es bedurfte erst des Eingreifens vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes, um die Arbeitgeber zur Durchführung der kürzeren Arbeitszeit gegen den Willen der Gewerkschaftler zu zwingen. Bei dieser Gelegenheit gaben dann die Arbeitgeber den vorher mit den Hirschen abgeschlossenen Geheimvertrag der Öffentlichkeit preis, weil sie einsehen, daß sie durch diese Arbeiterverräter nicht gerettet werden konnten. In Frankfurt a. O. und in Barth an der Ostsee haben die Hirsche ebenfalls die Plätze der Streikenden besetzt, trotzdem denselben in Frankfurt ausdrücklich angeboten war, die Bewegung gemeinsam durchzuführen, während in Barth bei Ausbruch des Kampfes nicht ein einziges Mitglied des Gewerkschaftsvereins beschäftigt war.

Das ist das Spiegelbild der Hirsche, wie es im Flugblatt des Holzarbeiterverbandes gezeichnet ist und wie diese Gesellschaft in Wirklichkeit aussieht. Und das nennt sich dann noch Arbeiterorganisation!

Berlin und Umgegend.

Die Bureauangestellten der Berliner Rechtsanwaltschaft nahmen in einer öffentlichen Versammlung in den „Reinholden“ Stellung zu einem Beschlusse des Berliner Anwaltsvereins, durch den die Arbeitszeit günstiger gestaltet werden soll. Lehmann vom Verband der Bureauangestellten referierte. Der Anwaltsverein hat auf Antrag des Verbandes folgendes beschlossen:

Der Berliner Anwaltsverein empfiehlt den Kollegen, die Arbeitszeit in den Bureaus zu regeln, daß

1. die Arbeitszeit auf höchstens 8 1/2 Stunden täglich festgesetzt wird,
2. die Ueberstunden tunlichst vermieden und, soweit unvermeidbar, besonders vergütet werden,
3. das Bureau tunlichst um 7 Uhr abends geschlossen wird.

Eine einseitige Regelung der Arbeitsverhältnisse der Bureauangestellten erscheint nicht angängig.

Die Anwälte richteten sich jedoch nach diesem Beschlusse nicht. Fast die Hälfte der Anwälte läßt ihr Personal 9 und 10 Stunden täglich arbeiten. Es muß deshalb an das rechtsuchende Publikum appelliert werden, möglichst frühzeitig in die Sprechstunde der Anwälte zu kommen, damit die Angestellten pünktlicher schließen können. In der Diskussion wurden zahlreiche trasse Mißstände in den Anwaltsbureaus aufgedeckt. Nachstehende Resolution fand einstimmig Annahme:

„Die am 3. Februar 1911 tagende öffentliche Versammlung der Anwaltsangestellten Berlins, einberufen von dem sozialen Ausschuss der Berliner Anwaltsangestelltenvereine, nimmt Kenntnis von dem Beschlusse des Berliner Anwaltsvereins vom 17. November 1910 zur Regelung der Arbeitszeit in den Berliner Anwaltsbureaus.“

Obwohl der Beschluß den Forderungen der Angestellten nicht voll entspricht, würde seine Durchführung in der Praxis doch eine ganz bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit darstellen. Die Versammlung bedauert deshalb, daß der Anwaltsverein seine Mitglieder zur Innehaltung dieses Beschlusses nicht bindend verpflichtet und bisher auch nichts unternommen hat, um seinem Beschluß zur Einführung zu verhelfen.

Die Versammlung richtet deshalb an den Anwaltsverein das dringende Ersuchen, für die Ein- und Durchführung des Beschlusses geeignete Schritte zu unternehmen.

Die Berliner Kollegenschaft wird aufgefordert, sich streng nach diesem Beschlusse zu richten und zur Erreichung eines pünktlichen Bureauauschlusses Selbsthilfe zu üben.

Die dem Sozialen Ausschuss angeschlossenen Vereine werden beauftragt, eine Kommission, bestehend aus Vertretern der beteiligten Vereine, zu bilden, die die Aufgabe hat, die Innehaltung des Beschlusses ständig zu überwachen und für seine Durchführung tätig zu sein.“

Wahrung, Fleischergesellen! Bei der Firma Carl Thomczik (Fleisch- und Wurst-Zentrale Süd-West), Postener Straße 87, sind zwei Kollegen wegen Zugehörigkeit zur Organisation gemahnt worden. Die Firma will keine organisierten Gesellen beschäftigen. Den Organisationsvertreter, der bei der Firma wegen Zurücknahme der Mahnung vorstellig wurde, hat man kurzweg die Tür gewiesen. Herr im Hause will Herr Thomczik sein, jede Verhandlung mit der Organisation lehnt er ab.

Für unsere Mitglieder ist die Firma bis auf weiteres gesperrt. Zentralverband der Fleischer.

Deutsches Reich.

Das Zentralarbeitsgericht für das Baugewerbe wird nach einer Einladung des Herrn Dr. Biedfeldt am 13. Februar im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammenzutreten.

Der Bergarbeiterstreik auf der Donnerstagsgrube bei Rybnitz, Oberschlesien, ist nach achtwöchiger Dauer zusammengebrochen. 450 Bergleute standen bei sehr niedriger Unterstützung einmütig im Streik; die polnische Gewerkschaft zahlte ihren Leuten nur 5 M. pro Woche Streikunterstützung. Der Fürst von Donnerstags hat sich die Vertretung seines Herrn-im-Hause-Standpunkts etwas kosten lassen. Der Streik wird aber auch den obersteleichen Kohlenmagnaten eine Warnung sein, denn der Streik ist doch nicht spurlos am dortigen Wirtschaftsleben vorbeigegangen.

Auf der Dortmunder Zinkhütte, A.-G. zu Stolberg und in Westfalen, haben 200 Arbeiter ihre Kündigung eingereicht, weil die Firma die von den Arbeitern eingereichten Forderungen schlangweilig ablehnte. Um die Arbeiter einzuschüchtern, verdrängte die Unternehmensehre die Nachricht, die Firma werde den Betrieb stilllegen, schon in den nächsten Tagen würden einige Oefen ausgeblasen. Die Gesellschaft ist übrigens auch Eigentümerin der Zeche Lucas, die erst vor 6 Wochen bestreikt wurde.

In den Papierfabriken Rosenhagen-Blankenberg haben zirka 600 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil der Unternehmer, Kommerzienrat Biede, den Austritt aus der Organisation forderte, und jeden, der sich weigerte auszutreten, entließ.

Die Arbeiter der Malsfabrik Walthausen in Mainz-Weisenau haben die Arbeit niedergelegt. Zu Verhandlungen über vom Brauerei- und Mühlenarbeiterverband eingereichte Forderungen war der Betriebsleiter nicht zu haben. Er ließ seine Anwesenheit vom Obermeister verleugnen, und als er dann im Betrieb gestellt wurde, erklärte er dem Organisationsvertreter: Wenn nicht paßt, kann gehen. Das tat er denn auch die Arbeiter. Zur Vorfrage waren ihnen am letzten Lohnstage 6,50 M. an Lohn einbehalten worden, doch das hat Herr Walthausen nicht genügt. Zugang ist ferngehalten.

Ausland.

Der Sechserstreik in London.

Von 1400 Buchdruckereien haben bisher 300 die von den Sechser gestellten Forderungen angenommen. Vor den Lokalitäten einer Druckerei, welche über 200 Arbeiter beschäftigt, hatte sich eine große Menge Streikender angeammelt, worauf die Polizei das Haus besetzte. Auch das Gebäude des Birkbeck's „Punch“ wird polizeilich bewacht, da die Ausständigen drohten, die Räume zu zerstören. Die Streikenden tragen am Arm rote Bänder mit der Aufschrift: Haltet aus! Sie spazieren in der Nähe der Arbeitsstätten auf und ab, singen Lieder und begehren andere Harmlosigkeiten.

Verfammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Die Neuregelung der Unterstützungsätze in den Zahlstellen Groß-Berlins beschäftigte am Freitag eine Vertrauensmännerversammlung für Berlin und die Vororte, die den großen Saal von Freher samt den Galerien füllte. Die Versammlung ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des Genossen Paul Singer, dessen Verdienste um die Arbeiterbewegung der Bevollmächtigte Glöck in innigen Worten der Dankbarkeit kurz schilderte. Bei dem Gegenstand der Tagesordnung handelt es sich darum, die lokalen Zuschläge zu der aus der Verbandskasse fließenden Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, sowie die weitere lokale Unterstützung ausgesetzter Mitglieder so umzugestalten, daß sie den Bedürfnissen mehr als bisher entspricht, und die Ungleichheit zu beseitigen, die jetzt in dieser Hinsicht zwischen den verschiedenen Zahlstellen des Lohngebietes Groß-Berlin besteht. Schon seit längerer Zeit hat sich eine Kommission, in der auch der Gauvorstand vertreten war, mit dieser Frage befaßt, und das Ergebnis ist eine Vorlage, die den Vertrauensmännern gedruckt vorliegt. Der Gauvorsteher G. Z. n. e. r. berichtete nun ausführlich über die Gründe und Erwägungen, die für die Vorlage maßgebend waren, und betonte auch, welche Bedeutung eine möglichst hohe und langdauernde Unterstützung für die unverfügbare Durchführung des Tarifvertrages sowie des Obligatoriums des Arbeitsnachweises hat. Es sind genaue Berechnungen darüber angestellt worden, was bei dem bestehenden Beitrag namentlich für die älteren und längere Zeit von Arbeitslosigkeit oder Krankheit heimgekehrten Mitglieder geleistet werden kann. Eine Beitragserhöhung über den jetzt geltenden Gesamtbeitrag von 1 M. hinaus hielt die Kommission nicht für empfehlenswert. Es wurde dann der Gedanke erwoogen, ob man nicht die Krankenunterstützung einschränken sollte, um mehr Mittel für die Arbeitslosenunterstützung zu gewinnen; die Mehrheit war jedoch der Meinung, daß bei den allzu geringen Unterstützungen der Krankenkasse und mit Rücksicht auf den Umstand, daß sich doch nicht jeder noch in einer besonderen Hilfskasse verschließen kann, eine Verschlechterung nicht angebracht sei. Die Vorlage empfiehlt nun, daß, wie es schon bei der Arbeitslosenunterstützung der Fall ist, für die erste Woche keine Krankenunterstützung aus der Lokalkasse gezahlt wird, was gegenüber den jetzt geltenden Bestimmungen für die Lokalkasse bei den weniger langdauernden Krankheitsfällen eine Ersparnis von vier Taget ausmachen würde. Dafür wird eine neue Berechnung und Staffelfung der Unterstützungsätze vorgeschlagen, die es der großen Klasse der vollberechtigten Mitglieder möglich macht, statt bisher 78 M. 117 M. aus der Lokalkasse an Krankenunterstützung zu erhalten. Für die Arbeitslosenunterstützung wird namentlich die Verbesserung vorgeschlagen, daß die Unterstützung der statutarisch ausgesetzten Mitglieder von drei auf fünf Wochen ausgedehnt werden soll, so daß die Arbeitslosen, nachdem sie ihre statutarische Unterstützung samt dem Lokalzuschlag aufgebraucht haben, noch bei 52 Wochen Beitragsleistung 6 M. pro Woche, bei 156 Wochen Beitrag 8 M. und bei 260 Wochen Beitrag 10 M. pro Woche erhalten können, bis zum entsprechenden Höchstbeitrag von 30 M., 40 M. und 50 M. Die Mehrausgaben, die der Lokalkasse daraus erwachsen, sind für ein Durchschnittsjahr auf 50 000 M. berechnet. Sie können gedeckt werden, wenn die Mitglieder in jedem halben Jahre einmal einen Extrabeitrag von 1 M. leisten. Bei der außergewöhnlich großen Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig herrscht, wird man allerdings noch Zuschüsse aus den Kassenbeständen leisten müssen. Sollte sich der Geschäftsgang bedeutend bessern, so kann es auch möglich werden, ohne die Extrabeiträge auszukommen. Dann ist wohl auch anzunehmen, daß nach dem Vorbilde Schönebergs auch weitere Kommunen Groß-Berlins sich der Arbeitslosenunterstützung annehmen werden, und die Mitglieder müssen sich selbst verpflichtet fühlen, dahin zu wirken, daß das geschieht. Von dem Gesamtbeitrag von 1 M. sind in den der Berechnung zugrunde gelegten zwei Jahren für Krankenunterstützung 17,8 Pf., für Arbeitslosenunterstützung 27,8 Pf. draufgegangen, so daß also für diese beiden Unterstützungsätze allein 44,9 Pf. des Beitrags ausgegeben wurden. Daß Berlin in dieser Hinsicht so große Summen für diese Zwecke verbraucht, hat seinen Grund darin, daß eine außerordentlich große Zahl von Mitgliedern aus den kleineren Zahlstellen im Reich zuwandern und hier ihre Unterstützung beziehen.

Aus der Versammlung wurden Einwendungen gegen die Vorlage nicht erhoben, abgesehen davon, daß ein Redner sich dafür aussprach, den Extrabeitrag vierteljährlich mit 50 Pf. zu erheben. Im übrigen verpflichteten sich die versammelten Vertrauensmänner, für die Durchführung der Vorlage zu wirken. Sie wird nun zunächst den Mitgliederversammlungen aller Branchen in den verschiedenen Bezirken zur Prüfung unterbreitet.

In der Versammlung wurde im übrigen ein Flugblatt ausgegeben, das den Titel: Die Solidarität des Gewerkschaftsvereins trägt. Es sollte eigentlich heißen: Unsolidarität, oder noch besser: Verrat an den Arbeiterinteressen, denn es wird in dem Flugblatt durch die genaue Nachbildung von fünf Annoncen — drei, die in der „Eiche“, dem Organ des Gewerkschafts der Holzarbeiter, und zwei, die in den „Stolper Neuesten Nachrichten“ und der Graudenzener Zeitung „Der Gesellige“ erschienen sind — der Beweis erbracht, daß die Leitung des Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftsvereins sich nicht damit begnügt, bei der seit dem 1. Juli andauernden Holzarbeiterausperrung in Stolp in Pommeren mit dem Unternehmertum Frieden zu schließen, sondern sich auch noch eifrigst bestrebt, durch den Arbeitsnachweis des Gewerkschafts Streikbrecher von auswärts herbeizuholen. Diese schändliche Handlungsweise, deren Ablehnung angesichts der photographischen Wiedergabe der Streikbrecherannoncen nicht möglich ist, wird jedenfalls dazu beitragen, daß Mitglieder des Gewerkschafts, die es ehrlich meinen mit der Gewerkschaftsbewegung, nun endlich zu der Erkenntnis kommen, daß ihre Interessen in jener Organisation nicht gewahrt werden, um so mehr, als ja der Gewerkschaftsverein schon viele solche Sünden auf dem Gewissen hat.

Letzte Nachrichten.

Dyker der Stürme an der spanischen Küste.

Madrid, 6. Februar. (B. G.) Wie aus Castellon berichtet wird, sind während der letzten Stürme 30 Personen in Peniscola umgekommen, sowie 17 Personen in Beni-Carlo.

Ein weiterer Schiffsbruch wird aus Binagozob berichtet, bei welchem 9 Matrosen den Tod gefunden haben.

Doppelselbstmord in Nürnberg.

Nürnberg, 6. Februar. (B. G.) Doppelselbstmord verübten durch Einnehmen von Phosphor in ihrer hiesigen Wohnung die 47 bzw. 44 Jahre alten Fabrikanteneheleute Duerlein. Duerlein betrieb die Fabrikation von Bleichspezialwaren. In hinterlassenen Briefen bezeichnet er körperliche Leiden als Beweggrund der Tat. Seine Frau hat ihr Einderständnis zu der Tat ebenfalls gegeben.

Der Abschied von Paul Singer.

Keine Glocke klang vom Turme, Militär blies nicht Fanfare,
Als sie hoben auf die Schulter stumm des toten Führers Bahre.

Schweigend und vom Schmerz durchschüttert, schoben sie die schlichte Truhe
Auf den schwarzen Leichenwagen, der ihn trug zur letzten Ruhe.

Aber draußen in den Gassen, vor dem Tore, welche Scharen,
Die von fern und aus der Nähe zum Salut gekommen waren!

Hunderttausend stehn gerüstet, stehn geordnet, wie im Leben
Kameradschaftlich im Tode höchste Ehren ihm zu geben.

Hunderttausend harren flüsternd auf dies Schauspiel sondergleichen;
Ob Genosse oder Gegner: keiner mag vom Platze weichen.

Senkt die Banner! Wie ein weißer Schwan im Wasser der Lagunen,
Taucht empor aus Menschenfluten jetzt der Sarg des Volkstribunen.

Blüht nicht, nein blühtenschimmernd prangt er in des Frühlings Farben,
Ueberdeckt vom Lorbeerkränze, übersät von Blumengarben.

Blumen, Blumen, nichts als Blumen! Bleicht, ihr dunklen Trauerflöre! —
Und dahinter, unabsehbar: Elendstruppen, Arbeitsschöre!

Ehrfurcht faßt die müß'gen Gassen, aufgepflanzt zu beiden Seiten:
Lahme humpeln an der Krücke, Blinde lassen sich geleiten.

Mütter folgen, die den Säugling sorglich vor dem Windhauch bergen;
Blasse Knaben aus der Vorstadt, wie gezeugt in Kindersärgen.

Aber Männer auch, die Muskeln von der Kraft des Hammers stählen,
Blitze unter busch'ger Braue, ein Zyklopenheer von Wählern.

Seht, sogar der Bürgermeister! Habt Respekt: der zeigt Courage!
Heute hindert ihn vom Hofe keine Gala-Equipage.

Dem Kollegen, der sich tapfer stets zum Wohl der Stadt bewährte,
Fühlt auch er sich treu verbunden übers Grab als Streitgefährte.

Schlimmes hast Du oft, Paul Singer, in dem Kampf fürs Volk ertragen,
Wenn durch Junkertrog und Lüge mancher Traum Dir ward zerschlagen.

Wenn im Drang nach Völkerefreiheit, in der harten Schlacht der Geister,
Statt der Logik, statt des Rechtes, Polizeigewalt blieb Meister!

Doch getroffen! Schon dämmert purpurn helles Morgenrot im Osten;
Licht, um das sich Väter mühten, ihre Söhne werden's kosten.

Nicht umsonst hast Du gerungen! Denn der Sieg, der stolze, rasche,
Wird sich schwingen, wie ein Phönix, leuchtend bald aus Deiner Asche.

Hebt die Banner! Im Triumphe laßt sie über Gräber wehen!
Was im Winter eis verdorrt, muß im Lenzsturm auferstehen!

Max Stempel.

Ein Massenaufgebot, wie es Berlin noch nicht gesehen, geleitete Paul Singer zur letzten Ruhestätte. So gewaltige Demonstrationen die Reichshauptstadt auch schon erlebt: eine solche Menschenansammlung steht ohne jeden Vergleich in der Geschichte Berlins. Kein Fürst, kein Staatsgewaltiger hat je ein solches Leichengefolge gehabt. Wieviel Hunderttausende sich im Zuge befanden, entzieht sich jeder genauen Schätzung. Nur das ist sicher, es waren Hunderttausende, die sich da von Mittag bis tief in die finstere Nacht hinein den meilenlangen Weg bis zum Friedhof in Friedrichsfelde hinwägten. In dicht geschichteten Gliedern, die nirgends weniger als 5 Personen zählten, die aber stellenweise die doppelte Breite aufwiesen. Ein Leichenzug der, die Unterbrechungen abgerechnet, volle fünf Stunden währte, der, wäre eine Entwicklung zu einer Zeit möglich gewesen, eine Strecke von mehreren Meilen Länge bedeckt hätte. Und gewaltiger noch als die Massen, die sich zum endlosen Zuge zusammengescharrt hatten, war die Menge derjenigen, die von der Lindenstraße im Zentrum Berlins bis zum fernen Friedhof in schwarzen Mauern Spalier bildete, die alle Straßen und Plätze mit unabsehbarem Gewimmel erfüllte. Eine Million, so schätzt der Teil der bürgerlichen Presse, der nicht gleich eifriger reaktionären Blättern diese Riesensumme in kindischer Gehässigkeit zu verkleinern sucht, nahm Anteil an der unvergeßlichen Leichenseier des unvergeßlichen Volksführers.

Es war ein Ehrentag für das Volk der Arbeit, ein Ehrentag für die Berliner, für die deutsche Sozialdemokratie, ein Ehrentag für den teuren Verschiedenen. Eine Ehrung, die viele Hunderttausende von Proletariern und Proletarierinnen ihrem Vorkämpfer bereitere, eine Ehrung, die sich das kämpfende Proletariat selbst erwies. Und wenn gewisse Blätter schreiben, daß die Stimmung des unerschütterlichen Leichengefolges keine gedrückte, sondern vielmehr eine gehobene gewesen sei, daß der Triumph über die ungeheure Demonstration aus allen Blicken geleuchtet habe, so haben sie nur richtig beobachtet. Was Paul Singer der Berliner Arbeiterschaft, dem deutschen Proletariat war, welchen Verlust sein Tod für die deutsche Sozialdemokratie bedeutete, das empfand jeder einzelne Parteigenosse, jede Parteigenossin. Und nicht nur die Trauer um den bewährten politischen Führer bewegte jeden einzelnen, sondern auch die Empfindung, daß ihm ein treuer Freund auf immer entzogen. Und dennoch lag eine gehobene Stimmung, eine stolze Freude und Siegeszuversicht über dem Riesenhier, emporschwebend aus dem Gemeinsamkeitsgefühl des kolossalen Massenaufgebots, und wie mit Riesenschritten dahinrauschend über dem Menschenmeer, das das Berlin der Arbeit erfüllte. So wurde die Kundgebung der Trauer zu einer Demonstration der erhabenen unbesiegbaren Idee, für die das Proletariat seine Waffen erhob!

Eine Ehrung bereitere das Berliner Volk einem seiner Vorkämpfer, wie sie kein Großer der besitzenden Klassen noch erlebt. Und doch war es kein Akt des Personenkultus, kein blinder Götzendienst mit menschlichen Verdiensten, so hoch die Lebensarbeit eines Singer immer gewertet sein mochte. Denn das ist ja das Entscheidende und Unterscheidende bei der Verehrung, die das Proletariat seinen führenden Männern zollt, daß die Sozialdemokratie ihren Führern keine übermenschlichen Eigenschaften andichtet, keine trennende Mauer aufreißt zwischen dem Volke und den „großen Männern“, sondern die Führer mitten hinein stellt in die Masse, sie als Kämpfer und Vollstrecker des Massenfehns und Massenwillens betrachtet. Nicht mit kalt stauender Bewunderung schaut das sozialistische Proletariat zu den Männern empor, die es ihrer besonderen Gaben und ihrer redlichen Arbeit willen an seine Spitze gestellt hat, sondern mit kameradschaftlicher Liebe, mit dem freudigen Stolz, die kameradschaftliche Zusammenarbeit, gleiches Streben, gleiche

Ideale erzeugen. Solches Empfinden läßt auch nach dem Hinscheiden des Besten kein Gefühl der Vereinsamung und des Verlassenseins, keine stumpfe und dumpfe Trauer aufkommen. So wenig sich das kämpfende Proletariat der Tragik des Todes an sich zu entziehen vermag, so nahe ihm der Verlust eines Mannes geht, den es Jahrzehnte hindurch als die Verkörperung parteigenösslicher Pflichterfüllung betrachtet, so wenig vermag doch der menschlich herbste Verlust auch nur auf Augenblicke seine Tatkraft zu lähmen und von dem abzulenken, dem ja der beste Teil dessen gehörte, was dem Toten die Sympathien erwarb. Nicht zu melancholischer Totenklage sammelten sich deshalb die Hunderttausende sondern als Testamentsvollstrecker des Verstorbenen! Als Befürworter des Gedankens der Menschheitsbefreiung von den Ketten und der Schmach einer Gesellschaftsordnung, deren Ueberwindung das letzte und höchste Ziel des Lebenden Kämpfers und Befreiers gewesen!

Dieser Gedanke der tiefsten inneren Zusammengehörigkeit, der Kampfverbrüderung all der Hunderttausende war es, der die Augen der Menge erhellte und die Totenseier mit eigenem Glanze überstrahlte. An kalter Pracht und prunkendem Schaugepränge konnte sich Paul Singers Leichenzug mit vielen anderen Trauerfeiern nicht messen. Kein Glanz von Uniformen und all dem Theaterflitter, mit dem die besitzende Klasse ihre Großen ehrt, blendete das Auge. In eintönigem Schwarz zog das Aufgebot des Berlins der Arbeit dahin, stunden- und aberstundenlang. Wenn gleichwohl die Mauern des millionenfachen Publikums während all der Stunden des Vorbeimarsches nicht wankten und nicht wichen, wenn der seelische Kontakt zwischen den Massen im Zuge und in dem Trauerspalier größer war als bei den glänzendsten Schauspielen höfischer Pompensfaltung, so war es der Geist des Zusammengehörigkeitsgefühls, der unerschütterlichen Solidarität des Volkes, der sich so überwältigend manifestierte!

Und eine solche Partei, die solche Massen in ihren Bann zieht, deren Macht und Geist sich so unwiderstehlich offenbart, will man noch mit Polizei und Anzeigengesetzen niederknien? Eitles Beginnen! Die Sache, der Paul Singer sein Leben geweiht hat, ist unbesieglich!

Der Aufmarsch.

Schon in der neunten Stunde am Vormittag war es, besonders in den Arbeitervierteln und in den Vororten, lebendig. Gruppenweise suchten die organisierten Arbeiter ihre Zahlenslokale auf, um dort die Weisungen der Gruppen- und Bezirksführer entgegenzunehmen und um dann in gemeinsamem Marsch nach dem Aufstellungsplatz zu ziehen.

Schon von der achten Stunde an wurde das Gebäude des „Vorwärts“ von einigen hundert Menschen umlagert. Und von Stunde zu Stunde wurden es mehr.

Die Straßenbahnwagen und Omnibusse warfen fortgesetzt neue Massen von Menschen aus. Autos, Droschken und Equipagen bringen unaufhörlich Kränze und Blumengebilde.

Um 11 Uhr staut sich in der Lindenstraße und in den angrenzenden Straßen, besonders aber in der Ritterstraße schon merklich der Verkehr. Die ersten Regimenter der Proletariatsarmee kommen anmarschiert. Von allen Seiten: vom Norden, vom Osten, vom Süden. Die Ordner ziehen auf ihre Posten. Die Polizeioffiziere versehen sie mit Weisungen für die Aufrechterhaltung des Verkehrs. Ueberfüllte Straßenbahnwagen bringen fortgesetzt neue Massen heran. Schon sind die Straßen nicht mehr zu übersehen. Und immer neue Trupps, zu fünfzig, zu hundert, zu tausend, wälzen sich, schwarzen Wogen gleich, heran. Dazwischen leuchtet das Rot der Kränze malerisch hervor.

Um 12 Uhr stehen die Hunderttausende aus den einzelnen Wahlkreisen marschbereit. Die Alte Fallobstraße vermag nach beiden Seiten hin die letzten Trupps der Ankommenden nicht mehr aufzunehmen. In der Alexandrinenstraße drängen sich die Massen von der Götzhiner bis zur Oranienstraße, und die Brandenburgerstraße hätte doppelt so lang sein müssen, um die Parteigenossen des 1., 2., 3. und 6. Kreises alle aufnehmen zu können; über alle angrenzenden Straßen verteilt sich der ungeheure Strom derer, die Paul Singer das letzte Geleit geben wollten.

Nach Beendigung der Kundgebung um die Standplätze zeigt die Uhr an der Jerusalemer Kirche 10 Minuten vor 12 Uhr. Die

Automobile und Droschken, die die letzten der Freunde des Toten und die Deputationen der Stadt heranzubringen, vermögen sich nur langsam und mit Mühe durchzuschängeln. An verschiedenen Stellen, auf Omnibussen, an Fenstern und auf Balkonen warten Photographen auf passende Momente. Riesengroß ist die Masse der Menschen geworden. . .

Im Trauerhause.

In den Höfen des „Vorwärts“-Gebäudes, die sonst vom regsten Getriebe werktätiger Arbeit erfüllt sind, herrscht feierliches Schweigen. Gaus und Hof haben Trauergewand angelegt. Eine Draperie von schwarzem Flor umweht das Eingangstor an der Straße. Die Einfahrt ist in eine Lorbeerallee verwandelt. Tannengrün deckt die Wände. Auch auf den Höfen sind die Mauern und Hausfronten mit Lorbeerbäumen und Tannenreis geschmückt, die brennenden Laternen umflort. Hunderte von Kränzen, mit roten Schleifen geschmückt und mit Widmungen versehen, lehnen rings an den Wänden und decken die Steinfliesen des Bodens in allen drei Höfen. Aus allen Gauen Deutschlands sowie vom Auslande her haben Parteigenossen, haben organisierte Klassenbewußte Arbeiter diese Kranzspenden gesandt als sichtbare Zeichen der Ehrung des geliebten Toten, der nicht nur der deutschen Sozialdemokratie, sondern dem gesamten internationalen Proletariat ein wohlbekannter und allseits geachteter Führer und Vorkämpfer gewesen ist. — Doch die Fülle der Kränze, welche sich hier im Trauerhause aufgehäuft haben, bilden nur einen Teil der Spenden, welche dem großen Toten auf seinem letzten Gange nachgetragen werden. Mindestens ebenso groß ist die Zahl der Kränze von Organisationen, Körperschaften, Deputationen aus Berlin und der Umgegend, die nicht erst niedergelegt wurden, sondern mit ihren Trägern zugleich im Zuge erscheinen.

Man kann mit Recht sagen: das internationale Proletariat, vor allem aber die gesamte deutsche Sozialdemokratie war vertreten bei der Leichenseier ihres Vorkämpfers Paul Singer. Soweit die Vertretung keine persönliche sein konnte, ist sie erfolgt durch die Ueberwendung von Kranzspenden. Sie sind eingegangen von den Genossen einer großen Zahl von Wahlkreisen sowie von den Bezirks- und Landesorganisationen von Ostpreußen bis zur Rheinprovinz, von Südbayern bis Schleswig-Holstein. Rechnet man dazu noch die Kranzspenden der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der Gewerkschaftskartelle aus den verschiedensten Orten, der einzelnen Verbandsmitgliedschaften sowie der großen Zahl von Arbeitern einzelner Betriebe nicht nur aus Berlin, sondern auch von außerhalb, so ist im wahren Sinne des Wortes kein politisch oder gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, keine Klassenbewußte Arbeiterin Deutschlands am Grabe Paul Singers unvertreten gewesen. Selbstverständlich waren auch die Parteipresse sowie die leitenden und verwaltenden Parteinstanzen durch Kranzspenden vertreten.

Ein Blick auf die Widmungen der Kranzschleifen zeigt, wie das Proletariat keine Toten ehrt. Da ist kein Wort überschwenglichen Lobes zu finden. Die große Liebe und Verehrung, deren sich Paul Singer unter den Klassenbewußten Arbeitern erfreute, drückt sich in einfachen, schlichten und gerade deshalb so wirkungsvollen Worten aus. Oft werden Zitate bekannter Dichter, oft aber auch eigene Worte oder Verse als Ausdruck der Empfindung an der Bahre des verehrten Toten gebraucht. Nur einige Beispiele können wir herausgreifen.

Ein knapp umrissenes Lebensbild des Verstorbenen gibt die Sozialdemokratische Partei Hamburgs:

„Du tratest zu uns, als der Feind uns bedroht,
Du standest zu uns in den Zeiten der Not.
Ein Kämpfer mit nimmer versagendem Mut,
So strittest Du wacker, so strittest Du gut,
So strittest Du kühn und entschlossen.
Nun gingst Du dahin und wir trauern am Grab.
Ein Treuer, ein Braver, so sanft Du hinab.“

Auf die Tätigkeit des Verstorbenen deutet das Agitationskomitee der oberen Rheinprovinz hin:

„Den Ärmsten hast Du Obdach gegeben,
Verfolgt den Mut zu neuem Leben,
Dem Feinde gesagt manch scharfes Wort.
Dem Volke der Arbeit: der Freiheit Wort.
Das war Dein Wirken und Dein Streben.“

Das Gesamtpersonal des „Vorwärts“ kennzeichnet das Lebenswerk Singers mit den Worten:

„Den Großen hastest Du den Kampf geschworen,
Du hieltst diesen Schwur bis an das Grab,
Die Armen haben einen Freund verloren,
Der ihnen sein Herz, sein Leben gab.“

Knapp 70 Charakterzeichnungen des Verstorbenen geben unter anderem:

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg:

„Dem Vorbildung unerschütterlicher Ueberzeugungstreue und selbstloser Opferfreudigkeit im Kampfe für Freiheit und Volksrecht.“

Die Redaktion der „Neuen Zeit“:

„Dem tapferen Kämpfer, dem klugen Berater, dem opferfreudigen Genossen.“

Die Redaktion des „Vorwärts“:

„Dem unermüdblichen Kämpfer, dem selbstlosen Begründer des „Vorwärts“, dem großherzigen Menschen.“

Der bayerische Landesvorstand widmet seinen Kranz

„Dem idealen Kämpfer für unser Endziel und dem schöpferischen Realpolitiker.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion:

„Ihrem taatkraftigen Vorläufer und lieben Kollegen.“

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Dreiklassenparlamentes gedenkt unserer zurzeit wichtigsten Aufgabe in Preußen, indem sie auf ihren Kranz die Widmungsworte setzt:

„Dem Vorläufer für ein freies Wahlrecht.“

Die Widmung des deutschen Parteivorstandes gilt

„Unserem kraftvollen Führer und treuen Freunde.“

Die Genossinnen Deutschlands geben

„Dem unermüdblichen Vorläufer und treuen Freunde, dem mutigen Menschen den letzten Kranz.“

Die organisierten Genossinnen Oesterreichs ehren

„Den treuen Vorläufer der Frauenbewegung.“

Die Redaktion der „Gleichheit“ widmet einen Kranz

„Dem treuen, verdienten Kämpfer für die Befreiung der Frau durch den Sozialismus.“

Kurz und treffend charakterisiert die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten Berlins „ihren lieben Vor- sitzenden und Kollegen“ mit den Worten:

„Dieser ist ein Mensch gewesen und das heißt ein Kämpfer sein.“

Auf die Früchte, welche dem Lebenswerk eines selbstlos für die Allgemeinheit wirkenden Mannes entspringen, deutet der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß- Berlins hin, indem er die Worte Schillers zitiert:

„Noch köstlicheren Samen bergen wir trauernd in der Erde Schoß und hoffen, daß er aus den Särgen erblühen soll zu schönem Laub.“

Dem Gedanken, daß der Geist des großen Toten noch über das Grab hinaus wirkt, gibt auch die Prekominmission des „Vorwärts“ Ausdruck:

„Du trugst die Fahne und voran,
galt's für das Recht zu streiten.
Nun mag dein Geist auf rechter Bahn
uns furchtlos geleiten.“

Demselben Gedanken der frohen Jubelstimmung in die Zu- kunft gibt die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutsch- lands Ausdruck, indem sie am Sarge Singers gelobt:

„Die Jugend wird Dir nachsehen.“

Die für den Beginn der Bestattungsfeier festgesetzte Stunde rückt näher und näher. In den stimmungsvoll-ernst geschmückten Höfen des „Vorwärts“-Gebäudes sammelt sich nach und nach eine Schar von Parteigenossen, die durch ihre Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung dem verehrten Toten besonders nahe standen: Mitglieder des Parteivorstandes, die seit langen Jahren in Gemeinschaft mit Paul Singer ihre Kräfte in der Leitung der Partei einsetzten; Mit- glieder der Reichstagsfraktion, die seit Jahren Schulter an Schulter mit Paul Singer gegen politische Anfechtung und wirtschaftliche Ausbeutung des arbeitenden Volkes kämpften; Genossen, die in der Berliner Stadtverordnetenversammlung mit dem Verstorbenen gemeinsam wirkten. Die Mitglieder der preussischen Landtagsfraktion finden sich ein, ferner die Kontrollkommission, die Generalkommission der Gewerkschaften, die Neunerkommission des „Vorwärts“-Betriebes, die Mit- glieder des Pressebureaus, die Redaktion des „Vorwärts“ sowie Deputationen auswärtiger Arbeiterorganisationen. Unter diesen fällt eine in die Festtracht der Vergleerte ge- kleidete Abordnung der Bergarbeiter aus dem Mansfelder Revier auf. Auch mehrere bekannte Genossen und bewährte Vorläufer ausländischer Bruderparteien finden sich in der Trauerversammlung ein. Aus Oesterreich sind die Genossen Bernerstorfer, Hildebrand, Skarek und Tomaszek erschienen. Frankreich ist durch die Genossen L. Thomas und Brouille vertreten. Aus Belgien sind die Genossen Gysmans und Vandermissen an- wesend. Holland hat den Genossen Bliegen, Dänemark den Genossen Stauning, die Schweiz den Genossen Manns und die ungarische Sozialdemokratie den Genossen Buchinger entsandt. — So sammelt sich in seinen Ver- tretern das internationale Proletariat an der Bahre seines verehrten Vorläufers.

Von allen, die Zutritt zum Hofe des Trauerhauses finden, unterläßt es keiner, noch einen letzten Blick auf den schlichten Metallarg zu werfen, der im schwarzdrapierten dämmerigen Raum, umgeben von tiefgrünen Blattpflanzen, im Kerzen- schimmer großer Nandelaber aufgebahrt ist. Ein letzter Wort- loiser, aus tiefer Empfindung hervorbrechender Scheidegruß gilt dem verehrten Toten. Stills und ernst treten die Be- sucher zurück, andere folgen nach.

Die Stunde ist gekommen, wo Paul Singer seinen letzten Gang antreten soll. Das Trauergemach füllt sich mit seinen Familienangehörigen. Auf dem Hofe hat eine Abteilung des Buchdrucker-Gesangsvereins „Typographia“ Auf- stellung genommen. In ausdrucksvollem Vortrage ertönt die ernste Weise: „Unter allen Wipfeln ist Ruh.“

Die Töne verklingen. — Träger bringen den Sarg heraus. — Entblößen Hauptes grüßt ihn die Trauerver- sammlung. — Wieder ertönt Gesang: „Stumm schläft der Säger.“ Der Dichter hat das Lied an einen verstorbenen Warden gerichtet, der die Krieger durch Kampfsänge be- geisterte. Hier gilt es sinngemäß dem Genossen, dessen ganzes Leben dem Kampfe geweiht war, einem Kampfe, der mehr Mut, mehr Opfer fordert und schwerere Wunden schlägt als der Kampf auf dem Schlachtfelde. So werden denn auch

die markigen Töne des Vordeliebes in den Herzen der Hörer aufs neue die schmerzliche Empfindung, daß hier einer der besten Kämpfer für die Befreiung des Proletariats zu Grabe getragen wird.

Dem Sarge folgen die Angehörigen des Verstorbenen, dann die Vertreter der genannten Parteikörperchaften. Vor dem Hausträger nimmt der Leichenwagen den Sarg auf, während eine Musikkapelle den Chopinschen Trauermarsch intoniert.

Langsam, sehr langsam, weil durch den Straßenverkehr oft unterbrochen, bewegt sich der endlose Zug dem Fried- hofe zu.

Von ausländischen Bruderparteien waren durch Kränze bzw. Deputationen im Zuge vertreten: die dänische Sozial- demokratie, die belgische Sozialdemokratie, die Sozialdemo- kratie im Kanton Zürich, die sozialdemokratische Partei Aus- lands, die belgische Arbeiterpartei, die deutsch-österreichische sozialdemokratische Parteiorganisation, die ungarische Sozial- demokratie, die „Parti socialiste (section française de l'Internationale ouvrière)“. Auch das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel war vertreten. Ferner der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten Oesterreichs sowie die Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs. — Von deutschen Partei- und Gewerkschaftskorporationen, die durch Deputationen und Kränze vertreten waren, wurden unter anderem bemerkt: die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, das gewerkschaftliche Arbeiterinnen- komitee, die Parteischule, der Bildungsausschuß, die Berliner Gewerkschaftskommission. — Die nach Hunderten zählenden Kranzpenden von sozialdemokratischen Kreis-, Bezirks- und Landesorganisationen, der Parteipresse sowie der Gewerk- schaften, der Gewerkschaftsvereine, der Arbeiter einzelner Be- triebe, der Arbeitersport- und Vergnügungsvereine können hier nicht einzeln erwähnt werden, da es schlechtdings un- möglich war, hierüber am Verordnungsstage einen auch nur annähernd erschöpfenden Ueberblick zu gewinnen. Die Kranz- schleifen werden vom Dienstagabend ab im Gewerkschaftshaus aufgestellt und können dort besichtigt werden.

Der Abmarsch des Zuges.

Drei Minuten vor 12 Uhr fährt der Leichenwagen vor die Tor- einfahrt des „Vorwärts“. Punkt 12 Uhr trägt man unseren toten Freund heraus. Jeder Arm hört auf. Die Häupter entblößen sich. Totenstille herrscht im Umkreis, als der Sarg auf den Wagen ab- gestellt wird. Die Musik intoniert den Chopinschen Trauermarsch. Die Spitze des Zuges, gebildet von den Parteigenossen vom 4. Wahlkreis, den Wählern des Toten, setzt sich in Bewegung.

Weit über eine Stunde währte es, ehe der Leichenwagen die Lindenstraße verlassen und in die Ritterstraße einbiegen konnte, wo er erst gegen 12 Uhr die Pringentstraße kreuzte.

Die Wahlkreise Nieder-Varnim und Teltow- Weesow setzten sich in schier endlosem Zug erst um 2 Uhr in Bewegung, ihr Vorbeimarsch dauerte, trotzdem er teilweise in ziemlich lebhaftem Tempo erfolgen konnte, volle 1 1/2 Stunden.

Endlich um 3 1/4 Uhr konnte sich der sechste Wahlkreis zum Abzug rüsten, doch waren ihm die Jugendabteilungen ausgereicht und hatten sich hinter dem Zug der Vertretung aus den Groß-Berliner Wahlkreisen angeschlossen. Fünftiertel Stunden vergingen, ehe das Ende des sechsten Wahlkreises herankam, und es schlug bereits 5 Uhr, bis sich der Zug des fünften Kreises in Bewegung setzen konnte.

Inmitten des sechsten Kreises schob man um diese Zeit die Kranzdeputationen sämtlicher noch auf ihrem Standplatz ver- harrenden Wahlkreise und sonstiger Vertretungen, um dadurch wenigstens diesen noch den Zutritt zum Friedhof zu ermöglichen.

Als sich der dritte und hinter ihm der zweite und der erste Wahlkreis auf den Weg machten, war es bereits 10 Uhr geworden. Die Sonne war längst untergegangen und noch immer wogte es die Stalitzerstraße hinunter; die Musikschöre liehen ihre Trauerweisen ertönen, in dichten Reihen bildete immer das Publikum Spalier im Lichte der Straßenlaternen. Am Schlesi- schen Tor um 8 Uhr angekommen, lösten sich der zweite und nach ihm der erste Wahlkreis, welcher den Abschluß bildete, auf. Schon dede Mutter Erde den treuen Kämpfer, die Nacht breitete ihren Schatten über das geschlossene Grab, und nun erst traten die um ihren Führer trauernden Genossen den Heimweg an.

Im Südosten.

Es ist 11 Uhr. Aus allen Richtungen strömen Menschenmassen, in unabsehbarer Fülle. Nicht lange, und am Rotbusiertor stehen sich Tausende und Abertausende von Zuschauern, bilden wirre Anhauf und dehnen sich in zwei endlosen Mauern im Zuge der Stalitzerstraße hin. Kopf an Kopf lagern übereinandergeschichtet, die Bewohner der anliegenden Häuser in den Fenstern und auf den Balkonen.

Jeder Wagen der Hochbahn spürt eine Flut von neuen An- kündigungslinien aus. Photographische und kinematographische Apparate tauchen über den Köpfen der Menge auf. Autos rufen unablässig. Straßenbahnwagen und Omnibusse bringen jeden Augenblick Bewegung in die Menschenmühen. Ordner, mit roten Armbinden, sorgen für freie Passage. Die wenigen anwesenden Schulleute beschränken sich auf die notwendigsten Anordnungen und sind gar nicht — nervös.

Im Gegenteil: sie besleichen sich durcheinander eines ruhigen, zum Teil sogar gemüthlichen Tones. Einer wendet sich an den Genossen Bels, der mit gewaltigen Armen die immer weiter herbor- schwellenden Massen der Zuschauer in Schach hält. „Sie müssen hier aber auch Platz machen!“ „Ich habe schon für drei Schulleute Platz gemacht“, meint Bels lachend und der Schuhmann ant- wortet, ebenfalls lachend: „Ja, das glaube ich wohl!“

Allmählich wächet die Flut drängend an. Wer in der Mitte steht, gibt jeden Versuch, sich zu rühren als fruchtlos auf. Nur wenn es klingelt oder tutet, kommen sich die Vorderreihen mit aller Macht gegen ihre Hintermänner — um ihrer Füße willen. Bei jedem Hochbahnzug, der über die Köpfe hinwegrollt, beginnt das Pferd eines Vertretenen erschreckt zu tänzeln und zu kreieren.

Allgemeines Aufsehen erregt eine lange, schwarze Fahne mit roter, umflossener Schleife, die von der Frontseite des Hauses Admiralstraße, nach dem Rotbusiertor hin, im Winde flatterte. „Wer mag da bloß wohnen?“ geht es fragend durch die Reihen.

Endlich wird es lebendig. Die Hälse recken sich nach der Ritter- straße hin. Schmetternde, aber seltene Trompetenklänge werden laut. Immer näher kommt es. Schon kann man Chopins wunder- bor-erregenden Trauermarsch vernehmen. Hinter dem Musikchor folgen die Mitglieder des 4. Berliner Reichstagswahlkreises in un- absehbarer Menge. Von Zeit zu Zeit leuchten rote unverhüllte Schleifen auf, im Verein mit dem tiefen Grün der Kränze und der bunten Pracht der Blumenarrangements entzündende Farbenspelle erregend.

Und nun durchbricht auch noch die Winter Sonne siegreich das dünne, graue Gewöl und erhöht noch den Eindruck dieses gewaltig wogenden Menschenstromes.

Doch nur langsam bewegt sich der Zug vorwärts, immer und immer wieder zerteilen ihn die Straßenbahnwagen und Fußverke, deren Andrang gerade um die Zeit sehr stark ist. In der dritten Nachmittagsstunde hat der vierte Kreis seinen Vorbeimarsch beendet und nun wird das Bild lebendiger und die Menge unruhiger. Ver- treter der Parlamente und übrigen Körperschaften folgen program-

gemäß, zu Fuß und zu Wagen, mit Kränzen und umflossenen Bannern. Bald hinter dem Leichenwagen und den Angehörigen des Verstorbenen hatten sich die Jugendlichen einrangiert, die mit Fahnen und Schildern und Kränzen starr und leicht ausfallend, in überaus großer Anzahl vertreten waren. Und wieder Wagen und wieder Musik und wieder Menschen, in endloser Fülle, Frauen und Männer; ja, selbst Kinder trippelten tapfer mit und ließen sich weder von Kälte noch von Müdigkeit abhalten, auch ihrerseits an der letzten Ehre des toten Kämpfers mitzuwirken.

Die Sonne war längst untergegangen, die Schatten des Abends senkten sich über den Platz und allerorts flammten die Lichter auf — aber der Menschenstrom zog in unverminderter Stärke immer noch vorüber und schien sich immer erschöpfen und leeren zu wollen. So war es denn gerade 6 Uhr, als die letzten Teilnehmer im Zuge der Stalitzerstraße verschwanden.

An der Oberbaumbrücke und Warschauer Brücke.

Schon lange vor 12 Uhr zeigte sich die Gegend stärker als sonst belebt. Zu Hunderten wanderten starke Volksmassen, den Trauerzug erwartend, auf und ab. Immer stärker schwool die Menge an. Um 12 1/2 Uhr bildeten sie zu beiden Seiten der Straße feste, anscheinend unbewegliche Wälle. Ohne sichtlich Ungebul wurde der Zug erwartet. Schnelthütig blickten Überlaufende von Augen nach der Richtung, aus der der Trauerzug kommen sollte, und noch immer war nichts von ihm zu sehen.

Da um 1 Uhr erschienen drei Schulleute hoch zu Pferde, vor und hinter ihnen ein mächtiger Volksstrom. Bald wird auch das an der Spitze des Trauerzuges marschierende Musikchor hörbar. Um 1 1/4 Uhr passierte die Spitze des Zuges die Warschauer Brücke. Geradezu endlos schien der Zug des vierten Wahlkreises. Noch einige Stunden sollten die mehr und mehr angewachsenden Spalier- bildenden Volksmassen auf den eigentlichen Leichenzug warten müssen. Jeder weitere Kranz, der in der Mitte des Zuges von ihnen vorbeigebracht wurde, erweckte immer wieder von neuem ihre Be- wunderung. Inzwischen hatten sich die freigelegenen Perrons der Hochbahnstationen, an der Warschauer Brücke, am Stralauer Tor und am Schlesi- schen Tor zum Brechen voll mit Menschen gefüllt. Hunderte von Leuten, die gar kein Jahresbedürfnis hatten, opferten einen Nidel, um den Trauerzug von einer höher gelegenen Barre besser sehen zu können. Endlich, nach reichlichen zwei Stunden, wurden die Trauerweisen des zweiten Musikchores, das der Reichs- tagsfraktion voranschritt, vernommen. Als sich der Leichenwagen näherte, wurden allenfalls die Hüte gezogen und dem vom Volke geliebten teuren Entschlafenen der letzte stumme Gruß ent- boten. Mit stiller Genugtuung wurden die prachtvollen Blumenarrangements und zahlreichen Kranzpenden bewundert.

Um 3 1/4 Uhr passierte der Leichenwagen die schmale Warschauer Brücke, einen ungeheuren Menschenstrom zu beiden Seiten der Straße mit sich führend. Einige Vegetierte suchten ihre scheinbar unerfüllliche Neugierde dadurch zu stillen, daß sie den Trauerzug in Droßeln und Autos begleiteten. Dadurch entstand an der Warschauer Brücke, die nur halb so breit wie der Straßenzug ist, eine nicht unerhebliche Verkehrsstockung, die durch den auch in dieser kurzen Zeit aufrecht erhaltenen Verkehr der Straßenbahn der Hoch- bahngesellschaft wesentlich erhöht und fast lebensgefährlich wurde. Die Umsticht der Augenwäner und die Vorsicht der Wagenführer verhinderte jedoch irgendwelche Unglücksfälle, und verhältnismäßig schnell war die Verkehrsstockung wieder beseitigt.

In langem Zuge folgte der Leiche das Trauergefolge. Den öffentlichen und den leitenden Körperschaften der Partei und der Gewerkschaften folgten die Genossen der beiden Berlin vor- gesagerten Wahlkreise Nieder-Varnim und Teltow-Weesow. Um 4 1/2 Uhr zeigt sich eine minutenlange Lücke im Zuge. Da erscheinen abermals drei Vertilene. Das mußte etwas Besonderes zu bedeuten haben. Mit großer Spannung sahen die stundenlang Harrenden dem, was nun da kommen sollte, entgegen. Nichts wurde humoris- tisch hingeworfen, daß die Polizei eine Ueberwachung der Genossen aus dem Sechsten, — die nun programmäßig im Zuge folgen mußten — wegen der Vorkommnisse in Raabit und auf dem Wedding noch für notwendig halte. Aber nein, das war es nicht. Die Genossen des sechsten Kreises hatten der Jugend den Vorantritt gelassen. Ruhig und ernst bewachten sich die jungen Leute im Trauerganz, in gutgeordneten Reihen schritthaltend vorwärts. Ihnen folgte die lange Reihe der Deputationen der Gewerkschaften und Fabriken der verschiedenen Verufe, die ihre Banner und Kranzpenden mit sich führten und sich in Anbetracht der vor- gerückten Tageszeit sämtlich an die Spitze des sechsten Kreises begeben hatten. Der ursprüngliche Plan, sie nach Gruppen geordnet den verschiedenen Kreisen zuzuteilen, hatte sich infolge der un- geheuren Beteiligung der Genossen nicht durchführen lassen. Um 6 Uhr hatte endlich der Trauerzug mit seinem Schluß, den die Genossen des fünften und dritten Wahlkreises bildeten, die Gegend passiert. Die Züge des zweiten und ersten Wahlkreises hatten sich schon vor dem Schlesi- schen Tore aufgelöst, weil für sie doch keine Aussicht mehr vorhanden war, den Friedhof noch vor Torenschluß zu erreichen.

Wald gingen auch die Zuschauergruppen, die sich schon vorher mehr und mehr gelichtet hatten, auseinander, befriedigt von den vielen Beweisen der Liebe und Verehrung, die das Proletariat Berlins seinem großen Toten dargebracht hat. Alle waren davon überzeugt, daß dieses Leichenbegängnis kaum übertroffen werden kann.

In der

Frankfurter Allee

bemerkte man gegen Mittag noch nicht viel von dem außergewöhn- lichen, großen Ereignis, das bevorstand. Die vielen Menschen, die von Anfang an teilnehmen wollten an dem Leichenzug, hatten sich schon nach dem Innern der Stadt begeben, und die übrigen Massen waren noch nicht auf dem Plan erschienen. Aber kaum war die Mitte des Tages überschritten, da sah man Gruppen von Männern und Frauen mit Kindern immer zahlreicher hinauswandern nach Lichtenzug zu. Bald darauf bildeten sich rechts der Straße und links auf der breiten Mittelpromenade dichte Spalierreihen, und die Menschen- massen, die sich so zusammenscharten, wuchsen immer mehr an. Man wartete des Leichenzuges und man wartete lange und geduldig, ungeachtet der kalten Witterung, die sich bei dem langen Stehen unangenehm fühlbar machte. An den Querstraßen, wo die Sonne zwischen den hohen Mietshäusern hindurchschien, waren die Massen am stärksten. Man wollte gern noch ein wenig der Sonne genießen, die dem nicht mehr scheint, der zu Grabe getragen werden sollte. Die Polizei, nicht übermäßig vertreten, sorgte mit mehr Höflichkeit, als man es sonst gewohnt ist, dafür, daß der nur spärliche Wagen- verkehr aus den Querstraßen nicht behindert wurde. Die Frank- furter Allee kamen hin und wieder schon Droßeln mit Kränzen ge- fahren. Auf den Trauerzug aber wartete man Stunde um Stunde vergeblich. Endlich, es war gegen 3 Uhr, hörte man die Trauer- weisen und der vierte Kreis, die vielen Tausende, die den Verstorbenen bei jeder neuen Wahl wieder in den Reichstag gewählt hatten, kamen feierlichen Schrittes daher. Aber wie lang schon dieser eine Teil des Zuges war! Nein, wenn nur erst der Leichenwagen käme! Wenn der vorüber war, wollte man nach Hause gehen, hieß es immer wieder in der spalierbildenden Menschenmasse. Unmühsam konnte man auf festen Füßen den ganzen Zug der Hunderttausende abwarten. Und dann kam endlich der Leichenwagen. Es war ein ereignisvoller Augenblick und selbst verhärtete Gegner der Partei, Leute, die nur aus Schaulust gekommen waren, entblößten ihr Haupt vor dem toten Kämpfer der Sozialdemokratie, vor dem Manne, der es ver- standen hatte, so viele, unzählbar viele für sich und seine Sache zu gewinnen. Da konnte man nicht leichten Herzens davonsehen, man mußte alles schauen, was noch kommen sollte, die lange Reihe der Wagen mit den verschiedenen Deputationen, Kommissionen, Ver- tretern der Partei, der Gewerkschaften und der öffentlichen Körper- schaften, und dazu die vielen, unzählbar vielen prächtigen Kränze. Mathematisch veranlagte Zuschauer hatten sich bemüht, sie zu zählen. Ganz, der von Anfang an damit begonnen hatte, was beim Zuge des Vierten Kreises auf die 40 gekommen, dann hatte er das Zählen aufgegeben, denn es kamen zu viele Kränze, und man mußte doch auch sehen, wie schön sie waren. Wann kommt endlich Nieder-Varnim

und der Sechste Kreis und die Jugendlichen und alle die anderen, die noch kommen sollen? Immer schnelleren Schrittes bewegen sich die unabsehbaren Hügel der Leidtragenden. Die Dämmerung war längst hereingebrochen, und es war Abend geworden, aber man wollte das Ziel doch noch erreichen. Tatsächlich kam die Jugend heranzumarschieren, und mit Begeisterung bemerkte man, wie zahlreich auch die junge Garde der Partei auf den Weinen war, wie sie dahinsog im Bewußtsein der ernsten, traurigen Pflicht, die es hier zu erfüllen galt. Es kamen noch immer neue Hügel, neue Massen, die dem Toten die letzte Ehre erweisen wollten.

Das Gefolge überstieg alle Erwartungen. So ist noch kein Fürst, kein Kaiser begraben worden, sagte man. Endlich als die Uhr auf sieben ging, waren die Hügel der Leidtragenden vorbimarschieren. Schon seit anderthalb Stunden wogten die Massen dorthin, die das Ziel früher erreicht hatten, wieder der Stadt zu. Die Straßenbahnwagen, die seit Mittag überfüllt hinausgefahren waren, kamen nun wieder zurück, und von Glück konnte der sagen, der auch nur einen bescheidenen Stehplatz erwirkt hatte, um auf diesem Wege schnell heimzukommen, um ausruhen zu können von dem anstrengenden Marsch. Die Ringbahnzüge hatten seit Mittag gewaltige Menschenmassen, wie wohl kaum je zuvor nach der Frankfurter Allee befördert, und noch weit größere Massen wollten nun zurück zur Stadt oder nach diesem oder jenem Vorort. Da entstand zeitweilig ein beängstigendes Gedränge auf den Zugängen und den Bahnsteigen, aber es lief doch alles gut ab. Das Bewußtsein, mitgewesen zu sein bei diesem historischen Ereignis, dieser Massentrauerfeier, entschädigte für die Mühsal des Tages.

Vor dem Friedhof.

Wie sich die Massen in der Stadt formierten, so traf man draußen, vor dem Friedhof, zugleich alle Anstalten, den gewaltigen Andrang auch beherrschen zu können. Die Ordner hielten die eine Seite der Gubrunstraße, die von der Frankfurter Chaussee aus den Zugang zum Zentralfriedhof bildet, vollständig frei. Nur wer eine Karte zum Friedhof besaß, konnte hier passieren. Auf der anderen Seite bildete das Publikum schon um ein Uhr eine dichte Mauer, überwacht von den Ordnern. Nachrichten aus der Stadt meldeten, daß der 4. Kreis, der hier draußen Spalier bilden sollte, ein unerwartet starkes Aufgebot gestellt hatte. Die entsprechenden Vorkehrungen wurden getroffen. Man sperrte die Gubrunstraße an der Frankfurter Chaussee ab, wo 25 Ordner eine dichte Kette bildeten, die später noch verstärkt wurde. Der Wagenverkehr wurde an der Hagenstraße abgelenkt. Man wartete — und Stunden verstrichen. Einzelne Wagen mit Delegationen, die den direktesten Weg zum Friedhof nehmen durften, Kranzträger zu Fuß und Kartennaher, zwei Sängereinheiten, die geschlossen aufmarschieren, ziehen vorbei. Da — endlich, es ist bald 4 Uhr, ertönt von fern her schwere Trauermusik. Alles ist voller Erwartung, die Ordner sind eifrig bestrebt, die vordringenden Massen zurückzuhalten. Die Musik kommt näher, das große, schwarz verhängte Banner des 4. Kreises wird sichtbar und ihm folgen in geordneten Reihen, unabsehbar, die Trauernden, die in Paul Singer ihren Abgeordneten verloren haben und nun Spalier bilden vom Friedhof an, die Gubrunstraße und weiter entlang. Sie sollten an der Spitze des Leichenzuges marschieren, aber wo bleibt der übrige Zug? Wieder vergeht eine volle Stunde. Unterdessen werden Blumenpenden und Kränze, immer mit schimmernden Seidenrot und golden leuchtenden Widmungen auf den breiten Bändern, vorbeigetragen, zum Friedhof hin. Die Dämmerung bricht herein, die freundlich blinkende Sonne hat ihren Tageslauf vollendet; es ist bald 5 Uhr. Da wird es stille ringsum, eine Bewegung geht durch die Massen, der Leichenzug kommt — Die Häupter entblößen sich zum letzten Gruß; der Scheidende ist nahe am Ziel, er hat den letzten Weg vollendet. Der Leichenwagen zieht durch das Friedhofstor, gefolgt vom Trauerzuge. Und wieder will die Reihe der Blumenpenden, die ihm nachgetragen werden, kein Ende nehmen.

Hern ertönt neue Trauermusik, neue Massen, aus Nieder-Barnim und Teltow-Breslow, marschieren an. Der Friedhof ist geschloffen und die Massen begnügen sich, am Friedhofstor vorbeizumarschieren und, der Weisung der Ordner gemäß, nach links abzuschwenken, nach Lichtenberg zu oder die rechte Seite der Gubrunstraße zurück. Sechs Uhr ist vorbei, es ist längst dunkel geworden, und noch immer kommen, in sehr unregelmäßigen Abständen, geschlossene Hügel heran, begeben sich die Gubrunstraße hinunter und wieder herauf. — Die Ordnung wurde vor dem Friedhof in musterhafter Weise aufrecht erhalten. Schulkleute und Gendarmen waren nur in sehr geringer Anzahl vertreten und verhielten sich durchaus reserviert.

Im Reich der Gräber.

Im Kampf mit dichtem Gewölke und einem kalten Nordwest hat die Sonne den Sieg davongetragen. In ihrem hellen Scheine liegt freundlich der Totenhain der Stadt Berlin, zu dem einer ihrer besten Bürger seine letzte Fahrt macht.

Ein Hain ist es, kein des Gräberfeld. Zwar schläft heute Natur noch ihren Winterschlaf und kein Grün und Spricheln ist bemerkbar. Doch diese Stätte der Toten mulet auch freundlich an, wenn Baum und Busch ihr Gezweig noch nackt emporstrecken.

So mancher Mittstreiter ist hier für immer zur Ruhe gegangen, und so mancher Vorkämpfer und Führer, dem wir nachsehen. Da steht Liebkecht, unser „Alter“. Das Denkmal zeigt uns seinen feinen Kopf, den wir alle so gern sehen, wenn er zu uns sprach. Dicht daneben liegt Auer, auch einer unserer Besten. Ihn beteten wir hier vor vier Jahren.

Und wenige Schritte weiter ein offenes Grab. Paul Singer soll hier der Dritte in der Reihe unserer untergehenden Toten sein.

Es ist die zweite Nachmittagsstunde überschritten. Viele Ordner stehen auf dem Friedhof bereit, der nur für den großen Toten und das Trauergefolge geöffnet ist. Die Zeit vertritt langsam. Die Spitze des Leichenzuges wird bald erwartet. Es ist aber eine Täuschung.

Inzwischen haben die Sangesabteilung I (Südost), die an der Halle singen soll, und die Männerchöre „Ost“ und „Namentos“, diese nahe dem Grabe, ihre Plätze eingenommen.

Auf dem Plateau vor der Leichenhalle beginnt es sich immer mehr zu regen. So sind bereits die Deputationen des Berliner Magistrats und der Berliner Stadtvorordneten versammelt erschienen. Auch Oberbürgermeister A r s c h a e r und der Vorsitzende R i c h e l s e n d sind anwesend, und neben den eigentlichen Deputierten sehr viele andere bürgerliche Stadtverordnete, einige nichtdelegierte Magistratsmitglieder sowie der Präsident der Berliner Handelskammer Kommerzienrat S e r z. Ein Beweis der hohen Achtung, welche unser Genosse S i n g e r als Kommunalpolitiker und Mensch auch in diesen Kreisen genoss. Die Zahl der Kranzdeputationen, die dem Zuge vorausgeeilt sind und hier Aufstellung nehmen, mehren sich. Es kommen bekannte Parlamentarier und alte Berliner Parteigenossen, die schon vor einem Menschenalter und mehr mit dem Verstorbenen Seite an Seite gekämpft haben.

Hier der Platz vor der Halle ist für die Feier bestimmt. Ein niedriger Katafalk erhebt sich vor den Stufen der Frei-

treppe, die zum größten Teil von Bäumen im Schmuck grüner Blätter verdeckt ist. Die Dekoration im Verein mit der von Säulen getragenen Vorhalle gibt einen schönen Abschluß.

Es ist bald 4 Uhr. Die Winter Sonne neigt sich schon und sendet ihre Strahlen nur noch matt herüber. Da ertönt in weiter Ferne Musik. Sie kommen. Langsam kommt der Schall näher. Gegen vier Uhr sind die Genossen des vierten Wahlkreises, die die Spitze bildeten, angelangt. Die Fahne, die so manche Siegesfeier sah, wird hereingetragen. Es folgen Kranzdeputationen auf Kranzdeputationen. Schon bricht die Dämmerung herein, verstärkt durch Wolkenmassen. Nun werden die Klänge eines Trauermarsches vernnehmbar. Sie schwellen immer mehr an. Wenige Minuten später durchschreiten die Reichstagsfraktion, die Partei- und Gewerkschaftsleitung und die Mitglieder anderer Parteinstanzen und Korporationen, sowie die auswärtigen Delegierten, das Tor zum Reich der Gräber. Es folgt der Wagen, der unsern teuren Toten birgt. Durch ein Spalier ernst dreinschauender Männer, zumeist Trägern prächtiger Kranzpenden, die das Haupt entblößen, bewegt er sich dahin. Ein letztes Aufblitzen rotglühender Sonnenlichts verlißt am Horizont. — Unzählbare Deputationen mit Kränzen schließen sich an.

Der Platz vor der Halle füllt sich. Ueberall bedecken sich die Rasendecke mit den Kränzen. Die Böschung, die sich nach einem weiten Plaze inmitten des Friedhofes neigt, ist damit übersät. Es leuchten die Blumen und das Rot der Schleifen auf dem grünen Unterboden des Lorbeers, der Tanne oder des Palmwedels.

Die Feier vor der Halle.

Der Sarg ist auf dem Katafalk niedergelegt. Tiefe Stille. — „Ein Sohn des Volkes wollt er sein und bleiben.“ Das Lied erklingt.

Dann ergreift als erster Redner das Wort

Wolkenbräu:

Sechste Trauerversammlung! Ein Herz hat aufgehört zu schlagen, das von glühendem Freiheitsdrang besetzt war! Ein Herz hat aufgehört zu schlagen, das sein Uebelang für die Armen und Elenden schlug! Eine der markantesten Persönlichkeiten unserer Zeit ist ins Grab gesunken. Vielleicht wäre es angebracht, am Grabe auf das Wirken des Verstorbenen hinzuweisen. Aber bei einem Mann, der ein halbes Jahrhundert lang fast täglich gute Werke getan hat, ist es unmöglich, in einer kurzen Spanne Zeit das vorzuführen, was ihn vor Tausenden ausgezeichnet hat. Die Ideale seiner Jugend waren, ein freies Land aus seinem Vaterlande zu machen. Diese Ideale seiner Jugend hat er sein ganzes Leben hindurch im Herzen getragen, für diese Ideale hat er mehr als ein halbes Jahrhundert gekämpft. Wenn auch früh schon sein Sehnen darauf gerichtet war, den Armen zu helfen, so wissen wir doch, daß er sich zuerst nicht der Partei angeschlossen hatte, für die er dann mehr als drei Jahrzehnte gestritten hat. Daß er in den siebziger Jahren der Partei noch fern stand, war vielleicht auch ein besonderes Kennzeichen für den Verstorbenen. Um jene Zeit war es ja geradezu Mode, daß viele sogenannte Intellektuelle mißließen. Singer ließ nicht mit. Aber das war nicht Mangel an Mut. Denn daß er Mut hatte, das hat er 1870 bewiesen, als er die Erklärung der Hundert mit unterschrieb, die gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen protestierten, obwohl wenige Tage vorher die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Leute, die solche Gesinnungen hätten, als Landesverräter bezeichnet hatte. Aber 1878, als das Sozialistengesetz kam, als die Bewegung der Massen unterdrückt werden sollte, als jede Druckschrift verboten, alle Vereine und Versammlungen aufgelöst, als den Arbeitern das Wahlrecht genommen wurde, damals, als Hunderte von Haus und Herd getrieben wurden, lediglich weil sie sich für ihre politische Ueberzeugung einsetzten, da war es Paul Singer, der offen der Gewalt entgegentrat und gerade in diesem schweren Augenblick sich der verfolgten Partei anschloß.

Manchen hat er damals ein Asyl geboten, vieles im Stillen und privat getan.

Als er offen zur Sozialdemokratie übergetreten war, wurde er sogleich zu öffentlichen Ämtern berufen, und er ist da — wir können es wohl sagen — ein Bahnbrecher geworden. Man muß sich in jene Zeit zurückdenken. Die ganze sozialistische Literatur, das sozialistische Programm beschränkte sich lediglich auf die wenigen großen Fragen der allgemeinen Politik. Da sandten ihn die Berliner ins Stadtparlament. Singer war dort lediglich auf sich selbst gestellt, und er hat durch sein Wirken, durch seine Anträge und durch seine Reden dem Sozialismus eine neue Bahn gewiesen, er hat ihn in die Gemeindepolitik hineingeführt. Daß Paul Singer hier an Arbeit geleistet, was er beantragt und geredet hat, ist später das kommunalpolitische Programm der Partei geworden. Ich glaube, nicht zuviel zu sagen, wenn ich hervorhebe, daß dies sein Wirken ihm auch Achtung bei Andersdenkenden eingetragen hat.

„Auch manche Geister, die mit ihm gerungen,
Sein groß' Verdienst unwillig anerkannt,
Sie fühlten sich von seiner Kraft durchdrungen,
In seinem Kreise willig festgebant.“

Mancher seiner Gegner wird heute zugeben müssen: es würde besser um Groß-Berlin stehen, wenn man früher den Anregungen dieses Vorkämpfers gefolgt wäre. So sahen wir ihn im Berliner Stadtparlament wirken. So haben wir ihn aber auch wirken sehen in der Gesetzgebung des Reiches. Auch da hat er sich eine sehr geachtete Stellung erworben. Er gehörte zu den geborenen Führern. So hat er in den öffentlichen Körperschaften gewirkt. In der Partei wirkte er seit dem Jahre 1887. Als damals die deutsche Sozialdemokratie verfolgt wurde und gezwungen war, ihre Parteitage im Ausland abzuhalten, erschien auch Singer in St. Gallen, und wir haben ihn seitdem auf fast allen Parteitagungen wirken sehen. Jederzeit war ihm der Leitstern seines Wirkens die innere Geschlossenheit der Partei. Sie zu stärken war das Ziel, das er sich gesetzt hatte, und in diesem Sinne wirkte er auf allen Parteitagungen.

Alle aber, die ihm näher getreten sind, wissen, wach herrlicher Kamerad, wach treuer Freund er in allen Lebenslagen war. Wir, die wir im Parteivorstand mit ihm zusammen arbeiten konnten, haben einen Einblick in seinen in diesen herrlichen Geist. Wenn es galt, geschäftliche Dinge zu erledigen, so war Singer da mit seinem sicheren Blick und immer auch mit dem sicheren Griff. In der Politik war er stets der entscheidende Mann, der für die Grundzüge des Programms eintrat. Wo es galt, Unterstützungen zu bewilligen, war es ihm unmöglich, sein gutes Herz zu zügeln. So haben wir ihn in allen Fragen als treuen Kameraden schätzen gelernt. Wir haben einen schweren Verlust erlitten und ich glaube, daß uns Paul Singer noch für lange Zeit fehlen wird. Er hat ein glückliches Leben durchlebt. Der Mensch, der sich die Ideale seiner Jugend bis ans Greisenalter bewahrt, bewahrt sich damit auch ein Stück seiner Jugend. Solange ihn die Ideale seiner Jugend beseeelen, solange ist die Jugend bei ihm. In seiner Jugend teilte Singer seine Ideale nur mit wenigen Gleichgesinnten, während heute es Millionen sind, die für diese Grundzüge eintreten. Wenn

Paul Singer den heutigen Tag hätte sehen können, ich glaube, sein alter Lebensmut wäre von neuem in ihm erwacht. Haben wir es doch während der letzten Jahre, als er durch Krankheit niedergeworfen war, erleben können, wie jeder Erfolg der Partei ihn von neuem belebte. So ist er von uns geschieden in dem Bewußtsein, daß sein Kampf für die Sache der Menschheit kein vergeblicher gewesen ist. Das Proletariat wird seinen Wegen folgen und wird den Kampf zum baldigen Siege führen!

Richard Fischer:

Als Zeichen ihrer Liebe habe ich im Auftrage der Berliner Parteigenossen unserem teuren Verstorbenen den letzten Gruß und den letzten Dank abzusprechen. Wir alle fühlen wohl den schweren, vielleicht unerfüllbaren Verlust, der uns getroffen hat. Doch können wir die Tragweite unseres Verlustes nicht überschauen. Aber aus der großen Lücke, die der Tote hinterlassen hat, und die keiner von uns auszufüllen imstande ist, ersehen wir, ein wie Großer von uns gegangen ist, ein Großer auch um deswillen, weil er von einem ganzen Volke geliebt worden ist. Keinen Mächtigen auf der Erde gibt es, dem ein Volk ein solches Maß von Liebe aus freiem Herzen entgegengebracht hat und entgegenbringen wird, wie die Arbeiter Berlins, die deutschen Arbeiter an diesem Tage unserem Singer bezeugt haben. So geliebt ist er worden, weil er bei all seiner Größe ein Einfacher war, weil er bei all seiner Größe jedem von uns ein Gleicher war. Nach dem großen Bergarbeiterunglück von Rabbob hat ein preussischer Minister es als die Aufgabe der Gesellschaft bezeichnet, die Seele der Arbeiter zu erobern. Paul Singer hat die Seele der deutschen Arbeiterschaft erobert, weil sie ihn als den Mann erkannt hat, der in aufrichtiger Hingebung, unwandelbarer Treue und opferfreudiger, nimmer ermüdender Arbeit sein ganzes Sein, sein ganzes Leben ihrer Sache, ihrem Kampfe um die Befreiung opferte.

Wie Paul Singer zum ersten Male in das öffentliche Leben eingetreten, wie Singer der Partei beigetreten ist, das sind zwei Ruhmesblätter für ihn, die Zeugnis ablegen von dem goldlauteren Charakter des Helden. In der Stunde der Gefahr trat er zum ersten Male mit seinem Namen vor die Öffentlichkeit, und als das Sozialistengesetz auf die deutschen Arbeiter niederschlug, als Polizei und Regierung in beispielloser Brutalität und Treulosigkeit Hunderte von Existenzen vernichteten, als das Ausnahmengesetz die Kleinmütigen beugte und selbst die Aufrechten zur Rutlosigkeit niedergwang, als die Tapferen sich vor der Gewalt beugten und die Feigen sich beiseite schlichen, da stand Singer auf und trat in Reich und Glied und stellte den Berliner Arbeitern und den Ausgewiesenen sich und seine Mittel zur Verfügung. In dieser Stunde der Gefahr hat er sich die Herzen der Berliner Arbeiter erobert. In dieser Stunde der Not haben die Berliner Arbeiter erkannt, daß sie einen Helden vor sich hatten, auf dessen Treue sie sich verlassen konnten bis zuletzt.

Schon ein Jahrzehnt vorher hatte Paul Singer die Ideen der Sozialdemokratie zu den seinen gemacht. Er hatte den Kampf der bürgerlichen Demokratie mitgeführt und war in diesem Kampfe nach links gedrängt worden. Aber der Partei widmete er seine Arbeit, nicht getrieben von keiner Eitelkeit oder dem kleinen Ehrgeiz, in der Politik eine Rolle zu spielen, wie ihn die Gegner verleumdete — mehr als die politische Ueberzeugung von der Wichtigkeit der sozialdemokratischen Weltanschauung, mehr als die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Durchführung der sozialdemokratischen Forderungen in Staat und Gemeinde hat ihn zu uns geführt sein unbeugsamer Gerechtigkeitsinn und sein warmes Mitgefühl für die Schuldlos zu ewiger Entbehrung verurteilten Arbeiter. Sein Uebertritt aus dem bürgerlichen Lager zu uns bedeutete für Singer ein Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft, ein Aufgeben dieser Gesellschaft. Aber er hat besseres, wertvolleres dafür erobert: er hat die Berliner Arbeiterschaft, er hat die deutsche Arbeiterpartei für sich erobert von jener ersten Stunde an bis zur Stunde seines Todes.

Die Arbeiterbewegung ist ihm seitdem alles geworden, hat sein ganzes Leben und Streben ausgefüllt. Es gab seitdem keine Unternehmung in Berlin, keine politische, keine Parteifaktion, zu der nicht Paul Singer hinzugezogen worden wäre, und als die Berliner Genossen daran gingen, sich ihr eigenes Geschäft einzurichten, um die Grundzüge der Partei zu verbreiten und ihre Aufgaben im Reichstage und in der Gemeinde zu erfüllen, da stellten sie ihn an die Spitze, und seiner gediegenen Sachkenntnis, seinem scharfen Urteil und seiner Hingabe an das Unternehmen bis ins kleinste hinein ist es zu danken, daß es den Ausschlag nahm, der seine Existenz für alle Zukunft verbürgt.

Der Weg des Ruhmes, auf dem Singer schließlich die Internationale, die allgemeine Anerkennung erwarb, war für unseren teuren Toten vielfach auch ein Dornenweg. Keiner von uns älteren Genossen ist so geschmäht und verleumdet worden, wie der Verstorbene. Gemiß haben auch die anständigen Gegner ihm Ehre gezollt, und gegen das Vubenstück Puttkamers, der ihn wie einen Vagabunden aus Berlin hinausjagen wollte, protestierten die Aeltesten der Kaufmannschaft, indem sie beschloffen, seinen Platz unbesetzt zu lassen, und in derselben Weise protestierte auch der Vorstand des Vereins für das Asyl der Obdachlosen. Aber schmutzige Niedertracht überschüttete Singer mit insamen Verleumdungen in seiner Eigenschaft als Jude und in seiner Eigenschaft als angeblicher Willkür. Singers Eintritt in die Partei erfolgte ja gerade zu der Zeit der Hochflut der antisemitischen Hege jenes Hofdemagogen, dem das Kainszeichen des Faltscheides für immer auf die Stirne gebrannt ist, der damals die Arbeiterbewegung zu korrumpieren und an den Wagen der Regierung zu fetten bestimmt war. Damals hat Singer mit uns diesem Jelen und Haxifäher die Maske abgerissen, und da begann der Kampf gegen ihn als Juden, mit dem man ihn zu vernichten glaubte. Singer hatte allerdings den Glauben seiner Väter innerlich überwunden, aber er hätte es für einen Akt der Feigheit gehalten, sich in jener Zeit von der Seite derer, die mit ihm verfolgt wurden, zu trennen, bloß um den Gegnern eine Waffe zu entwinden. So blieb er seiner Gemeinde treu und trat stolz den niederträchtigen Verleumdungen entgegen. Genau so niederträchtig ist die Verleumdung, daß er sich mit seinem Gelde seinen Einfluß in der Partei erkauft hätte. Gemiß hat er stets eine offene Hand gehabt, und keiner von uns hat selbstloser der Partei gedient, als der Verstorbene. Aber keiner von uns, vielleicht auch Nebel nicht ausgenommen, weiß auch nur, was der Verstorbene der Partei an Mitteln gegeben hat. Er hat viele Tränen getrocknet, viele Existenzen gestützt und gesichert, viele Hungerige gespeist und wieder aufgehoben, er gab Heber einem Unwürdigen, lieber zehn Unwürdigen, als daß er einen Würdigen hätte von sich gehen lassen, er gehörte zu denen, bei denen die Rechte nicht weiß, was die Linke getan hat.

In einer schweren Stunde seiner Leiden hat er mir einmal gesagt: Weißt Du, für mich hat Geld und Reichtum niemals Wert gehabt, wenn ich nicht damit Gutes wirken, wenn ich nicht damit etwas für die Partei schaffen konnte. Die Größe dieses Charakters ist die Erklärung für die große Liebe, die Paul Singer in der deutschen Arbeiterschaft genossen hat. Edel, hilfreich und gut, so wach der Verstorbene. Es gab keine humanitäre Bestrebung, der er nicht als Freund und Förderer zur Seite gestanden hätte, an deren Spitze er nicht getreten wäre.

Singer stammte aus einer kleinen Kaufmannsfamilie, und sein Vater starb, als er kaum 4 Jahre alt war, sodah die Schwester

mithelfen mußten, der Mutter den Lebensunterhalt zu verdienen. Fünf Schwestern mußte Singer vor sich ins Grab sinken sehen. Nur sein älterer Bruder steht mit uns als Leidtragender an der Bahre. Er teilte nicht die Ueberzeugung seines Bruders, aber weil es die Ueberzeugung seines Bruders war, hat er sie geachtet. Und wir, die Parteigenossen des Verstorbenen, wissen diesem Bruder Dank dafür, denn ohne ihn hätte Paul Singer für die Partei nicht das leisten können, was er ihr geleistet hat. Er und seine im Tode vorangegangene Schwester Mathilde haben unserem teuren Toten in guten und bösen Tagen treu zur Seite gestanden und haben ihm erst sein volles, reiches Wirken ermöglicht. Und nun ist er von uns geschieden.

Paul Singer, dein Leib mag zerfallen, aber in der Liebe der deutschen Arbeiterschaft, in der Liebe der Berliner Arbeiterschaft, in der Liebe aller freidenkenden Menschen wirst Du mit uns und nach uns weiterleben.

Wieder sang der Sängerkor die dritte Strophe des Liedes: Ein Sohn des Volkes.

Dann ergriff im Namen der deutschen Gewerkschaften das Wort:

Bauer:

Mit der Partei trauern die Gewerkschaften um den uns durch den Abzweiger Tod entrissenen Führer. Es ist ein schwerer, schmerzlicher Verlust, der uns betroffen hat, denn Singer war einer unserer besten. Paul Singer war kein Gewerkschaftler. Er ist aus bürgerlichen Kreisen zu uns gekommen, getrieben von einem starken Gerechtigkeitsgefühl und aus Liebe zur unterdrückten Menschheit. Paul Singer war stets ein ehrlicher Freund und Förderer der Gewerkschaften. Durchbrungen von der Ueberzeugung, daß Partei und Gewerkschaften zusammengehören, zueinander stehen müssen in dem großen Befreiungskampf des Proletariats, hat er stets dahin gewirkt, daß diese beiden Teile der Arbeiterbewegung in gutem harmonischem Verhältnis zusammenwirken, und dahin, daß dieses harmonische Verhältnis fortbestehen bleiben soll. Im Reichstag und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung war Singer der sachkundige Dolmetscher der Arbeiterforderungen. Mit ganz besonderer Energie hat er bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Interessen der Handelsgewerkschaften und die gewerkschaftlichen Forderungen der Handlungsgewerkschaften vertreten. Es ist unmöglich, die Verdienste unseres Paul Singer um die Gewerkschaftsbewegung im einzelnen zu erörtern. Sein gesamtes politisches Wirken, sein ganzes Lebenswerk diente dem Wohl des arbeitenden Volkes. Mit Paul Singer ist wieder einer der Alten von uns gegangen, einer der in Sturm und Drang, in Kampf und Sieg und seit Jahrzehnten vorangeschritten ist. An seiner Bahre geloben wir, ihm zu folgen, den Weg zu gehen, den er uns gewiesen hat, ihm nachzueifern in strengster Pflichterfüllung und nie versagender Opferwilligkeit. Sein Herz, das stets so warm für die Elenden und Unterdrückten geschlagen, ist erkalte. Sein Wirken aber wird fortleben und in unserem Herzen eine unauslöschliche Stätte haben. Paul Singer, im Namen der deutschen Gewerkschaften entbiete ich Dir den letzten Gruß.

Bäcker:

Im Namen der Parteifreunde des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, den der verstorbene Genosse Paul Singer seit vielen Jahren vertrat — seit 1883 im Berliner Stadtparlament und seit 1884 im Reichstage — sage ich unserem unermüdbaren Kämpfer hiermit unseren besten Dank. Was er uns gewesen ist, kann nur der erkennen, der mit ihm in ständiger Fühlung stand, der ständig mit ihm zusammen gelebt hat. Als wir vor zwei Jahren unserem Vorkämpfer zu seinem 25jährigen Abgeordnetenjubiläum eine Festlichkeit veranstalteten, da war er tief gerührt über die Freude, die wir ihm damit bereiteten. Was er getan hat für die Menschheit, ist dauernder als in Erz in unser Herz geschrieben. Wir geloben heute an seiner Bahre, daß wir weiter kämpfen werden für die Ziele, für die er so lange gestritten hat, bis zum vollen Siege.

Drum schlummere sanft Du wackerer Streiter
Der Tod erriß Dich uns zu früh,
Du warst geliebt, geachtet von uns allen,
Der vierte Kreis vergißt Dich nie.

Quysmans - Brüssel:

Deutlicher als alle Worte zeigen die Hunderttausende von Arbeitern, was wir verloren haben, welchen Verlust das Proletariat erlitten hat. Nicht nur einen unserer besten Parteiführer haben wir verloren, nicht nur einen unermüdbaren Vorkämpfer des Proletariats, sondern vor allem einen großen Organisator der Arbeiterklasse, der dem ganzen internationalen Proletariat die organisatorische Grundlage gegeben hat, deren es zur Entfaltung seiner Kräfte bedurfte. Dem internationalen sozialistischen Bureau hat Singer seit seiner Gründung angehört, und dort haben wir ihn kennen gelernt als einen warmen Befürworter des Friedens aller Nationen und der Solidarität des internationalen Proletariats. Als Vorsitzender unseres Stuttgarter internationalen Sozialistenkongresses hat er sich als der geborene Präsident bewährt, als der er auf den deutschen Parteitag bekannt war. Paul Singer wird uns unergänglich sein als einer der hervorragendsten Führer der modernen sozialistischen Bewegung des klassenbewußten Proletariats.

Bernerkerker - Wien:

Im Namen der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs bringe ich unserem Genossen Paul Singer den letzten Gruß. Sozialdemokraten, woher sie auch immer kommen mögen zu Sozialdemokraten, kommen niemals aus ihrem Lande in die Fremde. Wenn dieser Satz allgemein gilt, so doppelt für uns Oesterreicher den Deutschen gegenüber, mit denen wir uns eins fühlen. Wir stammen ab von dieser deutschen Partei und jeder Schritt, den sie getan hat, ist bei uns der größten Aufmerksamkeit bedegnet. So ist es natürlich, daß wir jeden Schmerz, den die deutsche Sozialdemokratie empfindet, mitfühlen als eigenen Schmerz. Wir würden mit Euch den Verlust Singers beklagen, auch wenn wir ihn nicht so gekannt hätten, wie wir ihn persönlich gekannt haben. Aber wir selbst haben oft genug ihn am Werke gesehen und wissen durch persönlichen Umgang wie aus der Geschichte der deutschen Partei, welche hohe Bedeutung er gehabt hat. Wenn bei uns Sozialdemokraten einer der Genossen stirbt, die durch das Vertrauen der Parteigenossen auf eine bedeutsame Stelle gesetzt worden sind, dann kommt es uns stets in den Sinn, daß dieser eine Große für die Partei einer von den vielen ist, die für das Erwachen des Proletariats gewirkt haben. In solchen Momenten — ich glaube, ich spreche das im Sinne des Toten — verdoppelt sich unsere Zärtlichkeit und Liebe für alle diejenigen, die als Kämpfer für die große Sache des Sozialismus vergangen sind. Gerade die deutsche Partei zählt Hunderte und Tausende dieser braven Genossen, deren Andenken in unserem Herzen weiterlebt, auch wenn sie keinen Namen haben, und an dem Tage der Erfüllung unseres großen Gedankens der Menschlichkeit werden wir dieser namenlosen gedenken, die mit uns gekämpft, gestritten und gelitten haben, wenn wir den großen unvergänglichen Namen unseres Paul Singer feiern.

Thomas - Paris:

Im Namen der sozialistischen Partei Frankreichs und im Namen der sozialdemokratischen Fraktion der Deputiertenkammer erfülle ich die traurige Pflicht unserem lieben Freund und Ge-

nossem Paul Singer den letzten Gruß zu sagen und Zeugnis abzugeben von unserer brüderlichen Empfindungen. Durch die persönliche Bekanntschaft von Mensch zu Mensch wird das internationale Band, das die befreundeten Parteien verbindet, noch mehr befestigt. Singer vertrat für uns in der Internationale den positiven Geist, die organisatorische Auffassung der deutschen Sozialdemokratie. Er vertrat auch ihr klares Bewußtsein des Endziels, und deshalb war er für uns auf unseren internationalen Kongressen derselbe vernünftige und einflussreiche Vorsitzende, als welcher er jährlich während der roten Woche den deutschen Parteitag führte. Wenn Paul Singer uns noch hören könnte, so würde er nicht verstehen, daß wir bei langen Reden stehen bleiben. Für ihn, wie er so oft sagte, hatte nur allein die Organisation, das tägliche Streben nach unserem Endziel Bedeutung und Wert. Darum legen wir heute vor der bewundernswürdigen Partei Deutschlands, deren Geist in seiner Persönlichkeit verkörpert war, das Versprechen ab, seine Eigenschaften, seine Energie, seinen Fleiß und seine Objektivität zum Wohle unseres Volkes uns zum Vorbild zu nehmen und fortzusetzen. In einer Zeit, wo die Völker nur zu oft durch wilde Leidenschaften und brühende Worte sich hinreißen lassen, tun wir alles, was in unserer Kraft liegt, um jede Erscheinung mit dem lichtvollen und klaren Geiste Singers zu beurteilen. So werden wir weiter arbeiten zum Besten der endlichen Befreiung unserer Arbeiterklasse und zur Förderung des Friedens unter den Völkern.

Tomasek - Wien:

Im Namen der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei bringe ich dem Genossen Paul Singer den letzten Abschiedsgruß. Die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands hat in ihm einen der besten Vorkämpfer verloren. Derjenige, der in einem Volk für die Sache des Proletariats arbeitet, der arbeitet damit auch für die Proletariate der anderen Länder.

So danken auch wir jenseits der Grenzen Paul Singer für seine unermüdbare Tätigkeit und seine rastlose Arbeit und werden ihm ein ruhmvolles Andenken bewahren. Die Erde sei ihm leicht!

Sandersmissen - Brüssel:

Mit Paul Singer ist nicht nur einer der ersten Führer der deutschen Sozialdemokratie dahingegangen, sondern auch eine der größten Persönlichkeiten des internationalen Sozialismus. Auch die belgischen Parteigenossen sind voller Bewunderung für das Wirken des Verstorbenen. Ueber die deutschen Grenzen hinaus empfinden auch wir in Belgien den großen Verlust, der die Internationale getroffen hat. Mit dem letzten Gruß an Paul Singer verbinden wir das Versprechen, in seinem Geiste weiterzuarbeiten.

Bliegen - Amsterdam:

Im Namen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands bringe ich dem verstorbenen Genossen Singer einen letzten Gruß. Singer war Deutscher und einer der hervorragendsten Führer der deutschen Sozialdemokratie. Aber auch außerhalb Deutschlands war sein Name so bekannt wie bei Euch. Wenn uns die deutsche Sozialdemokratie immer als Vorbild vorgeschwebt hat, und wenn wir der Namen der Männer gedachten, die in den ersten Reihen standen, dann war der Name Paul Singer immer dabei. Er sah die Dinge wie sie sind; er hat auch den Organisationen in den anderen Ländern Wege zu weisen gewußt, in den Zeiten, in denen wir wohl Kampfesfreude hatten, aber noch nicht die Waffen, die die Sozialdemokratie vor allem nötig hat. Nun ist Genosse Singer dahingegangen. Wir denken in diesem Augenblick an die alte Garde, die schon vor ihm dahingegangen ist. Wir Holländer stehen der deutschen Sozialdemokratie besonders nah, weil wir aus Deutschland viele geistige Anregung beziehen. Wir trauern daher vor allem um diesen Toten. Wir fürchten, daß die alte Garde uns nicht mehr lange führen wird. Aber wir sehen, wie in allen Ländern sich Millionen um unsere Banner geschart haben, wie die Sache, die zuerst von wenigen geführt wurde, jetzt von Millionen Herzen weiter getragen wird. Deshalb beugen wir das Haupt vor der Gewalt der Natur, welche über Leben und Tod entscheidet, aber wir beugen das Haupt nicht vor den Gewalten, gegen die Singer sein ganzes Leben gekämpft hat. Wir kämpfen weiter und sagen dem verstorbenen Genossen: Ruhe sanft, der Sieg ist sicher!

Stanning - Kopenhagen:

Als Vertreter der dänischen Sozialdemokratie überbringe ich unserer deutschen Bruderpartei an der Bahre Paul Singers unseren teilnehmendsten Gruß. Auch wir würdigen den großen Verlust, den die deutsche Sozialdemokratie mit Singers Tod erlitten hat, und wir fühlen gleichzeitig auch den harten Verlust, der die Internationale getroffen hat. Wir sind der Ueberzeugung, daß das Andenken an Paul Singer in der Internationale weiterleben wird, und wir geloben, für die Sache, der er sein Leben gewidmet hat, weiter zu kämpfen. Wir geben hier das feste Versprechen ab, die Befreiung der Arbeiterklasse ihrem Siege zuzuführen.

Buchinger - Budapest:

Im Namen der ungarländischen sozialdemokratischen Partei übermittele auch ich die Gefühle aufrichtiger Trauer über den Tod Paul Singers.

Damit schlossen die Ansprachen.

Au der Gruft.

Fahles Dämmerlicht liegt schon über der Landschaft, als das letzte Wort des Nachrufes, das letzte Abschiedswort gesprochen ist und man Paul Singer zu Grabe trägt. Die Silberfäden des zunehmenden Mondes guck durch zerrissenes Gewölk, während Kranz auf Kranz am Grabe niedergelegt wird. Es ist fast dunkel. Gespenstisch hebt sich die Silhouette des Parteibanners ab, das dem Sarge vorangetragen wird. Schattenhaft huschen Palmenwedel darüber. — Da ertönt aus dem Dunkel heraus zweihundertstimmig:

„Zum Reich der Gräber rief uns die Freundespflicht,
Ein teures Leben zerbrach des Todes Hand.
Wie ist der Schmerz so groß,
Wenn in der Erde Schoß
Ein liebes Wesen hinab wir senken.“

Lauflos verschwindet der Sarg mit dem toten Führer und Kämpfer im Schoß der Erde. Dann wieder Gefang: „Da unten ist Frieden.“ Und neue Kränze werden zu den schon dargebrachten gelegt. Fortwährend kommen noch Kranzdeputationen, die erst jetzt am Friedhof angelangt sind. Eine Pyramide von Kränzen erstebt, die von der Liebe und Verehrung namentlich der Arbeiterschaft für Paul Singer bereitetes Zeugnis ablegt.

Gerichts-Zeitung.

ist ein Festessen zu Kaisers Geburtstag eine Lustbarkeit?

Ueber diese Frage hatte dieser Tage das Oberverwaltungsgericht zu befinden. Es handelte sich um Festessen, die die Kreis- und Provinzialausschüsse der Kreise Danziger Höhe und Danziger Niederung am Geburtstag des Kaisers abhielten. Der Magistrat von Danzig hielt sie für Lustbarkeiten und zog die Kreis- und Provinzialausschüsse auf Grund der örtlichen Steuerordnung zur Lustbarkeitssteuer heran. Die Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Steuerordnung rechnete auch Festessen zu den Lustbarkeiten. Sie hat auch die Zustimmung des Oberpräsidenten gefunden, jedoch mit der Maßgabe, daß patriotische Gedensfeiern älterer Truppen von der Steuer frei bleiben.

Beide Kreis- und Provinzialausschüsse klagen nach vergeblichem Einspruch auf Freistellung von der Steuer, indem sie geltend machten, Kaiser- und Geburtstagessen seien keine Lustbarkeiten. Sie dienten lediglich zur Behebung patriotischer Gefühle.

Der Bezirksausschuß zu Danzig wies aber die Klagen ab und sprach aus, daß auch solche Festessen zu den Lustbarkeiten zu zählen seien.

Der Kreis- und Provinzialausschuß Danziger Höhe legte Revision ein, während der andere sich bei der Entscheidung beruhigte.

Das Oberverwaltungsgericht gab der Revision statt und stellte den Kreis- und Provinzialausschuß Danziger Höhe auf seinen Revision von der Lustbarkeitssteuer mit folgender Begründung frei: Die Steuerordnung sei allerdings rechtsgültig. Es wäre aber zu entscheiden, ob ein Festessen der vorliegenden Art als Lustbarkeit anzusehen sei. Wenn die Steuerordnung auch Festessen zu den Lustbarkeiten rechne, so könne sie doch nicht solche Festessen einbeziehen, die ihrem inneren Wesen nach keine Lustbarkeiten seien. Festessen zu Kaisers Geburtstag, die in der üblichen Art stattfinden, und darum handele es sich hier, seien aber keine Lustbarkeiten. Sie dienten nicht zur Erhöhung und Unterhaltung, sondern seien bestimmt, das patriotische Empfinden zu pflegen. Damit entfalle das Merkmal einer Lustbarkeit.

Ein Essen zur Pflege patriotischer Empfindung, das ist das Neue aus dem Küchenzettel.

Mangelhafte Einrichtungen bei Dienstwohnungen.

Der Kläger hatte als Glaserarbeiter der Pommerischen Maschinenwerke eine Dienstwohnung inne. Das Haus, in dem der Kläger wohnte, ist durch einen 1,13 Meter breiten Gang von dem übrigen Terrain getrennt. In dem Gang befand sich eine Rinne, die das Schmutzwasser in eine Jauchetonne abführte. Die Rinne war durch einen Deckel verschlossen, der mit der Erde ebene lag und auch zu betreten war, wenn er gleichmäßig auf dem Rande der Rinne auflag. Wurde der Deckel verschoben, so befand die Gefahr, daß derjenige, der ihn betrat, in das Faß fiel. Der Kläger glitt an einem regnerischen Tage aus, stieß mit dem Fuß an den Deckel und brachte ihn dabei aus der sicheren Lage. Als er dann mit einem Fuß darauf trat, geriet er in das Jauchefäß und verletzte sich.

Er hat wegen dieser mangelhaften Einrichtung Schadenersatzansprüche gegen die Pommerischen Maschinenwerke erhoben und ist damit auch zum Teil durchgedrungen. Das Landgericht Greifswald und das Oberlandesgericht Stettin haben dem Kläger zwei Drittel des erlittenen Schadens als ersatzpflichtig zuerkannt. Das Oberlandesgericht Stettin führt aus, daß die Einrichtung der Beklagten mangelhaft sei und daß die Beklagte deshalb die Verletzungen des Klägers verschuldet habe. Zu einem Drittel sei allerdings auch der Kläger an dem Unfälle schuld. Denn er habe die Einrichtung gekannt und hätte deshalb beim Betreten des Ganges vorsichtiger sein sollen.

Die Revision der Beklagten wurde am Sonnabend vom Reichsgericht zurückgewiesen.

Folgen des Arbeitshauses.

Im Arbeitshause erkrankt ist der 65 jährige Buchbindergehilfe Hugo Bach, der gestern unter der Anlage der Brandstiftung vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin III stand. Der Angeklagte ist wegen Betrugs und Landstreichens schon oftmals vorbestraft. Er hat schon 14 Jahre seines Lebens in Korrigendenanstalten zugebracht, aber nie eine verbrecherische Tat verübt. Zuletzt war er der Korrigendenanstalt in Strausberg überwiesen worden, wo er in der Buchbinderei beschäftigt wurde. Der Aufenthalt daselbst gefiel ihm durchaus nicht, und da er der Meinung war, daß er sein jämmerliches Dasein bis ans Ende seiner Tage in der Luft der Korrigendenanstalt würde fristen müssen, grübelte er Tag und Nacht darüber nach, wie er aus dem Zwange herauskommen könnte. Ein probates Mittel erschien ihm die Brandstiftung zu sein und so machte er sich am 20. September 1911 daran, in der Strausberger Korrigendenanstalt Feuer anzulegen. Es gelang ihm, unentdeckt ein Kohlenbeden mit Petroleum getränktem Papier und Holzstücken zu füllen und in Brand zu setzen, außerdem begoß er einen Wandschrank gleichfalls mit Petroleum und setzte auch diesen in Brand. Die Untat wurde entdeckt, als das Feuer schon auf den Fußboden übergesprungen war. — Der Angeklagte war in vollem Umfange geständig, so daß er der vorläufigen Brandstiftung schuldig gesprochen wurde. Das Gericht verurteilte ihn zu einem Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft. Vors. Landg. Dir. Liebenow riet dem Angeklagten, auf Rechtsmittel zu verzichten und die Strafe sofort anzutreten, da ihm ein günstiges Geschick vielleicht doch noch ermöglichen, in der Freiheit zu sterben. Der Angeklagte befolgte diesen Rat und verzichtete auf Rechtsmittel.

323 Gläubiger

hat der frühere Magistratssekretär Otto Neugebauer zu verzeichnen, der sich gestern in Gemeinschaft mit seiner Ehefrau Alma N. vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II unter der Anlage des Betruges in mehreren Fällen zu verantworten hatte. Der Angeklagte geriet vor mehreren Jahren durch Krankheit in schlechte Vermögensverhältnisse, die ihn zwangen, sich an gewerbemäßige Geldverleihen zu wenden. Er fiel dabei der edlen Gilde der Bucherer und „Krawattenmacher“ in die Hände, so daß er schließlich den Dienst quittieren mußte. Mit Rücksicht auf die ganze Sachlage gewährte ihm die Behörde zwei Drittel seiner Pension. Da diese nicht zum Lebensunterhalt ausreichte, weil der über 125 M. monatlich hinausgehende Teil der Pension von den Gläubigern gepfändet war, so geriet N. immer tiefer in Schulden. Seine Gläubiger berechneten von vornherein „Risikozinsen“, die mehr wie Bucherzinsen waren. Als N. im Jahre 1907 den Offenbarungseid leistete, hatte die Schar seiner Gläubiger die statliche Zahl von 323 erreicht, die insgesamt circa 60 000 M. von dem Angeklagten zu fordern hatten. Bei den jetzigen Betrugsfällen sollen die Angeklagten den Geldgebern gegenüber die unwahre Angabe gemacht haben, daß ihre Wohnungseinrichtung ihr persönliches Eigentum sei und ferner, daß N. noch eine Pension von 2187 M. und außerdem ein Nebeneinkommen von 900 M. habe. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Eheemann 6 Monate und gegen die Ehefrau 1 Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen den Eheemann N. auf 3 Monate Gefängnis und gegen die Ehefrau auf 50 M. Geldstrafe.

Witterungsbericht vom 6. Februar 1911, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Krup. u. G. in 1000 m	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Krup. u. G. in 1000 m
Schwabmünde	773,80	3 wolkig	—1	Saarbrücken	775,6	2 heiter	—28				
Darmstadt	775,90	3 wolkenlos	—2	Bretzfeld	773,80	2 wolkenlos	—21				
Berlin	773,9	2 bedeckt	—2	Seibitz	778,00	1 bedeckt	5				
Frankfurt a. M.	773,80	1 wolkenlos	—1	Übersee	777,80	1 bedeckt	3				
München	773,83	2 Schnee	—2	Paris	775,9	2 bedeckt	8				
Wien	770,83	4 heiter	—3								

Wetterprognose für Dienstag, den 7. Februar 1911.

Wiesau heiter, nachts etwas strenger, am Tage gelinder Frost bei mäßigen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Amstlicher Marktbericht der k. k. Reichshof-Rathhaller-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag: Futur stark, Geschäft schleppend, Preise für Rind- und Hammelfleisch anstehend, sonst unverändert. Bild: Futur ruhig, Geschäft etwas lebhafter, Preise fast unverändert. Getreide: Futur anstehend, Geschäft lebhaft, Preise lebhaft. Rindfleisch: Futur sehr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Futur genügend, Geschäft still, Preise fast unverändert.

Reichstag.

120. Sitzung. Montag, den 6. Februar 1911, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Dr. Deibredt, Dr. Sisco.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Graf v. Kanitz (L.) betr. die

Ueberschneidung des deutschen Geldmarktes mit fremden Werten.

Auf die Frage des Präsidenten, ob und wann der Reichskanzler die Interpellation beantworten wolle, erklärt

Staatssekretär Dr. Deibredt sich bereit, die Interpellation Ende dieser oder Anfang nächster Woche zu beantworten.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betr.

Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung.

Abg. Dr. Brunnermann (Sp.): Wenn wir auch keine Anträge gestellt haben, sind wir keineswegs mit sämtlichen Kommissionsbeschlüssen einverstanden. Jedenfalls sollte der Reichstag nicht an Beschlüssen festhalten, denen die Regierung ein Unannehmliches entgegenlegt, damit der Entwurf nicht scheitert.

§ 3 macht die Zulassung zur Vorbereitung für den Justizdienst unabhängig vom Nachweis eines bestimmten Vermögens oder Einkommens.

Dieser beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. zuzufügen: „Ebenso wenig darf die Zulassung von der politischen oder konfessionellen Gesinnung oder Betätigung des sich zur Aufnahme Meldenden abhängig gemacht werden“ und weiter als § 3a hinzuzufügen: „Die Entfremdung aus dem Verwaltungsdienst darf nur auf Grund eines Disziplinargesetzes erfolgen.“

Abg. Stadthagen (Soz.):

In Preußen besteht eine Verfügung, wonach die Zulassung zum Referendar von einem bestimmten Jahreseinkommen abhängig gemacht wird. Hätte diese Verfügung schon früher bestanden, so hätte zum Beispiel weder Windthorst noch Runkel Referendar und später Minister respektive Minister werden können. Windthorst besaß keinerlei Vermögen, er erwarb sich seinen Unterhalt während seiner Referendardienstzeit durch Abschreiben. Die Kommission hat daher vorgeschlagen, daß der Nachweis eines „bestimmten“ Vermögens oder Einkommens nicht gefordert werden darf, aber dieser Vorschlag geht uns nicht weit genug. Söhne von Arbeitern würden dadurch von der juristischen Karriere vollständig ausgeschlossen werden. Ich bitte Sie dringend, zum mindesten das Wort „bestimmt“ in diesem Passus zu streichen. Weiter haben wir beantragt, hinzuzufügen, daß auch eine politische oder konfessionelle Gesinnung nicht maßgebend sein darf, um jemanden vom Vorbereitungsdienst auszuschließen. Es ist ja bekannt, daß Juden in höhere Richterstellen nicht aufrücken, wenn sie sich nicht taufen lassen. Das entspricht nicht dem Geiste und der Gleichberechtigung der Konfessionen. Auch die politische Gesinnung darf nicht maßgebend sein, um jemanden vom Vorbereitungsdienst auszuschließen. Ich erinnere an den Fall des heftigsten Agitators Kayenstein, der agitatorisch nicht tätig war, aber seine sozialdemokratische Gesinnung nicht verheugnen wollte, und deshalb im Jahre 1892 aus dem juristischen Vorbereitungsdienst entfernt wurde. Er wandte sich an die heftige Kammer, die nahezu einstimmig verlangte, daß die Entfernung wieder rückgängig gemacht werde. Es wurde aber dem Verlangen nicht stattgegeben, weil eben eine gesetzliche Bestimmung, wie wir sie jetzt verlangen, fehlte. Eine solche Bestimmung kann sich auch gegen das Zentrum und gegen Nationalliberale richten. Wenn

Konservative Konatiler

dem Bürgermeister Wagner im Kreise Labian eine Tätigkeit entgegen haben, die er seit 24 Jahren ausgeübt hat, aus keinem anderen Grunde, als weil er liberal ist, so kann sehr wohl auch die liberale Gesinnung einmal zum Anlaß genommen werden, jemanden nicht zum juristischen Vorbereitungsdienste zuzulassen. Deshalb soll ausdrücklich im Gesetz stehen, daß die politische Gesinnung hierbei keine Rolle spielen darf.

Nicht immer herrschte diese Praxis, ich erinnere an den späteren nationalliberalen Minister Riquel, der in seiner Jugend nicht nur

Sozialdemokrat war, sondern beinahe schon die anarchoistische Brandfackel schwingt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er hätte sich später nicht zum nationalliberalen Minister zurückentwickeln können, wenn die politische Gesinnung damals schon maßgebend gewesen wäre bei der Zulassung zum Vorbereitungsdienst. Wenn Sie hier auf die politische Gesinnung sehen, so ergeben Sie nur zur politischen Heuchelei. Die ganze Vorlage beruht darauf, das geschwundene Vertrauen zum Richter wieder zu beleben. Wie soll aber Vertrauen zum Richter entstehen, wenn nur der Richter werden kann,

der es schon früh gelernt hat, den Rücken zu krümmen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Entgegen dem Befehl und entgegen der Rechtsprechung des Reichsgerichts gehen die Verwaltungsbehörden gegen sozialdemokratische Juristen vor. Um wieviel mehr werden sie, wenn wir im Gesetze keinen Schutz schaffen, bei den angehenden Richtern und Rechtsanwältinnen auf die politische Gesinnung sehen und dadurch die politische Heuchelei großziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter haben wir beantragt, auch die Entfernung aus dem Vorbereitungsdienst der Willkür der Behörden zu entziehen. Wir verlangen, daß eine solche Entfernung nur auf Grund eines Disziplinargesetzes erfolgt. Ein solches Disziplinargesetz müßte möglichst gleichzeitig mit dieser Vorlage verabschiedet werden. Natürlich muß es ein klares präzises Gesetz ohne Klauselbestimmungen sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Uneingeschränktes Vertrauen ist die notwendige Vorbedingung eines gedeihlichen Wirkens der Justiz. Dieser Basis kann weder der gelehrte noch der Laienrichter entbehren, darum haben wir unsere Anträge gestellt, deren Annahme notwendig ist, um die Integrität des Richterstandes, aber auch um die des Anwaltsstandes zu sichern. Daß die politische Ueberzeugung des angehenden Rechtsanwalts, des Referendars geachtet wird. Ist es ein würdiger Zustand, wenn der junge Mann, der zukünftige Richter oder Rechtsanwalt, sich slavisch die jeweilige Meinung der jeweiligen Regierung zu eigen machen muß, heute für, morgen gegen die Erbschaftsteuer, heute für, morgen gegen den Kanal sein muß! (Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Wohin es führt, wenn die Rechtsprechung dem Volke entfremdet wird, wenn politische Gesinnungsfragen in die Rechtssphäre hineingetragen wird, haben wir vor 10 Jahren in Essen gesehen, als jenes schauerliche Urteil gefällt wurde, das nun endlich aufgehoben worden ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir bitten alle, denen es wirklich ernst mit der Gerechtigkeit ist, unsere Anträge anzunehmen, die die Integrität der Juristen zu sichern bestimmt sind. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Wir sind für die Anträge der Sozialdemokraten. Sie verlangen ja eigentlich Selbstverständliches; aber es ist manchmal gut und notwendig, daß auch etwas Selbstverständliches in ein Gesetz hineingefügt wird. (Lebhafte Zustimmung links.) In der Tat ist die politische und religiöse Gesinnungsnüchternheit ein höchst unwürdiger Zustand. Weder als eine Erlaubnis ist schon auf diese Weise verniedert worden. Wir müssen Garantien gegen die Wiederholung solcher Vorgänge schaffen. (Lebhafte Beifall bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Vole) schließt sich durchaus den Vorrednern an. Es ist ja schlimm genug, daß man Selbstverständliches in das Gesetz schreiben muß; aber die Praxis, wie sie gegen Mitglieder aller Art, namentlich auch gegen uns Polen geübt wird, zwingt zu solchen Vorsichtsmaßnahmen.

Abg. Weißstein (R.) bittet um Ablehnung aller Anträge. Daß eine Garantie dafür geschaffen wird, daß der, der sich zum Vorbereitungsdienst meldet, auch die Vorbereitungszeit wirklich zur Vorbereitung benutzt, ist durchaus angebracht. Daß religiöse und politische Gründe nicht zur Ausschließung aus dem Vorbereitungsdienst mißbraucht werden dürfen, ist nicht nur selbstverständlich, sondern auch verfassungsmäßig festgelegt. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Es kommt leider manchmal vor, daß die zuständigen Stellen die Verfassung nicht kennen. (Sehr gut und Heiterkeit links.)

Die im bürgerlichen Leben Frau Bennett heißt, eine Klage auf Zahlung von 172 R. für einen auf Bestellung gelieferten Humpelrod eingereicht. Die Empfängerin des schönen Kleidungsstückes verweigerte die Bezahlung unter der Begründung, daß der Rod für sie wertlos sei, denn sie könne darin nicht gehen. Mit gravitätischer Würde schritt das Gericht zur Ausnahme des Tatbestandes. Frau Bennett zog sich auf einige Minuten zurück, um den streitigen Rod anzulegen, und erschien dann wieder vor den verdammungswürdigen Herren der Justiz. Es war ein bewegliches Klageglied, das die Trägerin des Humpelrodes anstimmte. Sie begann ihre Erklärung damit, daß sie jetzt schon halbwegs darin gehen könne, weil der Rod nun aufgeplatzt sei, was im Auditorium bereits die freudlichste Stimmung hervorrief. „Ich brauchte drei Stunden, um von Zweidenham nach Richmond zu kommen, während ich sonst diesen Weg in einer Stunde zurücklege. Dann konnte ich nicht ins Boot kommen, man mußte mich hineinheben, und ebenso mußte ich nachher wieder wie ein Sack aus dem Boot heraus und ans Ufer gestellt werden. Da stand ich nun hilflos und konnte nicht weiter kommen. In meiner Verzweiflung versuchte ich mich in einen Omnibus zu retten, aber es war unmöglich, hineinzukommen, ich konnte den Fuß nicht heben, um das Trittbrett zu erreichen. Schließlich flüchtete ich mich in ein Automobil, um überhaupt wieder nach Hause gelangen zu können. Das war das einzige Mal, daß ich diesen schrecklichen Humpelrod trug.“ Das Gericht kaufte der Herzogin der Modedame voll mitfühlenden Verzeihens, aber da der Rod regelrecht bestellt und genau nach den Vorschriften der neuesten Mode geschneidert war, kam es schließlich zu einem Vergleich, und Frau Bennett bezahlte für ihren Humpelrod 88 Mark.

Theater.

Neue freie Volkstheater. Hermann Sudermanns „Schmetterlingsflucht“, die nun auch im Neuen Volkstheater zur Aufführung gelangte, mutet doch immer etwas vergibt an. Nicht als ob es im heutigen Berlin keine Witwen aus sogenannten „besseren“ Kreisen und Gesellschaftskreisen überhaupt gäbe, die ihre verbildeten Töchter unter Anwendung von zweifelhaften Mitteln an den Mann zu bringen trachteten; aber die provinziellste Spielbühne, die Sudermann da noch vorführt, ist längst abgestreift worden. Man fühlt sich nunmehr als Weltstädter und geht in allen Handlungen raffiniert vor. Wie die Entwicklung des Berliner Kommerzial- und industriellen Lebens den Kleinhandwerkerstand aufgelöst hat, so verflüchtigt sich auch aller Kleinbürgerlicher Geist, der schlechterdings im pensionierten Militärs- und Beamtenum noch seine Nahrung erhält, mehr und mehr. Also ich sage: das „Milieu“ der Sudermannschen Komödie wirkt jetzt schon ziemlich fremd — vorzüglich auf uns. Ein Geschäft, das, trotzdem seine Spezialität: bemalte Schmetterlingsflügel, nur von drei disziplinierenden Mädeln bestritten wird, stehende unterhalten und große Jahresumsätze erzielen kann, das glaubt dem Dichter heute niemand mehr. So unwahrscheinlich sind auch diese Menschen. Man zeige mir solche Fabrikantenöhne von solcher Jammertappigkeit wie den Sudermannschen Max Winkelmann! Oder solche vermurdeten und verdummerten Geschäft wie den Oberlehrer Dr. Ruffinsh!

Abg. Heine (Soz.):

Herr Weißstein scheint es sehr ungern zu sehen, wenn Referendare während des Vorbereitungsdienstes begabte Nebenbeschäftigung haben. In Preußen ist freilich leider die Annahme solcher bezahlter Nebenbeschäftigung verboten. Dabei liegt natürlich die freilich unausgesprochene Ansicht vor, daß nur reiche junge Leute würdig sind, dem Staate als Referendare zu dienen. Wir müssen uns auf das entscheidende gegen eine solche Auffassung wenden. Nicht zum wenigsten auch im Interesse unseres Justizstandes. Es muß zur Vorbereitung und Fortbildung der Justiz führen, wenn sie sich nur aus wohlhabenden Kreisen rekrutiert; es ist auch durchaus nicht wünschenswert, wenn die Referendare neben ihrem Vorbereitungsdienst, der sie unmöglich ausfüllen kann, Anregung nur aus Tennis, Billard, Gärten und dergleichen geistlosen Beschäftigungen schöpfen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) — Wir bitten nochmals um Annahme unserer Anträge. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt.

Die Anträge Albrecht werden gegen Sozialdemokraten, Fortschrittler und Polen abgelehnt.

Die §§ 1 bis 7 werden in der Kommissionsfassung angenommen. Den § 8 beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) so zu fassen, daß Richter wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus den Gründen zeitweise ihres Amtes enthoben oder in Ruhestand versetzt werden dürfen, die für ein Mitglied des Reichsgerichts zutreffen, eben, die in dem mit diesem Gesetz zu verabschiedenden Reichsdisziplinargesetz für Richter enthalten sind.

Weitere Zusatzparagraphen sollen nach den Anträgen Albrecht und Genossen (Soz.) Verwaltungsbeamte, die länger als fünf Jahre dieses oder das Amt eines Staatsanwalts bekleidet haben, vom Richteramt ausschließen, Richtern die Annahme von Orden und Titulaturen verbieten, die Enthebung vom Amt an eine Zweidrittelmehrheit des Plenums des Gerichtes binden, an dem der Betreffende Mitglied ist, den Richter ausdrücklich in seinen Amtverrichtungen von jeder Behörde unabhängig machen und für das Gehalt des Richters nur das Dienstalter maßgebend sein lassen.

Abg. Heine (Soz.):

Die materielle Begründung unserer Anträge wird Herr Abg. Stadthagen vornehmen. Es wird Ihnen nicht überflüssig sein, daß ich bei dieser Gelegenheit über das spreche, was im preussischen Abgeordnetenhaus anläßlich der Moabiter Prozesse vom preussischen Justizminister gesagt wurde. Auch dem preussischen Justizminister kann dies nicht unerwartet sein, aber wir sind es gewohnt, daß der preussische Justizminister nicht hier ist, wenn hier über die preussische Justiz gesprochen wird. Die Art, wie der preussische Justizminister den Landgerichtsdirektor Unger wegen seiner Rechtsbelehrung zur Rede gestellt hat, ist der Anstoß zu unseren Anträgen. Ich will gern zugeben, daß auch das beste Gesetz Taktlosigkeit nicht verhindern kann und auch nicht ungelegliche Beeinflussungsversuche von Behörden. Aber es würde den Richtern das Rückgrat stärken, wenn sie wissen, daß jeder derartige Versuch an einem festen Gesetz scheitert. Was während der Moabiter Prozesse an

unerbitterten Beeinflussungsversuchen der Richter

vorgekommen ist, ist so ziemlich das Äußerste, was man sich vorstellen kann. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Richter und die Geschworenen sind an die Sache sicher nicht ohne die Vorurteile herangegangen, die in der Öffentlichkeit verbreitet waren, sie standen sicher unter dem Eindruck, es handle sich um eine sozialdemokratische Revolte.

Ich habe es mitansehen können, wie unter dem Einfluß und dem Zwange der Zeugenaussagen von Tag zu Tag mehr die Ansicht des Gerichts sich änderte; gerade diese Art richterlicher Tätigkeit verdient Lob. Man kann nicht immer an eine Sache verlangen herantreten, man hat schon vorher davon gelesen und sich ein Bild davon gemacht; aber der gewissenhafte Richter soll dies Bild auf Grund der Verhandlung corrigieren, und das haben die Moabiter Richter getan, sie haben nach dem gerichtet, was sie gehört und gesehen haben, und nicht nach dem, was ihnen von dieser Tribüne aus vorgeschrieben wurde. (Hört! hört! links.) Es war ein starkes Stück, daß, nachdem schon

Oder einen Reisenden wie den Kessler! Das sind samt und sonders nur mehr lächerliche Karikaturen. Das, was den inneren Gehalt einer Persönlichkeit ausmacht, die Sudermann zum Repräsentanten einer gewissen Klasse oder Kategorie zu stempeln vermeint, vermischen wir vollständig. Es ist mit dem reinen Naturalismus, das heißt mit der unbeschränkten Wirklichkeitsabbildung nichts — wenn kein wahrhaftiger Dichter dahinter steht! — Das Publikum schenkt sich auch nicht mehr so recht in die „Komödie“ hineinfinden zu wollen. Es lachte, wo es sich doch um ernsthafte Vorgänge handelte; was nur wieder beweist, daß mit dem verbesserten Geschmack auch die Anschauungen über Tragik und Komik sich verschoben haben müssen. Die Aufführung bot im szenischen Teil stimmungsvolle Bilder. Unter den Darstellern stand Amalie Wagner als Kosi obenan. Dann gaben noch Emil Kameau (Winkelmann sen.) und Maximilian Stadler (Kessler) ganz tüchtige Charakterleistungen.

a. l.

Musik.

Daß dem Handwerksburschen sein fleißiges Klagen spricht, ist ein altes Märchenmotiv; daß ein ungeschickter Liebhaber in einer Riste verfaßt wird, ist ein altes Pöbel- und selbst Peremotiv. Beide Motive hat Richard Schott in dem Text zu der komischen Spieloper in einem Akt (nach einem Andererischen Märchen): „Das kuge Fleißchen“ bearbeitet. Zur schönen Mädelin kommt in der Abschiedsrede des tapferen Müllers erst der Küster und dann, nachdem er als Nummer Eins in der Rollliste verfaßt ist, Nummer Zwei: ein flotter Handwerksbursch. Bald ist auch der Müller zurück. Um den Küster und nach ihm auch den Müller hinauszubringen, macht dem der Kurier mit dem angeblich sprechenden Fleißchen alles weiß, was nötig ist, namentlich auch, daß jetzt der Teufel aus der Riste fährt. Bis endlich Vorfach und Mädelin beim verfluchten Licht allein sind.

Dies der Inhalt der Komödie unserer Berliner Volksoper. Die Musik zu dem aus einfachem Dialog und netten Versen bestehenden Libretto ist von Waldemar Wendland. Wir hatten den jungen Komponisten bereits durch sein „Vergessenes Ich“ in der komischen Oper kennen gelernt. Wie er dort in Stücken charakterisiert, auf alte und neue Weise, und wie er dort mit seinen Klangfarben auf geschickteste Schalkerei treibt, so auch hier. Das Plumpse kennzeichnet er ohne Plumpheit; und wie er im Besonderen die Instrumente rumoren läßt, das ist ein niedlicher Opernmärchenpaß.

So hätten wir denn auch hübsche Anfänge moderner Opernkomik. Nur wachsen damit auch die Ansprüche an die Darstellung, speziell an den Konversationston. Die Volksoper gibt sich Mühe, wenigstens im Gesang das Nötige zu leisten. An Julius Klinger, der den Küster sang, besitzte sie denn auch einen allseitig zuverlässigen Meister. Als Handwerksbursch erstere Jakob Raill durch einen sympathischen Sufotenor, als Müller wurde Wilhelm Kaiser mit einer unauflösbaren Rolle gut fertig, und als Mädelin entfaltetet Romy Feunex ein ammutiges Spiel, dem allerdings ihr Gesang nicht gleichkommt.

Das Stück ist auf süddeutschen Dialekt angelegt. Wenn aber den Spielern die Mundart so wenig liegt, wie diesmal, dann ist's doch besser, man hält sich von vornherein an ein schlicht beißendes Hochdeutsch.

22.

Kleines feuilleton.

Zur Geschichte der Todesstrafe. Durch Gesetz vom 1. Oktober 1868 war in Sachsen die Todesstrafe aufgehoben worden, die dann freilich wieder durch das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1870 eingeführt wurde.

Aus welchen Gründen damals der König Johann die Befestigung des amtlischen Nordes anregte und durchsetzte, erzählt der sächsische Minister v. Friesen in seinen Lebenserinnerungen (Band III, 1910, S. 48):

In Leipzig war ein Mord begangen worden; der der Tat Verdächtige hatte entschieden und beharrlich geleugnet, die gegen ihn sprechenden Indizien waren aber so zahlreich und so stark, daß er von den erkennenden Gerichtsbehörden der Tat für überführt und zum Tode verurteilt worden war. Aus denselben Gründen hatte auch der König, gewiß noch erstem inneren Kampfe, das Urteil bestätigt, aber, da dem beharrlichen Zeugen des Beschuldigten gegenüber ein Tertium dach immer noch nicht ganz ausgeschlossen schien, angeordnet, daß der Oberstaatsanwalt sich nach Leipzig begeben, bei der letzten Kommunikation des Verurteilten anwesend sein und über das Verhalten desselben hierbei ihm, dem Könige, sofort ausführlich berichten sollte, indem der König entschlossen war, für den Fall, daß jener auch bei dem Alle seiner letzten Kommunikation und den Ermahnungen des Geistlichen gegenüber bei der Behauptung seiner Unschuld beharren sollte, dann doch noch seine Peggablung auszusprechen. Die Befehle des Königs wurden pünktlich befolgt, der Verurteilte geriet am Abend vor der Hinrichtung, die auf den folgenden Tag früh 7 Uhr festgesetzt war, das heilige Abendmahl vollkommen ruhig und blick, unerwidert durch die Ansprache des Geistlichen, bei der Behauptung stehen, daß er unschuldig sei. Der Oberstaatsanwalt telegraphierte deshalb sofort an den König, der sich damals, es war im Dezember 1866, auf einige Tage zum Besuche in Berlin befand. Durch einen unglücklichen Zufall kam das Telegramm erst spät in der Nacht in Berlin an. Der König erhielt dasselbe erst am folgenden Morgen, als er nach 6 Uhr erwachte, also ganz kurze Zeit vor dem Augenblicke, wo die Exekution in Leipzig stattfinden sollte, da der Kammerdiener, der von dem Inhalte des Telegramms nichts wußte, den König nicht deshalb geweckt hatte. Der König beschloß augenblicklich die Veranordnung der Todesstrafe in langjährige Zuchthausstrafe, aber es war nur mit der größten Anstrengung aller Beteiligten und durch die außerordentliche Schnelligkeit, mit welcher der betreffende Leipziger Telegraphenbeamte die Nachricht davon noch wenige Sekunden vorher, ehe das Fallbeil fiel, selbst auf den Richtplatz brachte, möglich, zu verhindern, daß die Hinrichtung wirklich stattfand. Dieser Vorgang hatte einen erschütternden Eindruck auf den König gemacht, er hatte tatsächlich bewiesen, wie es unter besonderen Verhältnissen möglich sei, daß ein Menschenleben einem unglücklichen Zufalle zum Opfer fallen könne.

Der Humpelrod vor Gericht. Ein eleganter Humpelrod, die Meisterwerk eines angesehenen Londoner Modetellers, bildete in diesen Tagen den Mittelpunkt einer amüsanten Gerichtsbehandlung, die vor dem Westminster County-Gericht erbidigt wurde. Die Modistin hatte gegen die Schauspielerin Miss Clifford,

Hundert von polizeilichen Ausschreitungen

Bewiesen waren, hier gesagt wurde, die Polizeibeamten haben nur ihre Schuldigkeit getan. Das heißt doch: Das ist die Auffassung, die von höchster Stelle aus gewünscht wird, und danach hat Ihr Euch zu richten. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man müßte doch blind sein, um nicht zu sehen, wie das auf Richter wirkt. Von dieser Stunde an habe das Gericht keine Möglichkeit mehr, unsere Beweisangebote abzulehnen, das Gericht hatte vielmehr die moralische Verpflichtung, selbst weniger Begründeten Beweisunterlagen stattzugeben, um nicht den Verdacht der Parteilichkeit auf sich zu laden. Die Herren, die sich das nicht vorher gedacht haben, haben die Richter zu niedrig eingeschätzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Obwohl wir noch Hunderte von Fällen hatten, brachen wir die Beweisaufnahme ab, einige Wochen früher, als ursprünglich beabsichtigt war, als wir uns sagten, jetzt kann ein gewissenhaftes Gericht nicht mehr sagen, es handelt sich nur um Ausnahmefälle. Das Gericht hat dann mit einer Schärfe, die auf Einstimmigkeit des Gerichts hinweist, erklärt,

daß eine nicht unerhebliche Zahl von groben und schweren Ausschreitungen der Beamten vorgekommen ist.

Das war der Effekt unserer Arbeit, und der ungeschickten Versuche, das Gericht zu dirigieren. Als dann das Laiengericht zusammenkam, wurde der Versuch wiederholt, und zwar vom preussischen Landtage. Von neuem war es nötig, die Unabhängigkeit der Richter und Geschworenen im Gerichtssaal selbst gegen die Angriffe, die im preussischen Landtage gegen das Gericht und die Zeugen erhoben wurden, zu verteidigen. Als der Vorsitzende seine Rechtsbelehrung gegeben hatte und das Urteil gesprochen war, hat der preussische Justizminister den Landgerichtsdirektor Unger zur Rede gestellt. Er hielt es, wie er sich ausdrückte, für unwürdevoll, von ihm selbst zu erfahren, wie er sich seine Rechtsbelehrung eigentlich konstruiert habe. Mit welchem Rechte kommt er dazu? (Lebhaftes Zustimmung links.) Die Rechtsbelehrung ist ein völlig unanfechtbarer Teil des Verfahrens. Und jetzt fragt der Justizminister den Vorsitzenden, wie er sie konstruiert hat. Wo bleibt da die Unabhängigkeit der Richter? (Lebhaftes Zustimmung links.) Geschlecht das in einem Falle, so kann es auch in anderen geschehen. (Wiederholte Zustimmung links.) Es ist nicht angenehm, vom dem Vorgesetzten zur Rede gestellt zu werden, von dem es abhängt, ob man sein Lebenlang vielleicht in Schneidemühl bleibt oder weiter kommt. Der Justizminister kann nicht einen Augenblick im Zweifel gewesen sein, daß das eine

Provokation und Einschüchterung des Richterstandes

ist. Ich glaube nicht fehzugehen, wenn ich sage, unter den Besen der Berliner Richter hat die Keuchung des Justizministers Befeler eine wahre Entzündung hervorgerufen. (Lebhaftes Bravo! links.) Der Minister hat sich nicht darauf beschränkt, den Landgerichtsdirektor Unger zur Rede zu stellen, sondern hat seine Rechtsbelehrung auch im preussischen Landtage kritisiert. Zunächst hat er sie so ausgelegt, wie es kein vernünftiger Mensch tun konnte, und dann hat er nachgewiesen, daß das falsch sei, was der Landgerichtsdirektor Unger gesagt habe. Aber was dieser gesagt hatte, war juristisch und sachlich vollkommen unanfechtbar und stand auch nicht im Widerspruch zu der von Herrn Befeler zitierten Judikatur des Reichsgerichts. Der Landgerichtsdirektor Unger hat den

Fall des ermordeten Arbeiters Herrmann

zur Sprache gebracht. Ueber diesen Fall hatten Zeugen folgendes bekundet: Herrmann war aus seiner Wohnung gekommen. Lange Zeit nachdem die Polizei dort eine Menschenmenge verjagt hatte, er hatte dort seinen Knaben suchen wollen, und als er aus dem Hause trat, kamen von der anderen Seite zwei Schutzeleute herüber, die

sobald mit Säbeln auf ihn einschlugen, bis der alte Mann tot zusammenfiel.

(Hört! hört! links.) Dieser Fall, bei dem die Mörder so wenig gefunden worden sind, wie die Schuldigen bei anderen Ausschreitungen der Polizei, war in der Verhandlung ausführlich erörtert worden, und der Landgerichtsdirektor führte ihn als einen Fall des wirklichen Mißbrauchs der Amtsgewalt, der nicht rechtmäßigen Ausübung des Amtes an. Hätte der Justizminister die Keuchung des Landgerichtsdirektors wahrheitsgemäß angeführt, dann hätte er auch sagen müssen: Herr Unger hat recht gehabt. Er wollte aber nicht zugeben, daß es auch nur einen Beamten gegeben habe, der nicht seine Schuldigkeit getan hätte; denn dann hätte er ja den Reichsanwalt des Oberlandes, der hier, nachdem der Fall Herrmann hier erörtert war, sagte, die Beamten haben nur ihre Schuldigkeit getan. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb also polemisierte Herr Befeler,

weil er die Polizei weiswachen wollte.

Und wozu das alles? Um den Richtern zu sagen: Haltet Euch, so wie es heute Herr Unger geht, kann es morgen auch anderen gehen. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Deshalb ist es nötig, die Unabhängigkeit der Richter durch Befehl zu stabilisieren. Auch die Richter können irren. Sie können auch nicht aus Ihrer Haut heraus und sich den Einflüssen, die auf sie wirken, nicht entziehen. Aber was möglich ist, ist, den Richter vor der Beeinflussung von oben zu schützen, vor der Sorge für seine Karriere, vor der Angst, zur Rede gestellt zu werden. Natürlich ist es auch Herrn Landgerichtsdirektor Unger nicht angenehm, in dieser Weise von dem Justizminister in die Öffentlichkeit gezerrt zu werden und hingestellt zu werden als ein Mensch, der nicht einmal weiß, was das Reichsgericht gesagt hat. Wir wollen durch unsere Anträge denen helfen, über die wir uns so oft beklagen. Wir helfen damit nicht bloß dem Richterstande, sondern auch der Gerechtigkeit, die ja die Grundlage jedes Reiches ist. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Böhm: Der preussische Justizminister ist wohl durch die Beratung des Justizetats im Abgeordnetenhaus verhindert worden, heute hier zu sein. Er konnte wohl auch nicht erwarten, daß bei dieser Gelegenheit, wo wir uns mit einigen Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes beschäftigen, diese Sache hier zur Sprache kommen würde. (Sehr richtig! rechts.) Ich kann natürlich nicht in der Seele des Ministers Befeler lesen, aber ich kann mir denken, daß er, um für die bevorstehende Lesung des Justizetats gerüstet zu sein, den Gerichtsvorsitzenden Unger gefragt hat, wie er sich eigentlich seine Belehrung konstruiert habe. Wenn Sie diese Befragung für ein Jurberantwortungsziehen halten, dann können wir eben nicht darüber streiten. Der Abg. Heine hat auch den Reichsanwalt angegriffen und von Einflußnahmeversuchen gesprochen. Wer die Rede des Reichsanwalters mit angehöret hat, weiß sehr wohl, daß der Reichsanwalt keinen Einflußversuch gegenüber den Richtern unternommen hat. (Widerpruch links.) Der Reichsanwalt steht viel zu hoch, als daß er irgendwie daran denken könnte, einen solchen Versuch zu machen. (Aufse links: Sollte er!) Der Reichsanwalt hat auch nicht behauptet, daß die Polizei nur ihre Pflicht getan habe. Das Wort „nur“ steht nicht im stenographischen Bericht. (Hört! hört! rechts.) Dabon, daß der Reichsanwalt eine Beeinflussung der Richter versucht hat, kann gar keine Rede sein. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten und Juristen: Und die Orden für die Polizei?) Ich muß die Behauptung, daß der Justizminister und der Reichsanwalt in ungeschicklicher Weise irgendeinen Richter zu beeinflussen suchen, auf das entschiedenste zurückweisen. (Bravo! rechts.)

Abg. Heine (Soz.):

Die Rede des Reichsanwalters habe ich im „Reichsanzeiger“ eingesehen, wo sie vielleicht von dem Stenogramm hier in den Akten etwas abweicht. Es war in allen Zeitungen die Rede davon, daß der Reichsanwalt gesagt hätte, die Polizei hätte „nur“ ihre Schuldigkeit getan. Allerdings hat er auch hervorgehoben, daß auch vereinzelt Mißgriffe vorgekommen seien. Es kommt aber darauf

an, was für ein Tatbestand damals schon vorlag. Und dieser Tatbestand war der der Tötung des Herrn Mann und der, daß unzählige anständige Frauen und Mädchen in einer Weise — ich will die Worte nicht wiedergeben, das würde nicht der Würde des Hauses entsprechen — in einer zuhältermäßigen Weise beschimpft wurden von königlich preussischen Beamten in königlich preussischer Uniform und in königlich preussischen Diensten. Dieser Tatbestand stand damals schon fest. Nun ist allerdings im stenographischen Bericht das Wort „nur“ nicht enthalten. Aber das ist Nebensache. Wenn der Reichsanwalt in jener Situation nichts anderes zu tun hatte, als diese Leute zu loben, anstatt sie ernstlich zu tadeln, so hat er die moralische Verantwortung dafür, wenn in anderen Fällen sich solche Dinge wiederholen. (Lebhaftes Zustimmung links.) Der Versuch, das Gericht zu beeinflussen, ist auch in den

Ordnungsverletzungen

herborgehreten. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und nicht nur von der Behörde, auch von privater Seite suchte man das Gericht zu beeinflussen, die Herren von der Rechten haben ja auch getobt gegen die Zeugen und gegen das Gericht; wenn ich nicht irre, haben sie auch eine

Sammlung veranlaßt zum Behen dieser Säbelschwinger und Gummistappelschwinger,

dieser Leute, die mit Gemeinheiten um sich warfen. Es ist ein Glück, daß gegenüber all diesen Dingen die Richter festgehalten sind. Der Staatssekretär bestritt einen Beeinflussungsversuch des Reichsanwalters. Der Reichsanwalt ist aber auch ein Jurist, und man erklärt es bei einem Beamten für unzulässig, wenn er etwas tut und sich die Folgen seiner Handlungsweise und den Eindruck nach außen nicht rechtzeitig überlegt, und daran, daß die Worte des Reichsanwalters eine Beeinflussung darstellten, hat außer ihm und seinen Untergebenen kein Mensch gezweifelt. (Lebhaftes Zustimmung links.) Wenn das Gericht nicht standgehalten hätte und die Entziehung der bürgerlichen Bevölkerung und nicht das Beweismaterial geliefert hätte, so wäre Moabit ein zweites Essen geworden.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn man sich der Dreistigkeit erinnert, mit der vor einigen Tagen gehandelt wurde, die Zeugen, die gegen die Polizei ausfragten, seien vorgegenommen gewesen und hätten in Suggestion gehandelt, so kann man nicht daran zweifeln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn von autoritativer Stelle aus von bewußten und unbewußten Zeugenbeeinflussungen geredet ist, so muß ich sagen, es hätte leicht dazu kommen können, daß die Zeugen des Moabiter Prozesses durch Meineidslagern und Meineidsverdächtigungen eingeschüchtern worden wären. Das war ausgeschlossen bei der gewissenhaften Leitung, unter der die beiden Prozesse glücklicherweise gestanden haben. Aber der preussischen Anklagebehörde ist es nicht zu danken,

diese hat das ihrige getan, um die Zeugen, welche die Postspiegel bei der Arbeit gesehen haben, des Meineides zu verdächtigen,

und sie hat sich dabei einer Herumfäuferei in dem Vorleben der Zeugen bedient, die man bei einem Rechtsanwalt gewiß als Advolatenstreich gebrandmarkt hätte. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär sagte, was hätte denn der Minister zu dem Landgerichtsdirektor Unger sagen sollen. Nun, gar nichts. (Lebhaftes Zustimmung links.) Und im Landtage hätte er sagen sollen: Meine Herren! Sie tun Unrecht, Herrn Unger anzugreifen. Der Herr Landgerichtsdirektor hat das und das gesagt. Ich weiß es zwar nur aus den Zeitungen, denn ich habe nicht das Recht, ihn zur Rede zu stellen, aber er würde es schon berichtet haben, wenn er es nicht gesagt hätte. (Rur! rechts: Er hat es schon berichtet!) Nein, er hat nichts berichtet, und nichts zu seiner Erklärung hinzugefügt und nichts hinweggenommen. Seine Erklärung deckt sich inhaltlich vollkommen mit der ersten in den Zeitungen erschienenen. (Sehr wahr! links.) Er hätte Herrn Unger und damit die Unabhängigkeit des Richterstandes in Schutz nehmen sollen vor den Abgeordneten. Der Staatssekretär sagt, der Justizminister hätte sich informieren müssen. Aber das hat er ja gar nicht getan.

Aus all diesen Gründen kann ich die Ausführungen des Staatssekretärs nicht für durchgreifend halten. Ich bleibe daher dabei, daß die preussischen Behörden vom Justizminister bis zum Ministerpräsidenten hinauf und vom Polizeipräsidenten bis zum Schutzmann herunter in dieser Sache so gehandelt haben, als ob sie die richterliche Unabhängigkeit nicht respektieren. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wagner (L.): Die Sozialdemokratie hat immer Gerichtsurteile, die ihr nicht paßten, einer parlamentarischen Kritik unterzogen, obwohl es besser wäre, wir besäßen die Praxis des englischen Parlamentes und unterließen hier eine solche Kritik. Im Falle des Landgerichtsdirektors Unger handelt es sich aber nicht um ein Gerichtsurteil, sondern um eine Rechtsbelehrung; als mein Freund Wöhrmer im preussischen Abgeordnetenhaus den Tat- und Wortbestand dieser Rechtsbelehrung festzustellen suchte, machte er sich durchaus keines Verstoßes eines parlamentarischen Eingriffs in die Rechtspflege schuldig. — Im Grunde haben die sozialdemokratischen Anträge zu § 8, die ich abzulehnen bitte, gar nichts mit den Gerichtsvorgängen in Moabit zu tun. (Chol h. d. Soz.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Trotz des Versuchs des Abg. Wagner, die Sache in anderem Lichte erscheinen zu lassen, steht es fest, daß der preussische Justizminister Herr Befeler den Landgerichtsdirektor Unger nicht gegen die Angriffe der Rechten geschützt hat, und daß er mit dieser Unterlassung gegen seine Pflicht als oberster Hüter des Rechts verstoßen hat. Der Justizminister hat es nicht für nötig befunden, einen pflichttreuen Richter gegen Angriffe von konservativer Seite zu schützen, wie sie in solcher unerhörten Weise noch kaum in einem Parlament vorgekommen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist nichts Neues, daß die preussische Justiz sich

Beeinflussungsversuchen von oben

ausgesetzt sieht. Bekanntlich wurde der Oberappellationsgerichtspräsident Grolmann wegen seines freisprechenden Urteils in dem berühmten Prozeß gegen Johann Jacoby vor den Justizminister gerufen. Der König löste, so sagte der Minister, in solchen Fällen nicht den Mann von seinem Amt trennen. „Ich aber kann es“ antwortete Grolmann und nahm seinen Abschied. Das war ein Richter von wirklichem Unabhängigkeitssinn. (Lebhaftes Zustimmung links.) — Die wütenden Departheil der konservativen Presse, die wilden Angriffe der Rechten im preussischen Landtag, sind im höchsten Grade geeignet, die richterliche Unabhängigkeit zu gefährden, zumal wenn ein preussischer Justizminister sich diese Angriffe durch Schweigen zu eigen macht. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Ich hoffe, daß Sie nicht dem preussischen Justizminister Angriffe gegen die Unabhängigkeit der Richter zuschreiben.

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Ich habe nur von Angriffen der konservativen Blätter und Abgeordneten auf die Unabhängigkeit der Richter und davon gesprochen, daß der Justizminister es nicht für nötig befunden hat, diesen Angriffen entgegenzutreten. (Sehr gut! und Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Um die, wie diese Vorgänge mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zeigen, gefährdete Unabhängigkeit der Richter zu sichern, haben wir unsere Anträge eingebracht. Um denen entgegenzukommen, die das Ziel billigen, aber nicht soweit gehen wollen, wie wir, haben wir unsere Eruentualanträge gestellt. — Man sagt uns: Was wollt Ihr, die Richter sind doch heute schon unabhängig. Nichts ist falscher als das.

Die Unabhängigkeit der Richter existiert nur auf dem Papier. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das alte preussische Landrecht hatte dem Richterstand eine gewisse Unabhängigkeit gesichert,

Die Disziplinarbestimmungen, die von der preussischen Landratskammer der 50er Jahre, zur Zeit der schärfsten und finsternsten Reaktion, beschlossen wurden, raubten den Richtern diese Unabhängigkeit. Der Abgeordnete, nachherige Präsident des Abgeordnetenhauses, Grabow, selbst ein Richter, erklärte damals, in 50 Jahren würde der gesamte Richterstand degradiert (herabgesetzt) sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und wie viele politische Maßregelungen von Richtern und Gerichtsbeamten haben wir in Preußen in der Era Manteuffel in der Konfliktzeit, in noch viel späteren Tagen erlebt! Ich erinnere an die Fälle Waldeck, Temme, v. Kirchmann, Schulze-Delitzsch. Aber noch nach 1890 wurde ein Landgerichtsrat Alexander gemahrt, weil er für die Freikinnigen agitiert habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Urteil wurde angeführt: Alexander habe sich agitatorisch gegen die Weizsäcker, also eine von der Regierung vorgelegene Maßregel gewandt. (Hört! hört! links.) Wenn man da maßregeln will, wie viele konservative Richter müßte man da maßregeln, weil sie gegen die Kanalarvorlage, gegen die Erbschaftsteuer, also auch gegen Vorschläge der Regierung, agitiert haben. (Sehr wahr! links.) Aber bei konservativen Richtern ist man milder. Ein konservativer Richter, der zu Wahlgeweden die Unterschrift meines Freundes Rollenbuhz gefälscht hatte, wurde zwar verurteilt, aber in seine Vaterstadt veretzt, wie er es sich längst gewünscht hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Will man wirklich unabhängige Richter — und ich wiederhole, die Vorgänge der letzten Zeit zeigen, wie notwendig die Unabhängigkeit der Richter ist —, so müssen sie in bezug auf Anstellung, Versetzung, Pensionierung völlig und wirklich unabhängig gestellt werden. Was helfen die allerbesten Gesetze, wenn die Richter nicht unabhängig sind, die sie auslegen haben? — Wir würden es am liebsten sehen, wenn unser Prinzipalanttrag zur Annahme gelangen würde. Mindestens aber bitten wir um Annahme unserer Eruentualanträge. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Abrah (Sp.): Politische Prozesse sind nie und nimmer geeignet, das Interesse der Justiz zu fördern. Je weniger politische Prozesse, um so besser. Daher war es in unseren Augen ein dies ater (Unglückstag), als hier der Reichsanwalt auftrat und sich über ein schwebendes Verfahren verbreitete und bevor noch das Gericht gesprochen, eine politische Partei der Schuld an jenen Skandalen beschuldigte. Diese Behauptung des Reichsanwalters ist durch den Ausgang der Moabiter Prozesse widerlegt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als ganz besonders tadelnswert müssen wir aber das Auftreten des preussischen Justizministers bezeichnen. Wie oft wurde hier jede Kritik an Vorgängen im Gerichtssaal, namentlich auch an Rechtsbelehrungen der Vorsitzenden, vom Regierungsrat aus auf das schärfste zurückgewiesen! Und damit vergliche man nun das Auftreten des Herrn Befeler im Abgeordnetenhaus, den mangelnden Schutz, den er dem Landgerichtsdirektor Unger gegen Angriffe der Rechten hat zuteil werden lassen! Wie ganz anders schüben die anderen Minister die Beamten ihres Ressorts: man denke an die warme Verteidigung der Landräte durch den Minister des Innern bei Gelegenheit der Interpellation über den Fall Becker. (Hört! hört! links.)

Die Unabhängigkeit der Richter ist die Voraussetzung jeder wirklichen Rechtspflege und daher werden wir für den sozialdemokratischen Prinzipalanttrag stimmen, allerdings gegen den Eruentualantrag, aus der tatsächlichen Erwägung heraus, daß wir die Verabschiedung dieser Vorlage nicht von der gleichzeitigen Verabschiedung eines Reichsdisziplinargesetzes abhängig machen möchten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Heine (Soz.):

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich dem Abgeordneten Dr. Wagner noch entgegnen: Ich nehme die Kritik richterlicher Urteile nicht nur für den Reichstag, sondern für alle Menschen in Anspruch. Es ist selbstredend ein Unterschied zwischen abgeschlossenen Prozessen und schwebenden Verfahren. Natürlich ist auch in unseren Augen ein schwebendes Verfahren durchaus nicht sakrosankt. Ich bin sogar der Meinung, daß noch viel mehr Heftigkeit und Hefturteile vorkommen würden, wenn die Presse alle schwebenden Verfahren als sakrosankt betrachtete würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist aber etwas anderes, wenn ein Privatmann sich über ein schwebendes Verfahren verbreitet oder wenn diese Keuchung erfolgt von autoritativer Stelle in autoritärem Ton, und wenn zugleich diese autoritäre Stelle in autoritärem Ton, und wenn zugleich diese schon vorliegen, als eine quantität négligable (als völlig unbedeutend) behandeln zu können glaubt. Die öffentliche Meinung hat jedenfalls keinen Augenblick in ihrem Urteil geschwankt. Für sie steht fest, daß der Reichsanwalt, als er jene Ausführungen machte, mindestens sich des Dolus eines Eingriffs in die richterliche Unabhängigkeit schuldig machte. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt.

Abg. Heine (als Berichterstatter) polemisiert eifrig gegen die Anträge.

Abg. Dr. Müller-Meintingen (Sp.) wirft dem Abgeordneten Heine vor, über seine Befugnisse als Berichterstatter mit seiner ausführlichen und lebhaften Polemik hinausgegangen zu sein.

Die Abgg. Westheim (Z.), Dr. Wagner (L.) und Wassermann (natl.) treten diesen Ausführungen entgegen und nehmen den Abgeordneten Heine in Schutz.

Abg. Dr. Heine (natl.) beruft sich darauf, daß der verstorbene Abg. Singer, der vorzügliche Kenner der Geschäftsordnung, ihm gegenüber einmal die Befugnisse des Berichterstatters genau umgrenzt habe. Er, Redner, habe sich durchaus innerhalb dieser Grenzen bewegt.

Vizepräsident Schulz: Nach meiner Meinung ist Abg. Dr. Heine über die Befugnisse eines Berichterstatters nicht hinausgegangen. Es lag deshalb kein Anlaß vor, gegen ihn einzuschreiten. Wenn er in einigen Punkten zu den Gründen, die die Kommissionsmehrheit bewegen haben, seinerseits neue Gründe angeführt hat, so hat er sich eben da fäugler als die Kommissionsmehrheit gezeigt. (Weiterkeit und Sehr gut! bei der Mehrheit.)

Abg. Ledebour (Soz.): Diesen Ausdruck des Präsidenten halte ich doch für höchst bedenklich. Sollte es wirklich einmal vorkommen, daß ein Berichterstatter klüger ist als die Kommission, dann muß er eben als Abgeordneter das Wort nehmen. (Sehr richtig! links.) Die Rechtsbelehrung des Präsidenten ging daher von falschen Voraussetzungen aus.

Vizepräsident Schulz: Ich glaube, daß nach Ihrer Ansicht Rechtsbelehrungen allgemein nicht anfechtbar sein sollten. (Weiterkeit.)

Den sozialdemokratischen Antrag, daß Verwaltungsbeamten, die länger als 5 Jahre dieses oder das Amt eines Staatsanwalts bekleidet haben, vom Richteramt ausgeschlossen sein sollten, und nach dem Richter die Annahme von Orden und Titulaturen verboten ist, begründet

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der erste Teil unseres Antrags geht von dem Gesichtspunkte aus, daß Verwaltungsbeamte im allgemeinen und Staatsanwälte im besonderen sich für das Richteramt nicht eignen. Wir bitten daher um Annahme dieses Antrages. Orden und Ehrenzeichen sind unvereinbar mit dem richterlichen Beruf, denn dem Richter soll sein Beruf eben der höchste Stolz sein. Wer Richter ist, hat ein so hohes Amt, daß Orden und Titulaturen gar nicht an ihn heranreichen. Unser Antrag entspringt einer Anregung, die in den 70er Jahren der Abg. Windhorst gegeben hat. Er hat die damals heranwachsende Richtergeneration davor gewarnt, im neuen deutschen Reich soviel auf Orden und Titel zu geben. Schlugen Sie jetzt diese Bindhorstische Warnung nicht in den Wind. Es ist seitdem viel schlimmer geworden. Es gibt Richter, die auf ihre Bistenenkarten drucken lassen ihre Eigenschaft als Beamter der Reserve und die Orden, die sie be-

Wien. Gegen diese Eitelkeit der Richter muß Front gemacht werden, sie ist mit der richterlichen Qualifikation schlechterdings unvereinbar. Natürlich kann die menschliche Eitelkeit nicht auf einmal mit Stumpf und Stiel beseitigt werden. Aber wir sollten sie wenigstens staatlich nicht fördern. Das Pflichtbewußtsein sollte für den Richter der schönste Orden sein. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen: Der erste Teil des sozialdemokratischen Antrages entspricht der irrigen Auffassung, daß frühere Staatsanwälte nun auch blutrünstige Richter werden müßten. Wir in Bayern haben mit früheren Staatsanwälten die beste Erfahrung gemacht und wir können daher dem Antrag nicht zustimmen. Der Begriff „Titulatur“ ist zu wenig bestimmt. Wir beantragen daher, daß den Richtern die Annahme von Orden und Ehrenzeichen verboten werden soll.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die Kommissionsbeschlüsse angenommen.

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Fortsetzung. Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung, Montag, den 6. Februar 1911, vormittags 11 Uhr.
Am Ministertisch: Besefer.
Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Wolsen (Konjunktiv) in der üblichen Weise.
Die zweite Beratung des

Justizetat

wird fortgesetzt beim Kapitel Landgerichte und Amtsgerichte.

Abg. Mathis (nll.) verteidigt die Richter gegen den Vorwurf der Weltfremdheit und der Klassenjustiz. Die Zahl der Bessprüche sei verhältnismäßig außerordentlich gering, man dürfe nicht Einzelfälle verallgemeinern. Die vielen Mängel seien am Richteramt steigend die Berufsneugierde der Richter nicht.

Präsident v. Schröder bittet, eine allgemeine Besprechung nicht wieder zu eröffnen.

Abg. Mathis (nll.): Zu meinem lebhaften Bedauern bin ich dann nicht in der Lage, dem Hause noch sehr viel interessantes Material vorzutragen. (Seitens.)

Abg. Gassel (Op.): Warum soll man nicht Bessprüche, die mit dem Volksempfinden in Widerspruch stehen, kritisieren? Die Gewissenhaftigkeit und das Pflichtgefühl der Richter erkenne ich voll an.

Abg. Niehl (Z.), Frhr. v. Reichenstein (Z.), Dr. Kaufmann und Dr. v. Kries (L.) machen unwesentliche Ausführungen.

Justizminister Dr. v. Besefer tritt der Verallgemeinerung einer nicht ersprießlichen Kritik an der Rechtspflege entgegen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Am allermeisten sollte der Justiz davon gelegen sein, daß sie die Autorität unserer Gerichte stärkt, so daß sie freiwillig und freudig vom Volke anerkannt wird. Liebe kann man nicht erzwingen, auch die zur Justiz nicht. Was nützt es den Justizministern, der Kritik den Mund zu verbinden? Oeffentliche Ansprache ist schließlich das einzige Mittel, um alle Mißstimmungen abzuheben. Freiwillig anerkannte Autorität kann nur auf dem Wege geschaffen werden, daß sich die Justiz nach Mäßigkeit bemüht, die Schädlichkeiten, die sich aus der heutigen Gesellschaftsordnung und aus der Festigkeit der Gesetze ergeben, und die Schäden, die der aus unseren Zuständen notwendig und organisch hervorgehenden Klassenjustiz anhaften, zu beseitigen. Sorgen Sie dafür, daß unsere Richter eine bessere sozialpolitische und psychologische Ausbildung erhalten, dann wird die Autorität in höherer und besserer Weise gestärkt sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Dr. Besefer: Ich habe mich keineswegs verwahrt, daß die Rechtspflege einer Kritik unterzogen werde. Soviele weiß ich auch, daß Kritik nur jedermann erwünscht sein kann. Aber gegen die Art und Weise der an unserer Justiz geübten Kritik habe ich mich verwahrt.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Der Herr Minister hat sich bei der Generaldebatte zum Etat scharf gegen Herrn Wiemer gewandt, als dieser sagte, im Wederprozeß hätten die Richter sich von einseitiger Vereinnahmung leiten lassen. Wenn ihm eine solche Kritik bereits inobjektiv erscheint, so ist das der Standpunkt einer engherzigen, aber Gebühre von ihrer Unschicklichkeit überzeugten Bureauplatze.

Minister Besefer: Ich habe mich damals lediglich dagegen gewandt, daß ein Urteil kritisiert wurde, bevor es rechtskräftig war; habe aber keineswegs die Absicht befolgt, die Kritik überhaupt zu unterbinden.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ich appelliere an Ihre Erinnerung, daß der Herr Minister damals in der Tat sich gegen die Art der Kritik gewandt hat. Im übrigen habe ich neulich Fälle genug angeführt, wo Gerichte sich von mimosenhafter Empfindlichkeit gezeigt haben gegenüber einer Kritik an ihrer Rechtsprechung.

Abg. Nödling (nll.) protestiert gegen die Behauptung, es bestehe eine Klassenjustiz. Damit werde den Richtern vorgeworfen, daß sie sich mit Wissen und Willen zu Dienern der herrschenden Macht hergaben. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Herr Nödling ist über die Bedeutung dessen, was unter dem Vorkauf der Klassenjustiz verstanden wird, sehr wenig orientiert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er sagt es in kleinlicher, persönlicher Weise auf. Unsere Anhänger sind sozial geschult, daß sie einzelne Vorfälle, die ihr Mißfallen erregen, nicht auf Willkür einzelner Personen zurückführen, sondern sie aus dem Wesen unserer Klassengesellschaft zu verstehen suchen. Klassenjustiz ist eben eine Justiz, die aus den bestehenden Klassengegenständen, also aus einer gesellschaftlichen Erscheinung entspringt. Sie ergibt sich aus der ja auch oft von bürgerlicher Seite gegebenen sozialen Herrschaft, für die wir die einzig radikalen Hilfsmittel empfehlen. Das Befehlen einer Klassenjustiz ist also etwas ganz Selbstverständliches. Andererseits habe ich neulich gerade die relativ günstigen Erscheinungen in unserer Justiz und den guten Willen, von dem unsere Richter größtenteils befeelt sind, anerkannt. Sie sollten die Probleme, die sich aus diesem Charakter unserer Gesellschaftsordnung ergeben, mit Ernst diskutieren. (Lachen rechts.) Wenn Sie durch ein solches Gelächter, das der Würde eines auf geistiger Höhe stehenden Parlamentes nicht entspricht, ernstlichen Erörterungen die Spitze abbrechen, so werden Sie auf diese Weise mit der Klassenjustiz nicht fertig werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Nödling (nll.): An der sozialen Herrschaft trägt die Sozialdemokratie die Hauptschuld.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wird Herr Nödling etwa sagen, daß wir die Klassengegenstände geschaffen haben? (Rufe: Ja, ja! rechts.) Da kann ich nur sagen: o sancta simplicitas! (O heilige Einfalt!) (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Beim Tit. „Staatsanwaltschaft“ kommt

Abg. Liebknecht (Soz.)

auf den Moabiter Prozeß zurück und kritisiert die Vernehmung von Zeugen kurz vor ihrer gerichtlichen Vernehmung durch die Polizei auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft. Ich hoffe, der Herr Minister wird anerkennen, daß ein solches Verfahren dem Geiste der Strafprozeßordnung widerspricht. — Weiter hat sich

im Moabiter Prozeß wiederholt die Erscheinung gezeigt, daß die Staatsanwaltschaft beamtete Zeugen stets mit großer Beharrlichkeit auf ihr Recht der Zeugnisverweigerung hinweist, um der Polizei unangenehme Aussagen zu verhindern. Das ist aber nicht Sache der „objektivsten Behörde“, sondern nach der Strafprozeßordnung höchstens Sache des Gerichts. Es macht den Eindruck, daß die Staatsanwaltschaft mehr Interesse an der Aufrechterhaltung der Staatsautorität hat, als an der Ermittlung der Wahrheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nebenher geht dann auf den Essener Prozeß ein und stellt fest, daß die Staatsanwälte aus dem früheren Reineidprozeß nichts davon erwähnt haben, was jetzt über den Zeugen Münter bekannt geworden ist. Ich möchte wissen, ob die Staatsanwälte damals diese Tatsachen schon gekannt und trotzdem verschwiegen haben. Damit hätten sie zur Verschleierung der Wahrheit beigetragen. Jene Staatsanwälte haben damals sich zu Trägern einer einseitigen politischen Gehässigkeit vor Gericht gemacht.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben durch dies Verhalten zu dem vorhandenen Mißtrauen gegen die Justiz erheblich beigetragen. Unfreiwillig haben ja die diesmaligen Staatsanwälte diese Sünden ihrer Vorgänger wieder gut gemacht. Es ist wohl selbstverständlich, daß der Herr Justizminister diese Sache auflärt und pflichtgemäß einschreitet. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Besefer: Das erste Verlangen des Vorredners ist ungerechtfertigt, denn es ist Pflicht der Staatsanwälte, Ermittlungen anzustellen. Wegen die Verächtlichkeit, als ob der damalige Erste Staatsanwalt in Essen die Wahrheit verschleiert hätte, muß ich entschieden Verwahrung einlegen. Anlaß, irgend etwas zu veranlassen, liegt für mich nicht vor. (Bravol rechts.)

Abg. Liebknecht (Soz.):

Ich verstehe nicht, wie der Justizminister das Verhalten der Staatsanwaltschaft in Moabit billigen kann. Das ist für mich ein Zeichen, auf welcher Höhe die Auffassung unserer Justizverwaltung über das Wesen unserer Justiz steht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Der Erste Staatsanwalt im ersten Essener Prozeß hat in unerhörter Weise an die Klasseninstinkte der Geschworenen appelliert. Sowohl der Vorredner, wie die Staatsanwälte in dem neuen Prozeß haben zugegeben, daß das erste Urteil als Ausfluß dessen, was man Klassenjustiz nennt, bezeichnet werden muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich frage den Herrn Minister erneut, ob er bereit ist, zu untersuchen, inwieweit die damaligen Staatsanwälte von dem, was gegen Münter vorlag, unterrichtet waren, und dadurch, daß sie es trotzdem nicht vorbrachten, zur Verschleierung der Wahrheit beigetragen haben. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Haarmann (nall.): Die ungeheuerlichen Unterstellungen gegenüber dem damaligen Ersten Staatsanwalt Peterson muß ich auf das Schärfste zurückweisen. Es ist hier nichts zu untersuchen, denn Herr Peterson ist inzwischen gestorben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Es darf auch gar nicht untersucht werden. (Ohl bei den Sozialdemokraten.) Es muß ohne weiteres bestritten werden, daß ein Ehrenmann wie Herr Peterson sich einer solchen Tat schuldig gemacht hat, Tatsachen, die ihm über Münter bekannt waren, zu verschweigen. Wir haben nichts zu beweisen; Sie (zu den Sozialdemokraten) haben zu beweisen. Sie wollen nur daß gegen die Behörden säen; das ist Ihr Gewerbe. (Bravol rechts.)

Abg. Liebknecht (Soz.):

Der Standpunkt des Vorredners löst jede Sachkunde des betreffenden Falles vermissen. Was Münter vorgeworfen wird, ist nicht etwa bisher verborgen gewesen, sondern seine Verfehlungen im Amte sind seinen Vorgesehten überall bekannt gewesen; die Spähen haben es von den Dächern gepfiffen, daß Münter ein liebreiches, kreislaufiger Mensch war. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seine Verfehlungen lagen damals bereits für alle offen, die sehen wollten. Zum mindesten haben sich also, wenn nicht die damalige Staatsanwaltschaft, so die Vorgesehten Münters schwere Verfehlungen zuschreiben kommen lassen. — Mit aller Schärfe muß ich dagegen protestieren, daß Herr Haarmann es hier so hinstellt, als wenn die Beamten über jeden Verdacht erhaben wären. Wir urteilen noch nicht, aber wir verlangen eine Untersuchung. So gut wie der Minister im Falle Unger untersucht hat, wo er nicht dazu berechtigt war, so sollte er hier eine Untersuchung einleiten. Schröder, Reber und die anderen, die jahrelang unschuldig im Zuchthaus gefesselt haben, waren auch Ehrenmänner und sind es heute noch. Jetzt aber handelt es sich darum, zu untersuchen, ob die Qualifikation als Ehrenmänner auch den damaligen Vertretern der Staatsgewalt zukommt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Haarmann (nall.): Ich protestiere dagegen, daß die damaligen Staatsanwälte verbrecherischer Dinge beschuldigt werden ohne den Schimmer eines Beweises. Der damalige Spruch ist auch von Geschworenen gefällt worden. (Sehr richtig! rechts.) Daß sich nach 15 Jahren das Bild völlig verändert hat, ist selbstverständlich. Sie wissen ja auch gar nicht, wie sich Münter, wenn er noch lebte, zu den Beschuldigungen gestellt hätte! Den damaligen Staatsanwalt jetzt als Verbrecher zu brandmarken, ist nicht vornehm. (Bravol rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Unsere vornehmste Pflicht ist es, Schäden in der Rechtspflege zu kennzeichnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie verstehen unter „vornehm“ die Solidarität innerhalb der Bureauplatze nach dem Sprichwort: „Eine Krähle hat der anderen kein Auge aus“. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Ob es Münter auch jetzt noch fertig gebracht hätte, durch geschicktes Auftreten jemand zu täuschen, interessiert uns nicht. Sein Charakterbild steht für jeden Urteilsfähigen fest und es ist nur wunderbar, daß diese einwandfreien Feststellungen über seinen Charakter, wie sie vor Gericht erfolgt sind, wohl jetzt nach fünfzehn Jahren ohne weiteres möglich gewesen sind, nicht ebenso vor 15 Jahren erfolgen konnten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eben darum verlangen wir Aufklärung und Untersuchung vom Minister. Es ist das gute Recht der Staatsbürger, Rechenschaft darüber zu verlangen, wie die damalige Verurteilung von sechs bis sieben Ehrenmännern zustande kommen konnte. Hier hat der Justizminister eine Amtspflicht zu erfüllen. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und der Minister schweigt!)

Bei einem weiteren Titel tritt

Abg. Bismann (nall.) für die Interessen der Gerichtsfektäre ein.

Die Abgg. Mathis (nall.) und Bartscher (Z.) schließen sich dem Vorredner an.

Beim Titel „Gerichtsvollzieher“ wünscht

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

Stellungnahme des Ministers zu der angeblichen Verfehlung eines Gerichtsvollziehers in Eßwege, weil er Miß gefahren habe, was als nicht standesgemäß angesehen worden sein soll. Es folgt der Titel „Gefängnisinspektoren“.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

kritisiert einzelne Mängel im Gefängniswesen. Es ist ungeschicklich, wenn Untersuchungsgefängnisse in ihrer Selbstbeschäftigung so beeinträchtigt werden, wie ich das neulich festgestellt habe. Der Herr Minister sollte wenigstens hierzu seinen Standpunkt darlegen. Bei Vollstreckung der einfachen Haft darf eine Beaufsichtigung der Gefangenen über die einfache Freiheitsentziehung hinaus dem Gesetz nach nicht erfolgen. Vielfach ist aber

die Freiheitsentziehung in solchen Fällen schärfer als bei der schwereren Festungshaft. Es wird vielfach solche einfache Haft gefesselt in Gefängnissen abgemacht, als ob der Betreffende zu Gefängnis verurteilt wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbstbeschäftigung und Selbstbeschäftigung müßte für solche Häftlinge selbstverständlich sein. Man würde sich doch schwer hüten, einen zu Festungshaft Verurteilten ins Gefängnis zu bringen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und dabei wäre es noch nicht so schlimm, wie ein solches Vorgehen gegen einfache Häftlinge. Aber die Festungshaft gilt ja für Sie als vornehme Strafe, sie wird nur gegenüber Angehörige der sogenannten besseren Kreise erlassen. Was dann die Vollstreckung der Gefängnisstrafe anlangt, so bestimmt das Gesetz, daß die Gefangenen auf ihr Verlangen in einer ihren Fähigkeiten entsprechenden Weise beschäftigt werden müssen und in Außenarbeit nur mit ihrer Zustimmung beschäftigt werden dürfen. Ich möchte wissen, ob die Garantie dafür gegeben ist, daß in dieser Weise auch verfahren wird. Gefangenen Redakteure dürfen danach ihnen absolut unangemessene Arbeiten niemals aufgegeben werden, ihre sogenannte Selbstbeschäftigung mit geistiger Arbeit wäre eine selbstverständliche Konsequenz der gesetzlichen Bestimmungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sollte über die Art der Gefängnisarbeit und über die anderen erwähnten Punkte eine erschöpfende Statistik herausgegeben werden, an der es heute mangelt. Sehr wenig ausreichend ist die Zahl der Gefängnisärzte, vor allem mangelt es an spezialärztlicher Ausbildung dieser Ärzte insbesondere in psychiatrischer Beziehung. Auch sollten in den Frauengefängnissen, wo das noch nicht der Fall ist, weibliche Ärzte angestellt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nichts habe ich im Etat gefunden über die Befolgung unserer Scharfrichter, die ja zu den wichtigsten Institutionen unseres Staates gehören. Es sollte doch ein besonderer Titel für diese Konzeptionierten Akkordarbeiter geschaffen werden, damit man genau feststellen kann, wieviel unser christlicher Staat ausgibt, damit Mitmenschen durch den gesetzlichen Mord ins Jenseits befördert werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar erwidert, daß über das Briefschreiben des Untersuchungsgefängnisses der Richter entscheidet. Was die Vollstreckung der Haft im Gefängnis anlangt, so ist es unrichtig, daß die Festungshaft nicht im Gefängnis absolviert wird. Häftlinge können sich nach den Vorschriften in der Tat selbst beschäftigen, soweit das mit der Ordnung und Sicherheit im Gefängnis vereinbar ist. Dieser Zustand ist selbstverständlich. Unter denselben Bedingungen ist den Häftlingen Selbstbeschäftigung gestattet. Daß Gefangene nur mit ihrer Zustimmung mit Außenarbeit beschäftigt werden, ist ganz selbstverständlich.

Sozialdemokratische Redakteure haben kein anderes Recht, wie jeder andere Gefangene.

Soweit irgend möglich, wird ihnen eine ihrer Individualität entsprechende Beschäftigung gestattet. Wenn das manchmal nicht möglich ist, so ist das kein so großes Unglück, denn zum Vergnügen kommen die Redakteure nicht ins Gefängnis. (Bravol rechts.)

Abg. Dr. Kunze (Op.) wünscht Vesserstellung der Diätäre in den Gefängnissen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Es handelt sich nicht so sehr um die Bestimmungen der Gefängnisordnung, sondern darum, ob sie durchgeführt werden. Vor allem müßten die Gefangenen auf die Freiheiten, die ihnen nach den Bestimmungen zustehen, hingewiesen werden. Von dem Recht der Selbstbeschäftigung wissen die meisten Strafilinge nichts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine Antwort darauf, wie es mit den Gefängnisärzten steht, habe ich leider nicht erhalten. — Daß auch Festungshaft in Gefängnissen abgemacht wird, wußte ich nicht; jedenfalls sind das seltene Ausnahmefälle. Ich kann also meine Vorwürfe nur aufrecht erhalten.

Beim Titel „Majorsmeister“ bringt

Abg. Liebknecht (Soz.)

Verstärken von Gerichtsdienern über die verschiedenartige Art der Ferien bei den verschiedenen Gerichten vor. — Als ich im vorigen Jahre von den Gratifikationen an Gerichtsdienere und Gefängniswärter sprach, wurde mir vorgehalten, wir seien prinzipiell gegen Gratifikationen. Das trifft nur zu für die Gratifikationen, die aus Willkür, als besondere Belohnung nach Günst gegeben werden. Hier handelt es sich aber um Gratifikationen, die den Charakter gesetzlicher Ansprüche durch ihre regelmäßige Gewährung in bestimmter Höhe erhalten haben. Diese Wehrnachgratifikationen sollte man den genannten Beamten, deren wirtschaftliche Lage keine besonders günstige ist, wieder wie früher gewähren.

Abg. Bartscher (Z.) verlangt bessere Ausstattung der Justizgebäude.

Bei einem weiteren Titel wünscht

Abg. Schmidt (Z.) stärkere Individualisierung beim geistlichen Zuspruch in Gefängnissen und eine Vermehrung der Gefängnisgeistlichen.

Ein Regierungskommissar gibt eine entgegenkommende Erklärung ab; es seien besondere Abteilungen hierfür gebildet.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wir legen kein solches Gewicht auf den geistlichen Zuspruch in Gefängnissen. Jedenfalls darf er den Gefangenen nicht aufgedrängt werden, wie das heute leider vielfach geschieht. Auf die Frage, ob hinreichend Geistliche in den Gefängnissen vorhanden sind, hat der Herr Regierungsvertreter sofort geantwortet, meine viel wichtigere Antwort nach den Gefängnisärzten ließ er unbeantwortet. Vielleicht holt er diese Antwort jetzt nach.

Beim Titel „Auslagen in Zivil- und Strafsachen“ befürwortet

Abg. Bismann (nall.) Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

Ein Regierungskommissar erwidert, das sei Reichssache.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

bittet wiederholt um Auskunft über die Kosten, die in der letzten Zeit durch Hinrichtungen veranlaßt worden sind.

Beim Titel „Auslagen des Staates für Prozesse, Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen“ kritisiert

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.),

daß die Uebernahme der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse häufig zu fiskalisch vorgegangen werde. Bei der Entschädigung von im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen sollte man in Bezug auf den Nachweis des Schadens nicht so engherzig verfahren, wie das vielfach geschieht. Bei der Bemessung der Entschädigung der in Essen freigesprochenen sollte die Justizverwaltung so liberal wie möglich vorgehen. — Wenn wir übrigens den Verdacht ausgesprochen haben, die damalige Staatsanwaltschaft sei an der früheren Verurteilung der jetzt freigesprochenen nicht ohne Schuld, so gibt uns dazu noch besonders Veranlassung das Verhalten der Staatsanwaltschaft im Weddingprozeß in dem bekannten Fall des Zeugen Schreiber. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihren Standpunkt, daß eine Einschränkung der Beweisaufnahme notwendig sei, wird die Justizverwaltung angeführt der Ergebnisse des Essener Prozesses jedenfalls einer Revision unterziehen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Rest des Justizetats wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Zweckverbandsgesetz.)



W. WERTHEIM G.m.b.H.



Leipziger Straße 75/76 am Dönhoffplatz
Potsdamer Straße 10, 11 und 13 * Friedrichstraße 110/112 Passage-Kaufhaus

Bis Sonnabend, den 11. Februar, verlängert:

Weißer Woche

In allen Abteilungen
Verkauf nur solcher Qualitäten
in bester Verarbeitung

EXTRA-PREISE

für weiße Waren
Günstige Gelegenheit zur Beschaffung von Wäsche-Eusstattungen

Glas

- Neues Preßglas-Service „Amerika“
- Dessertteller 9 Pf.
- Kompottieren rund
9, 13, 22, 27, 33, 48, 68 Pf.
- Kompottieren vier-eckig 17, 30, 38, 58 Pf.
- Butterdosen 25 Pf.
- Kuchenteller 35, 55 Pf.
- Zuckerschalen 15 Pf.
- Käseglocken mit Schiffs 70 Pf.
- Wasserbecher mit Schiffs 18 Pf.
- Champagnerkelche Schiller, mit
Schiffs u. Bord. 48 Pf.
- Champagnerkelche glatt, große Form 33 Pf.
- Teebecher mit Bordüre 9 Pf.

PORZELLAN

- | | |
|--|---|
| weiß | dekoriert |
| Dessertteller 9 Pf. | Kaffee- u. Teetassen mit Goldrand 20 Pf. |
| Speiseteller flach . . . 12 Pf., tief 15 Pf. | Kaffeetassen mit Farbband 28 Pf. |
| Bratenplatten 25, 45, 58, 85 Pf. 1.25 | Dessertteller durchbrochen 25 Pf. |
| Kompottschalen oval 25 Pf. | Fruchtkörbe 55 und 60 Pf. |
| Schälchen rund 5, 8 Pf. | Butterdosen mit Goldschrift . 45 Pf. |
| Deckelnäpfe rund 35, 55 Pf. | Kabarets 3 teilig 95 Pf. |
| Gemüseplatten rund 48, 55 Pf. | Eissätze (1 gr. Kompottiere u. 6 Schälch.) 95 Pf. |
| Saucieren verschiedene Formen . 48, 55 Pf. | Milchtöpfe ca. 1/2 Liter 18 Pf. |
| Fruchtschalen rund mit Fuß . . . 48 Pf. | Marmeladendosen mit Fruchtdekor 65 Pf. |
| Terrinen rund 1.25, 1.45 | Kaffeesevice für 4 Personen, elegante
Form, Velours-Dekor 3.50 |
| Hartsteingut schwarz,
mit Emaille-
Dekor: | Kaffeetassen 75 Pf. |
| | Teekannen . 1.10, 1.25, 1.60, 2.10 |
| | Milchtöpfe 58, 65 Pf. |

Steingut

- Dessertteller 3, 4 Pf.
- Speiseteller flach und tief 5 Pf.
- Kartoffelschüssel mit Deckel 30, 40 Pf.
- Bratenplatten 25, 35, 45 Pf.
- Satztöpfe mit Schrift Satz 1.20, dek. 85 Pf.
- Salatieren 4 teil. 33, 6 teil. 80, 7 teil. 95 Pf.
- Kaffebecher mit Druckmuster . . . 9 Pf.
- Salz- und Mehlresten mit Holzrückwand 38 Pf.
- Kaffeesevice 5 teilig, für 2 Personen, dekoriert 95 Pf.
- Waschbecken u. Krüge St. 60, dek. 70 Pf.
- Waschgarnituren 5 teilig 2.50, 3.50, 4.50, 5.50
- Toiletten-Eimer mit Einlage . . . 2.45

Viktoria-becher 0,3 und 1/2 Liter 10, mit Goldrand 15 Pf.	Tafelservice für 12 Personen, Porzellan, mit Kobaltband, 60teilig 52.50	Waschgarnitur zweiteilig . . . 1.90
---	---	-------------------------------------

Ein großer Posten Rein-Aluminium-Geschirre

- | | | |
|--|--|--|
| Schmortöpfe . . 85, 95 Pf., 1.25, 1.60 | Wasserkessel 3.15, 3.65, 4.35 | Kasserollen mit Stiel . . 85 Pf., 1.10, 1.35 |
| Gaskochtöpfe mit Deckel 1.25, 1.45, 1.70 | Maschinentöpfe . . . 55, 85 Pf., 1.00 | Schaumlöffel 50, 60, 75 Pf. |
| Fleischtöpfe mit 2 Griffen, 18 cm Durchmesser 90 Pf. | Bratpfannen mit Stiel . . 85 Pf., 1.00, 1.25 | Schöpflöffel 60, 75, 85 Pf. |
| Milchkocher mit Einsatz 1.85, 2.50, 3.00 | Kartoffeldämpfer 3.75, 4.25 | EBgabeln 12 Pf. |
| Kaffeekannen in verschiedenen Größen . . . 2.35 | Saucenlöffel 65 Pf. | EBmesser 40 Pf. |
| Teesiebe . . . 15 Pf. Tee-Eier . . . 35 Pf. | Fischheber 75 Pf. | EBlöffel . 12 Pf. Kaffeelöffel . . 6 Pf. |

Wirtschafts-Artikel

- | | | |
|--|---|--|
| Wirtschaftswagen fein weiß lackiert 2.35, 2.75 | Waschwannen } aus starkem Zink, mit Holz-boden } 6.50, 8.50, 9.50 | Waschtöpfe verinkt, mit Deckel und Einlage 1.95, 2.40 |
| Kaffeemühlen aus Holz, Prima-Werk 1.85, 2.25 | Waschzober } } 6.75, 9.00, 10.50 | Wassereimer aus Emaille, weiß, schwere Qualität . . . 1.25, 1.85 |
| Fleischhackmaschinen ver-zinkt 1.75, 2.25 | | Brotdüchsen weiß lackiert, mit Dekor 95 Pf. |
| Reibemühlen fein weiß lackiert . . 1.75, 2.25 | | Wasserkannen weiß, Emaille . . . 50, 65 Pf. |
| Servierbretter weiß, mit moderner Einlage . 95 Pf. | | Toilette-eimer weiß, Emaille, mit Einsatz 1.90, 2.35 |
| Spülbürstenbleche fein lackiert und dekoriert 95 Pf. | | Emaillewannen oval, schwere Qualität 1.70, 1.85 |

Ein Posten

Stahlwaren mit Elfenbein-Klebst

Buttermesser, Käsemesser, Aufschnittgabeln, Apfelsenschneller, Konfektmesser, Konfektgabeln, Tortenheber, Obstmesser, Obstgabeln, durchweg Stück 90 Pf.

Dienstag
Mittwoch

In der Lebensmittel-Abteilung

Soweit der Vorrat reicht

Kap-Pfirsiche Stück 10 Pf.	Apfelsinen Dtz. 25, 30, 38, 45 Pf.	Echte Kieler Sprotten Pfund 40 Pf.
Ananas Pfund 60, 72 Pf.	Blut-Apfelsinen Dtz. 30, 45, 55 Pf.	Kieler Bücklinge 4 Stück 10 Pf.
Italienische Tafeläpfel Pfund 16 Pf.	Mess.-Blut-Apfelsinen Kiste mit 160 Stück 5.85	Bücklinge Kiste mit 20 Stück 36 Pf.
Traubenrosinen . . . Pfund 45, 75 Pf.	Hummerkrabben große, Pfund 58 Pf.	Tafellachs Pfd. 35 Pf., im Anschnitt Pfd. 50 Pf.

FEINE KALTE RÜCHE

Nur Potsdamer und Leipziger Straße:

Mayonnaise von Hummer oder Lachs, Portion 50 Pf.	Italienischer Salat m. Mayonnaise Pfd. 1.10	Sülzkotelatt Stück 45 Pf.
Tomaten mit Schoten . . . Portion 30 Pf.	Sellerie-Salat m. Mayonnaise, Pfd. 80 Pf.	Aal oder Lachs in Gelee Port. 50 Pf.
Chaud-froid von Huhn oder Fasanen, Portion 50 Pf.	Kartoffel-Salat mit Mayonnaise, Pfund 75 Pf.	Ragout fin Portion 40 Pf.
Frikassee von Huhn . . . Portion 1.00	Ochsenmaul-Salat . . . Pfund 1.00	Eisbein mit Sauerkohl . . Portion 60 Pf.
Gänseleber-Pastete Terrine 1.00	Schweinskopf in Burgunder, Port. 70 Pf.	Rollmops mit Remoladensauce, 2 Stck. 25 Pf.

Der Parteitag der Arbeiterpartei.

Kn. Leicester, 2. Februar 1911.

Zweiter Tag.

Die Hauptfrage, die den Parteitag heute beschäftigte, war die Frage der Aenderung der Parteikonstitution. Der Parteisekretär erklärte vor dem Eintritt in die Diskussion die Gründe, die den Parteivorstand benommen haben, die Aenderungen vorzuschlagen. Die Konstitution sei im Laufe der Jahre herangewachsen und zeige jetzt manches auf, was der Zeit nicht mehr entspreche. Einige Stellen seien sehr verwirrend. Die neue Fassung sei klarer und bestimmter.

Der erste Teil wurde ohne Diskussion angenommen. Er behandelt die Zwecke der Partei und lautet: „Der Zweck ist, im Parlament und im Lande eine politische Arbeiterpartei zu organisieren und zu erhalten.“ In der alten Fassung hieß dieser Passus: „Der Zweck ist, die Wahl von Parlamentsmitgliedern zu betreiben und eine parlamentarische Arbeiterpartei mit eigenen Einzeleisern und eigener Politik zu organisieren und zu unterhalten.“

Der Kampf entbrannte um den zweiten Teil der vorgeschlagenen Aenderungen. Sie betreffen die Klausel III der Konstitution, die, wie schon in einer früheren Besprechung ausführlicher berichtet worden ist, eine viel mildere Fassung erhalten sollte. Gegen den ersten Satz der neuen Klausel III richtete sich ein Änderungsantrag der J. L. P. Dieser Satz lautet: „Kandidaten und Mitglieder müssen diese Konstitution aufrechterhalten.“ Der Änderungsantrag der J. L. P. wünschte vor das Wort „aufrechterhalten“ die Wörter „annehmen und“ zu setzen. Das Wort „annehmen“ findet sich in dem alten Text. Nach der alten Verfassung war ein Kandidat verpflichtet, schriftlich zu erklären, daß er die Konstitution der Partei annehme, eine Prozedur, die man als „signing the pledge“ (Unterzeichnen des Versprechens) bezeichnete. Mit diesem wird nun unter der neuen Konstitution aufgeräumt. Um die folgende Diskussion verstehen zu können, muß hier noch vorher erwähnt werden, daß die Gegner der Aenderung meist nicht gegen die Abschaffung des Versprechens sind; sie wollten nur nicht, daß der Anschein erweckt würde, als würde die Arbeiterpartei vor den Angriffen ihrer Feinde zurückweichen.

Bruce Glasier (J. L. P.) begründete den Änderungsantrag seiner Organisation. Er führte aus, weshalb der Ausdruck „annehmen“ nötig sei. Würde die Klausel III unverändert in der neuen Fassung angenommen, so würde dies den Anschein erwecken, daß die Arbeiterpartei den Angriffen der Lords und der Liberalen und dem Einfluß der Schwächlinge in den eigenen Reihen unterlegen sei; eine gefährliche Stimmung würde im Lande erzeugt werden. Der Redner spricht dann von Mitgliedern der Partei, die die Konstitution angenommen und dennoch gegen sie gehandelt hätten. Es gebe mindestens ein halbes Dutzend Mitglieder der parlamentarischen Arbeiterpartei, die hinausgeworfen werden sollten. Man dürfe solchen Leuten den Disziplinbruch nicht noch leichter machen.

Holmes (J. L. P.) unterstützt den Änderungsantrag mit ähnlichen Argumenten. Die Arbeiterpartei dürfe jetzt nicht den Rückzug antreten. Das würde ihre Feinde nur ermutigen, die Partei wiederum anzugreifen.

Racdonald (Parteisekretär) erklärt, daß er mit neun Zehnteln von dem, was Bruce Glasier vorgebracht, einverstanden sei. Er könne aber nicht sehen, wie man einen unehrlichen Menschen, der die Konstitution annehme und sie nachher breche, durch den Änderungsantrag ehrlich machen könne. Der Parteivorstand überlasse die Entscheidung über die Anträge gänzlich dem Parteitag. Nach der Ansicht des Redners hätte die Hinzufügung des Wortes „annehmen“ wenig Sinn; wenn sich ein Kandidat verpflichte, die Konstitution aufrechtzuerhalten, so müsse er sie doch auch annehmen. Es sei gefragt worden, die Arbeiterpartei dürfe nicht zurückweichen. Diese Ansicht sei durchaus falsch und entspreche nicht den Anforderungen einer vernünftigen Politik. Die Lords hätten erklärt, daß das Binden der Arbeiterpartei an ein Versprechen gegen das öffentliche Interesse sei. Diesem Angriff müsse die Partei begegnen. Die Hinzufügung des Wortes „annehmen“ zur Klausel III könnte unter Umständen später einmal zu einer Auslegung der Klausel führen, die der Partei die größten Schwierigkeiten bereiten würde.

Keir Hardie (J. L. P.) unterstützt den Änderungsantrag Glasiers und bemerkt, die Aenderung der Konstitution sei nicht von den Mitgliedern, sondern von dem Parteivorstand, und auch nur von der Hälfte des Parteivorstandes, ausgegangen. Diese Annahme der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Fassung würde bedeuten, daß sich die Arbeiterpartei von den Lords ins Vordachhorn hat jagen lassen. Die alten englischen Gewerkschaften seien auch nicht zurückgewichen, als man sie angriff; auf diese Weise hätten sie ihre Rechte errungen. Die Arbeiterpartei müsse dasselbe tun. Die staatliche Besoldung der Parlamentsmitglieder sei versprochen worden; mit der Einführung dieser Aenderung sei das Eindringen einer Anzahl unsicherer Kandidaten zu befürchten, die man nicht anerkennen könne, ohne daß sie die Konstitution ausdrücklich annähmen. Er befürworte die Einschlebung des Wortes „annehmen“ den Feinden der Partei zum Trost. Würde die Klausel III unverändert angenommen, so wäre dies das erste Zeichen der Auflösung der Arbeiterpartei.

Henderson (Eingleicher) behauptet, daß der Parteivorstand nicht die Absicht hege, vor den Lords zurückzweichen. Er greift Keir Hardie wegen seiner Worte über die Mehrheit und Minderheit des Vorstandes an und bekämpft sich als den Urheber der Änderungsanträge. Diese Vorschläge hätten in den Erfahrungen des Parteivorstandes ihren Grund. Er habe sich nicht geschämt, die Konstitution zu unterzeichnen und würde es jeden Tag wieder tun.

Brownlie (Maschinenbauer) spricht als Wortführer des einfachen Mannes aus der Werkstätte für den Änderungsantrag der J. L. P. Er betont die Notwendigkeit einer besseren Disziplin unter den Parlamentsmitgliedern der Arbeiterpartei.

Short (Liverpool) erklärt, daß die unveränderte Annahme der Klausel zur Folge haben würde, den einfachen Arbeiter in der Werkstätte zu überzeugen, daß die Arbeiterpartei einen Teil ihrer Unabhängigkeit aufgegeben habe.

Wilson (Vergarbeiter, Schottland) spricht sich für die vom Vorstand vorgeschlagene Fassung aus. Bisher hätten sich einige tüchtige und verdienstvolle Arbeiterführer im Parlament wegen des Umstandes, daß ein Versprechen abzugeben gewesen sei, der Arbeiterpartei nicht anschließen können. Die neue Fassung mache diesen Anschluß möglich.

Quelch (Londoner Gewerkschaftsleiter) führt aus, daß die Arbeiterpartei weder ein Programm noch eine eigene Politik habe. Was jetzt habe sie aber wenigstens ihre Konstitution gehabt, die sie äußerlich als eine unabhängige Partei bezeichnet habe. Aber auch diese Unabhängigkeit, die in dem Abnehmen eines Versprechens zum Ausdruck komme, sollte jetzt fallen. Nur den Sozialisten gegenüber werde in Zukunft die Unabhängigkeit gewahrt werden.

Die Abstimmung ergab, daß 360 000 Stimmen für den Änderungsantrag der J. L. P. und 1 064 000 gegen ihn abgegeben wurden.

Die Klausel III wurde darauf unverändert angenommen. Eine Diskussion entspann sich auch über den neuen Text des 4. Absatzes der Klausel VI der Konstitution, in dem es den Mitgliedern des Parteivorstandes untersagt wird, sich mit irgend einer Partei zu identifizieren oder deren Interessen zu fördern.

Debonch (Londoner Doharbeiter) wünscht zu wissen, was der Vorstand unter den Worten „irgend einer anderen Partei“ verstehe. Würde es z. B. Will Thome, der Mitglied der S. D. P. ist, verboten sein, die Interessen dieser Partei zu fördern? Würden Vorstandsmitglieder mit den Führern der Temperenzbewegung auf derselben Rednertribüne erscheinen können wie bisher, trotz der Tatsache, daß die Häupter der Temperenzbewegung gegen die Wahl Lansburys agitiert haben?

Der Vorstand gibt auf diese Fragen keine Antwort, obwohl er von dem Parteitag heraus wiederholt zur Beantwortung dieser Fragen aufgefordert wird.

Die ganze Aenderung der Konstitution wird danach angenommen. Stimmenverhältnis: 1 006 000 gegen 342 000.

Eine von der Sektion Battersea der Arbeiterpartei vorgeschlagene Resolution verurteilt die Betolonferenz, die im vorigen Jahre von den liberalen und konservativen Parteiführern zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Ober- und Unterhaus abgehalten wurde. Ein Vertreter der schottischen Vergarbeiter bemerkte zu diesem Punkte recht treffend, daß die Konferenz leicht als Prätext zur Einführung einer Regierung durch geheime Konferenzen führen könnte. Er führte zur Erläuterung die Entwicklungsgeschichte des englischen Kabinetts an. Die Resolution mit einem Zusatz, in dem die Forderung der Abschaffung des Hauses der Lords von neuem bekräftigt wird, wird einstimmig angenommen.

Mik Boudfield und Mik Macmillan begründen hierauf eine Resolution, in der die Schulautoritäten aufgefordert werden, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen, Schulklassen, in denen die Kinder unentgeltlich behandelt werden sollen, einzurichten.

Der nächste Gegenstand war die Ernährung bedürftiger Schulkinder aus öffentlichen Mitteln auch für die Zeit, während der sie die Schule nicht besuchen. Eine Resolution, die ein Gesetz über diesen Gegenstand forderte, wurde angenommen. Ein Änderungsantrag der Gasarbeiter, in dem verlangt wurde, daß die vom Schatzkanzler den Gemeinden überwiesenen Anteile an den neuen Landsteuer zur Ernährung bedürftiger Schulkinder während der Ferien verwendet werden sollten, wurde abgelehnt.

In der Nachmittags Sitzung wurde zuerst, nachdem Dringlichkeit beantragt worden war, eine von der J. L. P. gestellte Resolution über die neuen ministeriellen Vorschriften betreffend die Handhabung der Armenunterstützungsgesetze verhandelt. Diese Vorschriften sind sehr reaktionär und würden viel zur Vermehrung des Elends der Gemeindefürsorge beitragen.

Lansbury begründet die Resolution und macht einen scharfen Angriff auf den Minister Burns, der reaktionärer sei als alle seine konservativen Vorgänger. Die alten Vorschriften, die das Komitee des Ministers, das aus alten verdorbenen Bureaucraten bestanden habe, kodifiziert habe, hätten verbrannt werden müssen. Die Ausführungen Lansburys wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Richardson (das neue Parlamentsmitglied für Whitehaven) nannte die neuen Vorschriften den verbrecherlichsten Vorschlag, der je von dem Ministerium für Lokalregierung gemacht worden sei. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Quelch (Londoner Gewerkschaftsleiter) schlägt eine Resolution vor, in der den streikenden und ausgesperrten Buchdruckern Londons die Sympathie und Unterstützung des Parteitages zugesichert wurde. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Alsdann beschloß man, den nächsten Parteitag in Birmingham abzuhalten.

Die Gewerkschaft der Staatsarbeiter von Woolwich spricht der parlamentarischen Partei in einer Resolution ihren Dank dafür aus, daß sie sich in einem viel zitierten Falle der Interessen der Staatsarbeiter angenommen. In der Resolution wird die Hoffnung ausgesprochen, daß das Eingreifen der Arbeiterpartei schließlich zur Erhöhung des geringen Mindestlohnes in den Regierungswerkstätten führen wird. Der Vertreter der Staatsarbeiter verteidigt das viel kritisierte Verhalten der Arbeiterpartei, als sie ihr eigenes Amendement über das Schiffsystem in Regierungswerkstätten den Tories überließ. Er erklärt, daß die Arbeiterpartei in Uebereinstimmung mit den Ansichten der Regierungsarbeiter gehandelt habe.

Ein Antrag über die Gründung einer Tageszeitung wird zurückgezogen, nachdem Henderson erklärt hat, die Partei habe kein Geld zu einem solchen Unternehmen.

Gegen Schluß der Nachmittagsitzung wird eine Resolution eingebracht, in der die neuen Arbeitsnachweise kritisiert werden. Es wird gefordert, daß die Arbeitsnachweise im Falle eines Streiks ihre Tätigkeit einstellen sollen. Henderson macht in der Diskussion zu diesem Punkte die interessante Bemerkung, daß vor der Einführung der Arbeitsnachweise ein Komitee aus Mitgliedern der drei Zentralorganisationen der organisierten Arbeiter diesen Punkt zu entscheiden hatte; nur fünf hätten für das Verbot der Arbeitsvermittlung während Streiks gestimmt. Im letzten Absatz der Resolution werden die Arbeitsnachweise aufgefordert, ihre eigenen Angestellten anständig zu bezahlen. Augenblicklich erhalten erwachsene Männer, die an den Arbeitsnachweisen angestellt sind, einen Wochenlohn von 23 Schilling.

Aus Industrie und Handel.

Der Reichsbankdiskont.

Am Montag hat die Reichsbank den offiziellen Diskont auf 4 1/2 Proz. also um 1/2 Proz. ermäßigt, den Lombardzinsfuß für Darlehen auf 4 1/2 Proz. herabgesetzt. Fast könnte man annehmen, die Reichsbank habe mit dieser Maßnahme, just in diesem Moment, gegen die Regierung demonstrieren wollen. Im Börsenlager war ein fürchterlicher Reizkampf ausgebrochen. Die Berliner Handelsbank wollte die Aktien der Chicago-Milwaukee-Bahn an der Börse einführen. Aus irgendwelchen Gründen intrigierten etliche von der Junta dagegen. Sie bedienten sich dabei, so ihres Erfolges sicher — agrarischer Politiker. Prompt erließ die „Nordd. Allgem.“ eine Verwarnungsnote. Die Agrarier unternahmen zudem eine Staatsaktion, den Reichstag beglückten sie mit einer Interpellation. Die Regierung sollte gegen den Giftbaum Börse scharf gemacht werden. Und in der Presse begann ein großes Frohschnequak. Auf beiden Seiten kämpfte man natürlich für des Vaterlandes Heil. Portemonnaieinteressen sind unseren Patrioten selbstverständlich völlig fremd. Schließlich läßt sich gegen die Zulassung solcher Papiere gerade so viel sagen als dagegen. Die vorgebliche Absicht der Regierung ist die, durch ein Verbot der Zulassung die auf eine Hebung des Kurzes der Staatspapiere gerichteten Bestrebungen zu unterstützen. Das Mittel ist unwirksam. Wenn die Aussicht besteht, eine höhere Rente zu erzielen, als die Staatspapiere bei bisherigen Kursen bieten, verhindert ein Verbot der Zulassung fremder Papiere den Abfluß des Geldes nach den besseren Verzinsung versprechenden Kanälen nicht. Kann man die Papiere nicht hier kaufen, werden sie in London oder Paris erworben. In dem nun die Reichsbank den Diskont ermäßigte, illustriert sie, daß im Inlande kein Kapitalmangel vorhanden sei. Den Interessenten wird das gerade nicht angenehm sein. Sie können sich aber doch als Freunde der Industrie aufspielen und erklären, ihre Rundgebung gegen die Börse bezwecke, einer neuen Verflechtung am Geldmarkt und damit einer schnelleren Wiederherausfindung des Diskonts vorzubeugen. Das ließe sich hören, aber die Gestaltung der Geldmarktverhältnisse wird durch die Ausschließung eines bestimmten Papiers

von der Börse wesentlich nicht beeinflusst. Selbstverständlich hat die Reichsbank die Diskontermäßigung sachlich begründet. Präsident Hagenstein bemerkte, daß bis zum 3. Februar die Anlagen um 53 Mill. Mark, die Varmittel um 20 Mill. M., der Rotenlauf um 36 Mill. Mark, die fremden Gelder um 88 Mill. M. und die ungedeckten Noten um 16 Millionen Mark (= 30 Millionen Mark) abgenommen haben. Die steuerfreie Notenzirkulation ergebe ein Plus von 40 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre. Der Metallbestand sei günstiger als damals. Trotz der scheinbaren Geldfülle seien jedoch die Anstöße zum Ultimo, vorzugsweise in Berlin, nicht ganz unbedeutend gewesen. Das Reichsbankdirektorium könne daher auch nicht mit der Ermäßigung über 1/2 Proz. hinausgehen. Man wolle dem Handelsstand und dem Gewerbe die Erleichterung nicht vorenthalten, zu der die Reichsbank schreiten könne. Es wolle abwarten, ob die Entwidlung eine weitere Herabsetzung erlaube. Das Direktorium schlage daher eine Ermäßigung um 1/2 Proz. vor.

Höhere Dividende. Der Aufsichtsrat der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft bringt eine Dividende von neun Prozent gegen sieben Prozent im Vorjahre in Vorschlag.

50 Millionen bayerische Anleihe. Die bayerische Regierung hat heute eine vierprozentige bis 1920 unfällbare Staatsanleihe im Betrage von 50 Millionen Mark an das leitbayerische Bahnenforum begeben, welches die Anleihe Anfang nächster Woche zur Zeichnung auslegen wird.

Prozentsparitäten. Sie gleichen sich doch überall die patriotischen Rüstungsinteressenten und interessierten Rüstungspatrioten. Die österreichisch-ungarische Marine baut zum Wohl der Völkler Dreadnoughts. Englisches Schiffbaumaterial kostet in Triest (Kriegsmaterial ist zollfrei) nicht ganz 15 Kronen pro Meterzentner. Das österreichische Eisenartell zahlt keine englischen Löhne und gestattet den bürgerlichen Abgeordneten auch nicht die Erzeugung der Zwölfdurch die Kaufmännenschaft; es erzeugt in Donauwirth, Steiermark, das Schiffbauwerk für 12 Kr. pro 100 Kilogr., samt der Fracht stellt sich der Preis für Triest, wo die Schiffe eben gebaut werden, auf 13,36 Kr. Also bei Gleichhaltung mit dem englischen Produkt bleibt dem Eisenartell, die Regie als nicht übertrieben angenommen, ein Profit von 15 Proz. Aber die Eisenbarone fordern und erhalten 21 Kronen, was bei jedem Dreadnought einen Extraprofit von 500 000 Kronen für die Aktionäre und Verwaltungsräte des Eisenartells bedeutet. Man kann den Extraprofit auf rund 30 Proz. gestiftet veranschlagen, nimmt man aber alles in allem, nicht bloß das Baumaterial, sondern insbesondere Guß- und Blechwaren, die das Eisenartell mit Hilfe von den Deutschnationalen bewilligten Eisenzölle um 40—50 Proz. verteuern konnten, so macht der Extraprofit bei jedem Dreadnought zwölf Millionen, bei den vier Verbois, mit denen Deutschnationalen jetzt gefregnet wird, fünfzig Millionen Kronen. Kann da jemand sich von der Dreadnoughtbegeisterung ausschließen?

Aus der Frauenbewegung.

Die doppelte Sklaverei.

Daß gerade in der Textilindustrie die Arbeiterinnen schlecht entlohnt werden, ist bekannt. In dieser Industrie ist die Frau aber auch in ganz hervorragender Weise den ausschweifenden Gelüsten ihrer Vorgesetzten ausgeliefert. In tausenden Fällen gibt es für die Arbeiterin hier nur ein: entweder den Körper preisgeben, oder auf die Straße fliegen. Die Geschichte der Frauenarbeit in der Textilindustrie ist eine Kette entsetzlicher Schandungen des Weibes, dessen wirtschaftliche Abhängigkeit zu seiner geschlechtlichen Sklaverei führte. Schon Thun weiß in seiner Geschichte der Industrie am Niederrhein von schamlosen Attentaten auf die weibliche Ehre durch Meister usw. zu berichten. Unheimliche Verwüstungen sind angerichtet worden, ja sogar Kinder fielen den Lüstlingen zum Opfer und wurden mit ekelhaften Krankheiten angesteckt. Heute ist es teilweise nicht besser als damals. Selbstverständlich kamen die Verbrechen und der struppellose Mißbrauch wirtschaftlicher Macht nur selten vor das Forum der Öffentlichkeit. Der Grund, weshalb Frauen und Mädchen den Angriffen auf ihre Geschlechtskeure nicht immer energischen Widerstand entgegenzusetzen, hindert sie natürlich auch, erfolglose Attentate bekannt werden zu lassen. Erlagen sie den Vorschlagelisten, dann müssen sie aus demselben Grunde stille sein, und zudem schämen sie sich auch, ihre „Schande“ zu offenbaren. So bleiben die meisten dieser Art Vergehen Geheimnis der Beteiligten. Einer der seltenen Fälle, daß so ein „Weiberfreund“ unschädlich gemacht werden konnte, erzielte sich kürzlich vor dem Zivilrichter Landgericht. Es ist nämlich vor Gericht festgestellt worden, daß ein Meister fast ein Gewerbe daraus machte, die bei ihm beschäftigten Frauen und Mädchen mit unsittlichen Anträgen zu belästigen und solange mit feinem Ansinnen, ihm zu Willen zu sein, zu verfolgen, bis er seinen Zweck erreicht hatte.

Eine Zeugin, die früher bei der Firma Plücker in Arbeit stand — gab auf Befragen des Vorstehenden an, daß der Spinnmeister Thümler sie abends spät wiederholt in die Fabrik und in seine Wohnung bestellt habe. Die beiden trafen sich dann öfter auf Seitenwegen, da die Frau in die Fabrik oder in die Wohnung zu der Zeit nicht gehen wollte. Als der Richter die Zeugin dann fragte: „Ja, warum gingen Sie denn hin, warum fügten Sie sich denn dem Ansinnen des Meisters?“ da erklärte sie mit Tränen in den Augen: „Der treibt die Weibchen schon so weit.“ Wie ein Pfifferl dieser Arbeiterin klang diese kurze, aber vielsagende Antwort. In diesen wenigen Worten liegt das ganze traurige Geschick der Arbeiterinnen, die gezwungen sind, in Fabriken zu arbeiten und da gewöhnlich Vorgesetzten in die Hände fallen. An der eblischen Kaufsage dieser Zeugin war noch bemerkenswert, daß sie von dem Meister während der Arbeit schlecht behandelt und auf das gemeinste, „Sau“ usw. beschimpft worden sei, als sie ihm später nicht mehr zu Willen war.

Als Zeuge vernommen, gab der Spinnmeister Thümler den geschlechtlichen Verkehr mit dieser Arbeiterin in zünftiger Offenheit an. Er wollte aber zunächst den Glauben erwecken, als sei dieser Fall der einzige seiner Art. In die Enge getrieben, mußte der Ordnungsmann — denn der Braue soll Mitglied des sogenannten „Nationalen Arbeitervereins“ sein — zugeben, daß er häufiger mit Arbeiterinnen — die ihm unterstellt waren — Umgang gepflogen habe und — noch pfele. In Grimmschan war das allerdings schon seit langem offenes Geheimnis. Die dem Firmeninhaber vorgebrachten Beschwerden drangsalierter Arbeiterinnen nahmen bisher nichts. Der Meister blieb und die durch ihre Beschwerdeführung unbedeuten Gewordenen erhielten die — Kündigung.

Daß die Vorgesetzten bei solchem Treiben so ungeniert vorgehen, das ist zum Teil auch auf die Gewissheit zurückzuführen, daß sie sich keiner großen Gefahr aussetzen. Einmal wird dem Opfer solcher Subjekte erfahrungsgemäß nicht leicht geklagt, und dann finden ihre Vergehen auch sehr milde Richter. Hat doch die Regierung im Bunde mit der frommen ultramontanen Partei das Geschweigen eines sogenannten Arbeitgeberparagrafen verhindert. Durch einen solchen sollte die Ausnutzung der wirtschaftlichen Macht und Autorität als Vorgesetzter zum Zwecke der Willkürmäßigkeit von weiblichen Untergebenen zu Unmilitaritäten besonders bestraft werden. Bei Gelegenheit der Verabschiedung der 12. Zeige hatte das Zentrum zunächst einen solchen Paragrafen beantragt, ihn nachher aber wieder fallen. Die Sozialdemokratie, die den Antrag weiter verfolgt, bleibt damit allein. So verbannt es die Arbeiterinnen der Regierung und den Frommen, daß die Vorgesetzten sie als Freiwild betrachten können. Auch ein Musterbeispiel aus dem Staate der Gottesfurcht und frommen Sittlichkeit

Mila-Säle
 Schönhauser Allee 130, Milastr. 3.
 Jeden Dienstag,
 Donnerstag und Sonntag:
Kavalier-Ball
 bei großem Streichorchester.
 Tanz und Entree:
 Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.
 Vorzugskarten haben Gültigkeit.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr,
 Sonntags 5 Uhr.
Carl Eisner.

Die reellsten und billigsten
Möbel
 und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassapreisen und Zins-
 vergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-
 fabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger
 64L* Straße 5.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

H. Pfau, Bandagist
 Berlin Direksenstraße 20
 C.,
 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
 Polizeipräsidium. — Umst VII, 18709.
 Für Damen Frauen-Bedienung.
 Lieferant für alle Krankenhäuser.

Sofastoffe
 Preisenauswahl aller Qualitäten.
 Woll- Reste! Moquettes.
 Filzsch. Satteltaschen.
 Muster bei näherer Angabe
 franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.
 Oranienstr.

Tege-Hühner,
 garantiert junge, brüte Lege, 6/4.
 2/2, 3/2, empfiehlt **F. Wegner,**
 Berlin SO., Mariannenstr. 34

Würzburger Hühneraugenmittel
 von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Umstellung frei.
 Eine Probe für die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
 fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und tabischen
 Camphor.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
 In Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße 51. Grell-
 Apotheke, Sauerstraße 33. — München: Schützen-Apothek., — Stutt-
 gart: Hirsab-Apothek., — Dresden: Victoria-Apothek., 118/3

Carmen Sylva
 Cigaretten
 Beste Qualitäten

Stamen- und Franzbinderei
 von **Robert Meyer,**
 nur Mariannen-Straße 2.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 7. Februar.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Ein Schritt vom Meer.
Deutsches. Wieland. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
 Komische Oper. Langelot.
 (Anf. 8 Uhr.)
 Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Oper-Theater.
 Geschlossen.
Leffing. Die Ratten.
Romische Oper. Die Bohème.
Klein. Die verflixten Frauenzimmer. I. Klasse, Komische.
Neues Operetten. Die schöne Melba.
Neues Schauspielhaus. Des kleine Scholobradmädchen.
Berliner. Summelfstudien.
Westen. Die lustige Witwe.
Neues. Der G. m. b. H.-Tenor.
Teleson. Doppelter Abenteuer.
Reibens. Der kleine Mann.
Thalia. Die lustige Witwe.
Schiller. Die Ratten.
Se. Charlottenburg. Die Ratten.
Die Ratten.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Cyrano von Bergerac.
Volksoper. Trompeter von Säckingen.
 Anfang 8 1/2 Uhr.)
Lehrerhaus. Der unbekannte Lärger.
Ausstellungstheater. Meyer.
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Die Rosen des Herrn von Bredow.
Modernes. Der Heldermörder.
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Rote. Der Glücksschmied.
Herrnsieb. Eine verlorenen Nacht.
 Er, Sie und Er.
Hollis Caprice. Der Heldermörder.
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropole. Hurra — Wir leben noch!
Kasino. Rufe Wippen.
Albula. Spezialitäten.
Wasserg. Spezialitäten.
Boigt. Geschlossen.
Reise. Ein. Stetiner Sönger.
Gandouci. Spezialitäten. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Grand Ducapoli. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Spezialitäten.
Karl Sauerland. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr: Was uns der Mond erzählt.
 Anfang abends 8 Uhr: Professor Vater: Wärmekraftmaschinen.
Sternwarte. Spezialitäten. 51-52

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Was uns der Mond erzählt.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Prof. Vater: Wärmekraftmaschinen.
Kaiser-Panorama.
 1. Male: IV. Wanderung in Venedig. 2. Woche: III. Tour im südlichen Schwarzwald. Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf. Abonnements 1 M. Tausende Abona.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater G. (Wallner-Theater).
 Dienstag, abends 8 Uhr:
 Prinz Friedrich von Homburg.
 Schauspiel in 5 Akten v. G. v. Kleist.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
 Der Kaiser.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
 Der Bund der Jugend.
 Schiller-Theater Charlottenburg.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
 Die Fee Caprice.
 Lustspiel in 3 Akten v. C. Blumenthal.
 Ende 10 Uhr.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
 Nathan der Weise.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
 Der Himmel auf Erden.

Zirkus A. Schumann.
 Berlins größtes
 Vergnügungs-Etablissement.
 Dienstag, den 7. Februar,
 abends 7 1/2 Uhr:
 Neu! **Heros** Neu!
 außergewöhnlicher Artistenpaar.
 Neu! **Anton u. Grock**
 mit ihrem ganz neuen Musik. Akt.
Arconis, 4 Variationen,
 Schilberbreitbarobaten.
Dir. A. Schumann
 mit seinen neuesten Attraktionen sowie
Auftreten der übrigen Kunstkräfte.
Der große Coup
 8 1/2 Uhr. bei 8 1/2 Uhr.
Schmuggler.

Zirkus Busch.
 Dienstag, 7. Februar, abds. 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Abend.
 Erstes Auftreten der Tauchkünstlerin
Miß Serene Nord.
 Um jede Möglichkeit eines nochmaligen Bruches des von Miß Nord im Wintergarten gebrauchten Glasbassins auszuschließen, wird die genannte ihre Produkt. in d. großen Manege-Bassin des Zirkus zeigen.
 Premier: Herr Direktor Althoff, Frau Direktor Adele Althoff mit ihren eleganten Gesellschaften. — Käthe Sandwina, Lady Herkules. — Die Frodianis. — Mons. Amorus. — Frau. — Martha Mohrke, Schilberbreitbarobaten. — 3 Gebr. Fratellio, Ital. urkom. Clown. Um 9 Uhr: Sum 47. Male.
„Armin“
 Großes Volks-Manege-Schauspiel.
Königstadt-Kasino.
 Polmerstr. 72.
 Gänzlich neues Programm mit **Frau Sobanski.**
 Leop. Rosser, Elsa de Pianco, Geschwister Bernhardt, Miß Eugenie, The Blanke usw.
 Der krasche Kasperl. Voffe I. u. II. Soent. Anf. 8. Sonntag 6 1/2 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 9. Februar 1911:
Die goldene Eva.
 Lustspiel in 3 Akten von Schöndorff und Koppel-Greif.
 Ritter Hans v. Schmeigingen:
 Dir. Hans Reich.
 Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.
Herrnfeld Theater
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Zwei Schläger:
Eine verlorene Nacht.
 Er, Sie und Er
 mit Union und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.

Berliner Volksoper
 Bräse-Kilianerstraße 7/8. — 1/2 1/2 Uhr:
Der Trompeter v. Säckingen.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
 Dienstag, 7. Februar, abends 8 Uhr:
Graf Essex.
 Mittwoch 8 1/2 Uhr: Die Räuber.
 Abends: Cyrano von Bergerac.
 Donnerstag 8. erhemmal: Bühelml Teil. — Freitag: Holger.
Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Die Rosen des Herrn von Bredow.
 Mittwoch und Donnerstag: Das große Licht.
 Freitag Benefiz des Kaiserlichen 6. Ullig: Hund goldene Halb. Sonntagabend 4 Uhr: Kostüppchen. 8 Uhr: Durchgegangene Weiber.

Sport-Palast
 Potsdamer Straße 72-72a
Größter Eispalast der Welt.
Feerie „Karneval am Nordpol“.
 200 Eiskunstläufer x Prachtvolle Ausstattung. Unerreichbare Lichteffekte. x 2 Musikkapellen. Raum für 10 000 Personen. x Unterricht im Eislauf. **Vormittags-Konzerte.**
 Sonntags 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Brauerei Friedrichshain.
 Am Königsplatz. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Morgen, Mittwoch: Elitetag!
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
 50 Hauptgewinne. — Jeder Besucher erhält ein Los gratis. — Der reichste Gewinrer
Schorsch Ehrengruher
 mit seiner Truppe (50 Personen) aus München.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Paffierkarten haben volle Gültigkeit.

Excelsior-Lichtspielhaus
 Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße)
 Das neue Wochenprogramm vom 4.-10. Februar einschl.
Das Leichenbegängnis Paul Singers.
 Anfang: Sonntags 3 Uhr nachm., wochentags 6 Uhr abends.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr.
Sgr. Ordone
 der spanische Caruso.
 Schnelder-Duncker
 Les Vignacs
 u. d. kassale Febr.-Prog.
 14 neue Variété-Attraktion

Walhalla-Theater.
 (Hofentb. Tor.) Weinbergstr. 30
 Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
 Eine Wertvolle Neuheit.
 Sonntagabend 8 1/2 Uhr:
Unsero Don Juans.
 Kleine Preise.

Lessing-Theater.
 8 Uhr: Die Ratten.
 Mittwoch 8 Uhr: Anatol.
 Donnerstag 8 Uhr: Die Ratten.
Berliner Theater.
 Täglich 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Neues Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Der G. m. b. H.-Tenor.
 Mittwoch zum erhemmal: Mein erlandter Hühner.
 Donnerstag und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Theater des Westens.
 8 Uhr: Die lustige Witwe.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die geschlossene Frau.
Modernes Theater
 (früher Hobbeltheater).
 Abends 8 Uhr:
Doppelmann.
Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Parifer Menu.
 Drei Gänge von Georges Feydeau und Heber-Albie.
 1. Gang: 60 Meter über Paris.
 2. Gang: Eine Rockförmung, 1 Akt von Georges Feydeau.
 3. Gang: Nach dem Menschenhölle, 1 Akt von Georges Feydeau.
 Sonntag, den 12. Februar, nachm. 3 Uhr: Summere Tisch um Anette.
Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Der unbekannte Tänzer.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Der Glücksschmied.
 Volkstheater in 5 Akten von Odner und Spanuth-Vodensicht.
 Mittwoch, Sonnabend: Herberhaum u. Betrefflich. Donnerstag: Don Carlos. Freitag: Der Glücksschmied.
Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
 Große Ausstellungsbrosur in 7 Bildern v. G. Freund. Musik v. G. Holländer. In Szene gesetzt von Dr. H. Schulz. Anfang 8 Uhr. Karten gestatt.

Arnold Scholz **Neue Welt** **Hasenheide 109-114**
 Dienstag, den 7. Februar 1911:
Elite-Tag!
Prämierung der längsten bunten Weste.
 3 bare Goldpreise: 50, 30, 20 Mark.
 Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
 Anfang 7 Uhr. 5 Kapellen. Entree 30 Pf.
Voranzeige!
 Donnerstag, den 9. Februar 1911:
Prämierung d. längsten gefährlichen Hutnadel mit Verschluss.
 3 bare Goldpreise: 50, 30, 20 Mark.
 Dienstags, Donnerstags und Sonntags: **Großer Ball.**

Passage-Panoptikum.
 Die Sensation des Tages!
Das sprechende Pferd
 „Hänschen“
 Lobend! Lobend!
Das blaue Weib
 u. die ander Schau-Attraktionen.
 Ohne Extra-Entree!
 Eintritt 50 Pf., Kind, Soldat 25 Pf.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluß, neu!
Kuhliches Variété-Theater.
 Bursche von Neapel.
 Anfang wochentags 8 Uhr
 Sonntags 7 Uhr.

Theater des Weddings
 Lichtspiel-Palast
 Müllerstr. 182/183 — Sellenstr. 85
 u. a.:
Die Hand von Beary.
 Das Drama des Maschinisten.

Apollon Theater
 Abends 8 Uhr:
 Ein sensationeller Erfolg:
Max Waldon?
 Techn. Maa's
8 heilige Chaugusen 8
 8 1/2 Uhr:
Lachen! Lachen! Lachen!
Otto Reutter.

WINTERGARTEN
 Die berühmte chinesische Tragödie
Md. Chung
 mit ihrem chines. Schauspiel-Ensemble
 „Im Reiche des Drachens“
 Chines. Schauspiel (nach einer alten Legende) in 3 Akten.
 sowie das
drollige Faschingsprogramm.

Walhalla-Theater.
 (Hofentb. Tor.) Weinbergstr. 30
 Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
 Eine Wertvolle Neuheit.
 Sonntagabend 8 1/2 Uhr:
Unsero Don Juans.
 Kleine Preise.

Casino-Theater
 Volbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Das Original Berliner Volkstheater
Julie Wippen.
 Ueberlauer Humor! Ueberlauer Tapen!
 Am Stille der edel. Wallner-Bühne.
 Vorher erkräftigter bunter Teil.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: Maß und Liebe.

Theater Sanssouci
 Hochbahnstation Köpenicker Tor.
 8 Uhr:
Die von da drüben.
 Große Gesangspreise von 2. Kap. Puffel von Schottland.
Grete Gallus Paul Förster.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.
Volgt-Theater
 Geländebrosuren, Vahstr. 38.
 Dienstag, 7. Februar, Schauspiel in Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 148:
Robert der Teufel
 oder: Die Stimme v. Burgund.
 Komisches Schauspiel in 3 Akten.
 Kaffeneröffnung 7. Anfang 8 Uhr.

Bosporus
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Variété und Boeklertrübel
 bis 2 Uhr nachts.
 Mittwoch, den 8. Februar 1911:
 Prämierung d. schicksten **Damenhutes.**

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluß, neu!
Kuhliches Variété-Theater.
 Bursche von Neapel.
 Anfang wochentags 8 Uhr
 Sonntags 7 Uhr.

Walhalla-Theater.
 (Hofentb. Tor.) Weinbergstr. 30
 Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
 Eine Wertvolle Neuheit.
 Sonntagabend 8 1/2 Uhr:
Unsero Don Juans.
 Kleine Preise.

Theater Sanssouci
 Hochbahnstation Köpenicker Tor.
 8 Uhr:
Die von da drüben.
 Große Gesangspreise von 2. Kap. Puffel von Schottland.
Grete Gallus Paul Förster.

Berliner Uik-Trio.
 Felix Schoner
 Stralendorstr. 1
 Nur den Inhalt der Zinere übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Berliner Uik-Trio.
 Felix Schoner
 Stralendorstr. 1
 Nur den Inhalt der Zinere übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Görlitzer Viertel.
Bezirk 221, Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unsere Genossin, der Vergolder
Jean Schindling
Reichenberger Straße 122
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 8. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Jakobikirchhofes, Ver-
waltung, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten hierdurch die
traurige Nachricht, dass in der
Nacht vom 4. zum 5. Februar
mein herzlich geliebter Mann,
der Handwerksmann
Otto Plath
nach kurzem, aber schwerem Leiden
im Alter von 49 Jahren sanft
entschieden ist.
Um stille Teilnahme bitte!
Anna Plath.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 8. d. Mts., um
9 Uhr, von der Leichenhalle in
Friedrichshofe aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Den Mitgliedern hiemit zur
Kenntnis, dass unser Mitglied,
der Handwerksmann
Otto Plath
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 8. d. Mts., um
9 Uhr, von der Leichenhalle in
Friedrichshofe aus statt.
Um zahlreichere Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Vergolder
Jean Schindling
am 2. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 8. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des neuen Jakobikirchhofes in
Friedrichshof, Verwaltung, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Töpfer
Deutschlands.** **Filla
Berlin.**
Den Mitgliedern hierdurch die
traurige Nachricht, dass der
Kollege
Richard Schulze
(Bezirk Schönberg)
am Freitag, den 3. Februar, im
Alter von 85 Jahren an der
Lungenentzündung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 8. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des neuen Jakobikirchhofes in
Schönberg, Verwaltun-
gen, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Für die rege Beteiligung, ins-
besondere für das Erscheinen seiner
kennlichen Arbeitskollegen bei der
Beerdigung unseres lieben Onkels,
des Tischlers **Gustav Schlutte**
sagen wir unseren herzlichsten Dank.
75 **Gebrüder Schlutte.**

**Zentral-Kranken- und Sterbe-
kasse d. deutschen Wagenbauer**
Berlin 10.
Am 3. Februar starb unser
langjähriges Mitglied
Theodor Stübling.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Feuerhalle in Dönhofs-
platz.
Um rege Beteiligung ersucht
237/3 **Die Ortsverwaltung.**

Nach langem, schwerem Leiden
verstarb am Freitag, den 7. d. Mts.,
unser Kollege, der Schriftführer
Robert Kirschner
im 50. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienst-
tag, nachmittags 3 Uhr, von
Krausenstraße 6, aus statt.
Die Kollegen d. Hofbuchdruckerei
Julius Sittenfeld.

Allen Bekannten teilen wir hier-
durch mit, dass unser Onkel
Herr Max Friedrich jun.
am 4. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr,
nach kurzem, schwerem Leiden ver-
storben ist.
**Das Betriebspersonal
der Firma A. Friedrich,**
Reichenberger Str. 3/4.

Frauen und Herzens stehen wir
an der Bahre unseres verehrten
Onkels
Herrn Hermann Trost,
den der Tod im 70. Lebensjahre
nach längerem, mit Geduld er-
tragenem Leiden am 5. Fe-
bruar von uns nahm. Freund
und Berater ist er uns gewesen
und nie verlagte sein Interesse an
dem Wohlergehen jedes einzelnen
seiner Angehörigen. Sein biederer
Sinn und sein stets demüthiges
Wohlwollen sichern ihm ein
dauerndes Andenken.
Das Personal der Firma
Trost & Huninger,
Landsberger Str. 11.
Die Beerdigung findet am Mit-
woch, den 8. Februar, nachmittags
4 1/4 Uhr, von der Halle des Frei-
willigen Friedhofs, Pappel-
allee 15/17, aus statt. 125

Sonntag, den 6. d. Mts., ent-
scheidend sanft nach kurzem, schwerem
Leiden meine innig geliebte Frau
Else Mierke
geb. Michaelis 29032
im Alter von 24 Jahren.
Um stille Theilnahme bitten.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Mit-
woch, den 8. d. Mts., nachm. 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Seid-
femans-Richthofes aus statt.

Dankagung.
Für die rege Teilnahme und Kranz-
spenden bei der Beerdigung unseres
lieben Vaters, Schwiegervaters und Groß-
vaters **Ernst Wittig** sagen wir
allen Beteiligten sowie dem Kohlen-
händler-Verein im Norden Berlins
unseren herzlichsten Dank. 29312
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die herzliche Teilnahme und
reichen Kranzspenden beim Begräbnis
meines lieben Vaters
August Herold
sagen wir allen Teilnehmern sowie
insbesondere dem Wahlverein Hohen-
Reinendorf unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Krafft-
Rotwein**
Fl. 150
u.
200
**Feurig-
Süsser**
Santalucia

Der berühmte Professor v. Liebig sagt,
dass **Wein als Stärkungsmittel** keinem
anderen natürlichen Produkt über-
oder künstlichen **Produkt** boten
werden könne, wenn es gilt, er-
schöpftes Lebensgeistes wieder herzu-
stellen, er **erfrischt und bringt die**
Lebenslust bei Schwermut er be-
seitigt und reguliert die **schütze**
Störungen im Körper und **Erkrankungen.**
Ihn vor zufälligen **Erkrankungen.**

Hochwald
Villen und Landbaustellen
An **Schützenhaus
Hohen-Neuendorf**
(Nordbahn)
Rute 12 Mark an 10%, An-
zahlung, Tilgung des Restes
in 10jähr. Raten. Kein Bau-
zwang. Sommer- und Ferien-
häuser 800 M. Eigenheime
5000 M. an 1 2500 M.
Illustr. Broschüre gratis!
Berlin NO. 43
Wollenberg, Neue Königstr. 71.
Fernspr. VII, 3039

Stempel-Druck
von
Robert Hecht,
Berlin S.,
Cranichstr. 142.
Liefert schnell und
billig alle Arten
Stempel
in bester
Ausführung
Kautschuk-Typen „Perfekt“
zum Ganzmeistlichen einzelner Wörter
sowie ganzer Sätze von 1.50 Mk. an

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet, zweifelhaft
Fäll. durch wissenschaftl. Untersuchung.
Sofort: bezgl. Darm- (bes. auf
Gonorrhoe-Fäden) u. Sputum-Analysen.
Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, im Kronen- und
Robenkühnen, I. 8794. Vert. Rüdiger
bistfr. u. telefon. Gedruckt von 8-9
Sonntags von 12-1.

**Pollmanns
Bandagen**
Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummwaren etc.
Berlin N., Lohdringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.
Eigene Werkstatt.

Schallplatten
Verleih-Institut.
Versand auch nach auswärt.
Prospekt gratis und franko.
Karl Borbu, Berlin 50,
Neue Königstraße 39.

„Vorwärts“-Leser aufgepaßt!
Monatsgarderobe
kauft man in der
Pfandleihe Prinzen-Str. 34
1 Treppe (Erdgeschoss) wie allbekannt
**Fadettanzüge, Rock-
anzüge, Paletots, Gosen**
für jede Figur passend.

Danksagung.
Für die so überaus zahlreichen Beweise der Liebe und Ver-
ehrung für meinen mir unvergeßlichen Bruder
Paul Singer
sage ich hiermit all den Tausenden von Teilnehmern meinen herz-
lichsten Dank.
Insbesondere danke ich dem verehrten Parteivorstand der sozial-
demokratischen Partei, der Reichstags- und Landtagsfraktion, dem
Zentralvorstand von Berlin, den zahlreichen Deputationen aus Deutsch-
land und dem Auslande. Ebenso danke ich dem Herrn Oberbürger-
meister Kirschner, dem Herrn Bürgermeister Dr. Reicke, dem Herrn
Stadtverordneten-Vorsteher Michelot, dem Herrn Stadtverordneten-
Vorsteher-Stellvertreter Cassel, sowie allen Herren Magistrats-
mitgliedern und Stadtverordneten, die durch ihre Beteiligung am
Begräbnis meines Bruders ein letztes Zeichen ihrer Anerkennung aus-
drückten. Ferner danke ich den Herren Molkenbühr, Fischer und den
anderen Rednern für ihre so warmen Worte am Sarge.
Wenn mir bei meinem schmerzlichen Verluste eines als Trost
dienen kann, so die überwältigende Kundgebung, die mir ein Beweis
ist, daß das Wirken meines Bruders unvergessen bleiben wird.
Heinrich Singer.

Hosen-Woche
Dauer bis 12. Februar
Dauer bis 12. Februar

Ausnahme-Angebote
frischer moderner Hosen
bedeutend unter sonstigen Preisen

Serie I	Kammgarnart mit schmalen u. breiten Streifen	Sonstiger Preis 4 Mk. jetzt	2.95 Mk.
Serie II	Dunk. u. hellgestr. Buckskin	Sonstiger Preis 6 Mk. jetzt	4.50 Mk.
Serie III	Gestreifte Cheviots sehr haltbar.	Sonstiger Preis 7 Mk. jetzt	5.50 Mk.
Serie IV	Kammgarn-Cheviot sehr vornehm Oehrohose.	Sonst. Pr. 8 Mk., jetzt	6.00 Mk.
Serie V	Cheviot u. Kammgarn livel. Streif., sehr vol.	Sonst. Pr. 9 Mk., jetzt	7.50 Mk.
Serie VI	Kammgarn vornehm gestreift, Ersatz für Maß	Sonstiger Preis 12 Mk. jetzt	10.50 Mk.

Große Posten Knaben-Hosen
Für das Alter von 3-8 Jahren durchweg 60 Pf.
Für das Alter von 8-14 Jahren durchweg 1.9 Mk.

Baer-Sohn
Kleider-Werke
Deutschlands größte Fabrik der Branche.
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10
Der Preis-Katalog No. 40 u. der Hand-Katalog No. 41 kostenfrei.

Salem Gold
Cigaretten
Etwas für Sie!
№ 4, 5, 6, 8, 10
Preis 4, 5, 6, 8, 10 Pfg. a. St.
Orient. Tab. u. Cigaretten-Fabr.
„Yenidze“
Fab. Hugo Zietz, Dresden
Erhältlich in den Cigarrengeschäften wo dieses Plakat sichtbar ist!



Engelhardt
Deutsch-Pilsner
Erstklassiges Spezial-Bräu
Flasche 10 Pf.
Überall käuflich.

Master-Coupons-Resie.
wunderbare Frühjahrs-Neuheiten für
Anzüge, Ulster, Kostüme etc., Maß
3., 4., 5., Sozialwaren-Läden,
empfehlen für Wäsche-Poliermaschinen
1.50, 2., Tuchlager Gertruden-
straße 20-21, Koch & Seeliger, Ge-
sellschaft m. H., erbs- u. d. Petrikirche.

10 Mark
monatliche Teilzahlung, liefert elegante
Herrengarderobe nach Maß
J. Tomporowski, Emdenstr. 110,
(Wulge Breite.) Nähe 10 u. Radstr.
auch engl. Damenkleidung u. Pellets.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Drahg.
Zer. Eleg. Hand. Gehr. 2
1/20, 1/20, 1/20, 1/20, 1/20.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Heute, 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr,

General-Versammlungen der sechs Berliner Wahlvereine.

1. Wahlkreis.

Dräsel, Neue Friedrichstr. 35.

Tages-Ordnung:

1. Vorstands- und Kassendbericht.
2. Kommissionsberichte.
3. Vortrag des Genossen Düwell.
4. Verschiedenes.

2. Wahlkreis.

Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsberichte.
2. Partei- und Vereindangelegenheiten.

3. Wahlkreis.

Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsberichte.
2. Bestätigung der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
3. Verschiedenes.

4. Wahlkreis.

Keller, Kopenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Vorstands-, Kassen- und Revisionsbericht.
2. Anträge zur Verbands-Generalversammlung.
3. Bestätigung der Delegierten.
4. Verschiedenes.

5. Wahlkreis.

Königs-Säle, Wadjeck, Ecke Neue Königstraße.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsberichte.
2. Unsere Reichstags-Kandidatur.
3. Bestätigung der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
4. Partei- und Vereindangelegenheiten.

6. Wahlkreis.

Moabiter Gesellschaftshaus,
Wickestraße 24.

Tages-Ordnung:

1. Bestätigung der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
2. Bericht des Vorstandes und Kassendbericht.
3. Bericht der Revisoren.
4. Aufstellung des Kandidaten zur Reichstagswahl.

Mitgliedsbuch des Wahlvereins legitimiert zur betreffenden Versammlung.

Zahlreiches Erscheinen erwarten

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III. 1289. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III. 1987.

Mittwoch, den 8. Februar, abends 6 Uhr, im großen Saale der Kronenbrauerei,
Alt-Moabit 47/48;

Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Streik bei der Firma Siemens-Schuckert und die Polizei.
2. Diskussion.

Metallarbeiter! erscheint in Massen, um gegen die Maßnahmen der Polizei Protest zu erheben.

Die Ortsverwaltung.

11/12

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin O., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Amt III. 2438.

Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.**

Geschäftszeit täglich von 10 1/2 - 1 Uhr mittags. Der Vorstand.
Kopien vom größten bis kleinsten Orchester stehen jedermann zur Verfügung.
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 1. Quartal gratis u. muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Die Vorstände.

Bekanntmachung
der
Orts-Krankenkasse
für den
Gewerbebetrieb d. Kaufleute,
Handelsleute u. Apotheker.

Die von der ordentlichen Generalversammlung vom 14. November 1910 beschlossene fünfte Änderung zum Statut hat durch Beschluß vom 17. Januar 1911 die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten und tritt am 12. Februar 1911 in Kraft.

Demnach erhält § 12 Absatz 9 folgende Fassung:
"Jedes Kassenmitglied wird auf Grund seines Arbeitsverdienstes der entsprechenden Lohnklasse zugeteilt. Bei verändertem Arbeitsverdienst treten die dadurch bedingten Veränderungen in eine höhere oder niedrigere Lohnklasse mit dem Tage der Änderung in Kraft."

Der gegenwärtige Absatz 10 fällt fort.

Der gegenwärtige Absatz 11 wird Absatz 10.

§ 23 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"In Fällen dieser Art wird die Unterstützung nach den Bestimmungen des § 6 Absatz 1 in Verbindung mit denjenigen des § 20 Absatz 1 des Krankenversicherungsgesetzes gewährt."

Verhaltensregeln für erkrankte Mitglieder. Dieser § fällt fort.
Der Vorstand. Ed.
Richard Nürnberg, Vorsitzender.
Jonas Stahl, Schriftführer.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zarenba.
Weinbergsweg 1. dir. a. Rosenthaler Str.
Erläut. Billigste Bezugsquelle!
Versuch f. zur dauernden Kundenschaft.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Am Donnerstag, den 9. Februar 1911, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

bei Hoppe, Hermannstraße Nr. 49.

Tagesordnung:

Die Umänderung der Unterstützungsätze in der Zahlstelle Rixdorf.

Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**
Amt 4, 3014.

Arbeiter-Stenographen!

Alle Vereine und einzelne Schriftgenossen, die geneigt sind, mit uns einen **Internationalen Arbeiter-Stenographenbund** (Vereinigung aller Systeme) zu gründen, bitten um Angabe ihrer Adresse.
Internationales Arbeiter-Stenographenverein „Vorwärts“ zu Leipzig.
Fritz Kretschmer, Leipzig, Altenburger Straße 40 pt.

20 Säle und Vereinszimmer

mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie 8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen (auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.

Sophien-Säle

Pracht-Säle Alt-Berlin

C. 54, Sophienstr. 17-18

Blumenstr. 10

Tel. III 2783

Tel. VII 3095

Inhaber: Paul Baatz.

Erste Bettfedern-Fabrik

mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S., Prinzen-Straße 46 und 47

Besonders empfehlenswerte Bettentüllungen sind:
Echt chinesische (gesetzlich geschützt)

Monopoldaunen

Pfund M. 2,85.

Echt russische (gesetzlich geschützt)

Matadordaunen

Pfund M. 3,50.

Von diesen beiden Sorten genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett.

Bettfedern

zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00, 3,50 bis 6,00 M. pro Pfund.

Daunen

zu 2,85, 3,50, 4,50, 5,00, 5,50, 6,50 bis 9,00 M.

Fertige Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett und 2 Kissen
zu 12, 15, 19, 24, 28, 31,50, 45, 54, 61, 75, 90 bis 120 M.

Bettinlette

vom Stück das Meter zu 0,50, 0,75, 0,90, 1,00, 1,20, 1,50, 1,70, 2,10, 2,40, 2,85, 3,60 bis 4,50 M.
Fertig genäht zu gleichen Preisen wie vom Stück.

Bettbezüge

bestehend aus Oberbett u. 2 Kissen
zu 4,50, 5,00, 6,00, 7,50, 9,00, 11,00, 13,00, 18,00 M.

Bettlaken

zu 1,10, 1,35, 1,75, 2,25, 3,50, 4,50, 6,00 M.

Steppdecken

mit Watte- und Wollfüllung zu 3,50, 4,50, 5,25, 8,00, 12,00, 16,00, 18,00 M.

Daunen-Steppdecken

gefüllt mit prima federfreien Daunen
zu 22,00, 26,00, 31,00, 34,00, 42,00 M.

Schlafdecken

in Wolle und Baumwolle
zu 2,00, 2,75, 3,65, 4,50, 6,50, 8,50, 11,00, 15,00, 19,00, 22,00, 25,00 M.

Metal-Bettstellen

zu 5,00, 7,50, 9,50, 11,00, 14,50, 16,50, 18,00, 20,50, 22,50, 24,00, 25,00, 28,00, 30,00, 34,00 bis 175 M.

Umsatz im Jahre 1910

3000

Zentner

Bettfedern und Daunen.

Von keinem anderen Geschäft, das an Private liefert, auch nur annähernd erreicht.

Größtes Spezial-Geschäft Deutschlands.

Aufarbeiten von Betten und Bettfedern.

Handlungsgehilfen!

Wählt am 12. Februar,
10 bis 3 Uhr:

Liste 3.

Ein schweres Eisenbahnunglück

Hat sich gestern morgen im Vorortverkehr am Bahnhof Baumschulenweg unmittelbar an der Ausfahrt nach Berlin zugetragen. Bei einem Zusammenstoß zweier Züge wurden in zwei zertrümmerten Wagen neun Personen schwer und sehr viele leichter verletzt.

Fünf Minuten vor 6 Uhr fuhr der fahrplanmäßige Personenzug 3003, der zwischen dem Potsdamer Bahnhof und Niederschöneweide verkehrt, dem Stadtbahnzuge 1330, der von Niederschöneweide nach Berlin auslief, gleich hinter Wladstation und Stellwerk des Bahnhofs in die Planke. Die Wucht des Zusammenpralls war so groß, daß vier Wagen aus dem Gleise flogen. Die Wagen dritter Klasse 3445 und 1393 überschlugen sich und rollten die fünf Meter hohe Böschung hinab. Von den Wagen zweiter Klasse 1894 und 1870, hinter denen

sie eingekoppelt liefen, blieb einer auf der Böschung und der andere, der ihn noch hielt, oben liegen. Der Baum, der unten die Störstraße von dem Bahndamm trennt, wurde umgerissen, obwohl seine Pfähle aus starken Bahnschwellen bestanden. Die Wagen zweiter Klasse scheinen leer gewesen zu sein, wenigstens hat sich aus ihnen bisher kein Verletzter gemeldet. Dicht besetzt waren dagegen die Wagen dritter Klasse, besonders mit Arbeitern und Arbeiterinnen, die ihre Fabriken oder sonstigen Arbeitsstellen aufsuchten. Ein furchtbares Geschrei erhob sich aus den zertrümmerten Wagen. Die Bewohner der benachbarten Häuser riefen sofort die Sanitätskolonne und die Feuerwehr vom Baumschulenweg, während die Station Hilfszüge vom Schlesienschen und Görlitzer Bahnhof und Personal von den benachbarten Stationen herbeiholte. Unterdessen entließen die unverletzt gebliebenen Fahrgäste, meistens Arbeiter, den Zügen und machten sich sofort an die Rettung der Verunglückten. Die verbogenen Türen mußten zum Teil mit Äxten zerschlagen werden,

dige Gefahrenquelle, weil dem Lokomotivführer des aus der Tiefe zwischen den beiden Bahnkörpern der Stadtbahn heraufkommenden Rixdorfer Zuges der freie Ausblick fehlte und ihm leicht ein Irrtum bezüglich der oben nebeneinanderliegenden verschiedenen Signale unterlaufen kann. Der Anstoß von der Weiche bis an die beiden Gleise ist so kurz, daß der Lokomotivführer, selbst wenn er bei dem Durchfahren der Weiche die falsche Stellung bemerkt, einen Zusammenstoß nicht mehr verhindern kann, weil fast im gleichen Augenblick, wenn die Lokomotive die Weiche passiert hat, sie auch schon auf den anderen Zug stößt.

Eine amtliche Meldung von gestern Abend besagt, daß die Schuldfrage ziemlich geklärt ist, und daß als der Schuldige an dem Unfall der Lokomotivführer des vom Potsdamer Bahnhof kommenden Zuges in Frage kommt. Dieser hat das Haltesignal überfahren und ist dem anderen Zuge in die Planke gerannt. Die Zahl der Leichtverletzten hat sich inzwischen auf 27 erhöht, da sich noch mehrere Personen gemeldet haben. Der Verkehr wurde um 12 Uhr 15 Minuten wieder aufgenommen.



Samt man an die Verletzten herankommen konnte. Diese wurden dann an Ort und Stelle von den Ärzten der Hilfszüge verbunden. Müllschalen auf den Wagenkrümmern und auf dem Wege nach der Station zeugten von der Größe des Unglücks. Die Schwerverletzten wurden, nachdem sie einen Verband erhalten hatten, nach den benachbarten Krankenhäusern gebracht. Es sind nach den bisherigen Feststellungen

- Schlosser Albert Hermann aus der Georgstraße 10 zu Adlershof,
 - Arbeiter Gustav Hundt aus der Frischenstraße 8 zu Oberschöneweide,
 - Dienstmädchen Ida Matern vom Weinbergsweg 1 zu Berlin,
 - Arbeiter Otto Wegner aus der Wilhelmshofstraße 41 zu Oberschöneweide,
 - Schlosser Fritz Thorgow aus der Kalespstraße 8 zu Oberschöneweide,
 - Arbeiter Max Wegner aus der Deulstr. 8 zu Oberschöneweide,
 - Arbeiter August Schulz aus der Friedenstraße 82 zu Berlin,
 - Wilhelm Rood aus der Kurfürstenstraße 7 zu Grünau und
 - Richard Fischer aus der Frischenstraße 12 zu Oberschöneweide.
- Die Leichtverwundeten konnten zum Teil allein nach Hause gehen, zum Teil mußten sie dorthin gebracht werden, nachdem sie einen Verband erhalten hatten. Festgestellt wurden von ihnen bisher Karl Hoffmann aus der Frischenstraße 4 zu Oberschöneweide, Hermann Wollon, Emil Hädner aus der Hoffmannstraße 10 zu Oberschöneweide, Karl Hiesche aus der Köpener Straße 89 zu Grünau, Hermann Heise aus der Klarastraße 4 zu Oberschöneweide, Franz Müller aus der Luisenstraße 3 zu Oberschöneweide, Arbeiter Albert Lehmann aus der Kaiser-Wilhelmstraße 13 zu Adlershof, Richard Störich aus der Deulstraße 10 zu Oberschöneweide, Paul Teuer aus Haffelwerder Straße 9 zu Niederschöneweide, Lokomotivführer Bech von der Betriebswerkstätte zu Lichtenberg, Maurerpolier Genzke aus Oberschöneweide und Arbeiterin Berta Schulz aus der Siemensstraße 23 zu Oberschöneweide. Die Zahl der Leichtverwundeten ist damit nicht erschöpft, denn es melden sich immer noch mehr Leute, die diese oder jene Verwundung davongetragen haben. Auf der Unglücksstelle erschien auch alsbald der Eisenbahnpräsident Müllin mit den Regierungsräten Schwarz, Denike, Fischer und anderen Beamten der Direktion. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen soll

wohner der an der Görlitzer Bahn liegenden Vororte betteln müssen, ehe die Verbindung von der Stadtbahn ab Baumschulenweg über Rixdorf nach dem Potsdamer Bahnhof hergestellt wurde. Der Bahndamm war schon seit Jahren fertig, dann aber kam die Sache zum Stillstand, angeblich, weil es an rollendem Material fehlte. Als man endlich an die Fertigstellung der Anlage ging, wurde wieder getnaufert, indem die Linie von Baumschulenweg bis Rixdorf nicht zweigleisig, sondern nur eingleisig hergestellt wurde. Da es sich nur um eine verhältnismäßig kurze Strecke handelte, würde der zweigleisige Ausbau nur geringe Mehrkosten verursacht haben, besonders da die Unterführung unter den Gleisen der Görlitzer Bahn und dem Gleise der von Berlin kommenden Stadtbahn bereits für zweigleisigen Betrieb gebaut ist, also nur eine zweite Schienenlage nötig gewesen wäre. Bei der gegenwärtigen Anlage müssen sowohl die von Baumschulenweg nach Rixdorf fahrenden, wie die von dort kommenden Züge das gleiche Gleis benutzen. Kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof Baumschulenweg besitzt das Rixdorfer Gleise, wie aus der Skizze ersichtlich ist, eine Doppelweiche, durch welche der Anschluß



in der Richtung nach und von Grünau hergestellt wird. Wären zwei Gleise für die Rixdorfer Linie vorhanden, so würde das eine für die von Rixdorf kommenden Züge, um Anschluß an die in der Richtung nach Grünau liegenden, das andere nur Anschluß an die von Grünau kommenden Gleise bedürftigen. Ein Gegeneinanderfahren der Züge, wie es bei dem Unglück am Montag früh eingetreten ist, wäre damit ausgeschlossen. Der von Rixdorf kommende und um 5 Uhr 57 Minuten von Baumschulenweg in der Richtung nach Grünau weiterfahrende Zug fuhr den um 5 Uhr 53 Minuten in der Richtung nach Berlin fahrenden Zug in die Planke. Bei dem Zusammenstoß wurden die Karren eines Wagens zweiter und eines Wagens dritter Klasse von ihren Radgestellen gehoben, worauf sie den Bahndamm bis an die Umzäunung hinabrutschten.

Wie immer bei solchen Vorgängen stehen sich die Behauptungen des Lokomotivführers und des Stellwerkführers einander gegenüber. Der Lokomotivführer behauptet, das Signal habe freie Fahrt gestanden, der Stellwerkführer bestreitet es. Hätte die Doppelweiche so gestanden, daß sie für den Rixdorfer Zug den Anschluß in der Richtung nach Grünau vermittelte, dann würde, selbst wenn der Lokomotivführer des Rixdorfer Zuges, entgegen dem auf Halt stehenden Signal eingefahren wäre, doch kein Unglück passiert sein, weil sich um die Zeit, in welcher der Rixdorfer Zug fällig ist, kein anderer Zug auf dem nach Grünau führenden Gleise befindet. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß dem letzten Zuge, der 5 Uhr 30 Minuten früh vom Bahnhof Baumschulenweg nach Rixdorf geleitet wird, die Doppelweiche in dieser Stellung stehen geblieben ist, der Stellwerkführer, der zu gleicher Zeit die Signale für Zweige zu stellen hat, dies übersehen und dem fälligen Rixdorfer Zuge Einfahrt freigegeben hat, ohne daß die Weiche umgelegt wurde. Es ist aber auch möglich, daß der Lokomotivführer sich im Signal geirrt hat. Bei doppeltem Gleise wäre, wie bereits bemerkt, das Unglück unmöglich gewesen. Die gegenwärtige Anlage bildet schon deshalb eine stän-

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Auf die in der heutigen Annonce angezeigten Generalversammlungen der sechs Berliner Kreise machen wir nochmals aufmerksam und eruchen um Erscheinen der Genossen und Genossinnen.

Die für Sonntag, den 12. Februar, geplanten Massenversammlungen fallen an diesem Tage aus.

Der Aktionsausschuß.

Johannisdahl. Morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Pablabend bei Sentleben, Friedrichstr. 48. Der Vorstand.

Bohnisdorf. Am Mittwoch, den 8. d. Mis, abends 8 1/2 Uhr, in „Villa Kohl“ Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Groger über: Die politische Lage und die gegnerischen Parteien. 2. Diskussion. 3. Vierteljahrsbericht des Kassierers. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Vorträge werden vor Beginn der Versammlung in Empfang genommen. In dieser Versammlung wird die Kontrolle über die gewerkschaftliche Zugehörigkeit der Mitglieder fortgesetzt. Der Vorstand.

Französisch-Buchholz. Morgen, Mittwoch bei Käthe, Berliner Straße: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Potsdam. Im Monat Februar fällt die Wahlvereinsversammlung aus. Die Genossen werden erucht, am Mittwoch den 4. Abend des Ausfalls über das Erfurter Programm (Steuerpolitik) bei Wilhelm, Beizuwohnen. Anfang kurz nach 8 Uhr. Eintritt 10 Pf.

Berliner Nachrichten.

Fürsorgeerziehung und Familienbände.

Die Fürsorgeerziehung greift tief in das Familienleben ein. Sie reißt die Kinder von den Eltern, hält sie ihnen fern auf Jahre, auf Jahrzehnte manchmal, entnimmt ihnen den Sohn oder die Tochter vielleicht für das ganze Leben. Das Gesetz, das da ausgeht, kennt kein Erbarmen, Erbarmen selbst gegenüber dem nicht, der ohne eigene Schuld in dieses Leid verstrickt wurde. Auch dem ungeratenen Kinde wird von den Eltern, die es sich abnehmen lassen mußten, noch sorgende Liebe bewahrt. Auch für untaugliche Eltern behält doch ein Kind, das ihrem Einflußbereich entzogen werden mußte, noch das Gefühl der Anhänglichkeit. Aber gegenüber dem Zweck der Fürsorgeerziehung gelten die Familienbände nicht, gilt nichts das Recht der Eltern auf ihre Kinder, nichts das Recht der Kinder auf ihre Eltern. Von dem schweren Herzleid, das die Ueberweisung eines Kindes in Fürsorgeerziehung über eine ganze Familie bringen kann, vermag der Fernstehende sich kaum eine rechte Vorstellung zu machen. Sicherlich fehlt sie zum Teil denen, die gegen ein Kind die Fürsorgeerziehung beantragen, wahrscheinlich oft auch denen, die die Fürsorgeerziehung beschließen, vielleicht nicht selten sogar denen, die die Fürsorgeerziehung ausführen. Wir sind sehr häufig in die Lage gekommen, die bitteren Klagen von Eltern anzuhören, deren Kind man in Fürsorgeerziehung getan hatte. So manchen schweren Kampf, den eine Mutter oder ein Vater in heißen Ringen um die Wiedererlangung eines Kindes durchzulämpfen suchte, haben wir mitangesehen. Dabei sind Vorurteile zu unserer Kenntnis gelangt, gegenüber denen wir mit den Eltern in der Tat fragen mußten, ob da nicht das durch den Zweck der Fürsorgeerziehung gegebene, pflichtgemäße Bestreben, die Kinder den Eltern fernzuhalten, mit einer ganz unbilligen Strenge und Härte gepaart war.

Geradezu Unbegreifliches wird uns über das Schicksal eines Fürsorgeerzögling der Stadt Berlin mitgeteilt, der bisher sich in der Obhut des Rettungshauses zu Königsberg (i. d. Neumark) befunden hatte. Der jetzt im 16. Lebensjahre stehende Sohn eines Ehepaars P. aus Berlin war seit Anfang vorigen Jahres in Fürsorgeerziehung, weil er unregelmäßig gearbeitet und sich einem Wummelleben ergeben, gelegentlich auch Bettelerei getrieben und Unredlichkeiten begangen hatte. Gegen Ende des Jahres entstand bei den Eltern in Uebereinstimmung mit ihrem Sohne der Plan, ihn zur See gehen zu lassen. Sie meinten aber, daß es seinem Fortkommen dienlicher wäre, wenn er nicht von der Anstalt, sondern von der Familie auf ein Schiff gebracht würde. Ihre Erwartung, daß man zu diesem Zweck ihnen den Jungen — sie trugen diese Bitte auf dem Bureau der Waisenverwaltung vor — freigegeben werde, erfüllte sich nicht. Eines Tages kam von dem am Berliner Untersuchungs-Gefängnis angehefteten Pastor Dieckel, der auf dem Gebiet der Jugendfürsorge tätig ist, an Herrn P. die Benachrichtigung, daß Pastor Dieckel beauftragt sei, den Jungen zur See zu bringen. In dem Schreiben wurde P. als Vater aufgefordert, schriftlich seine Einwilligung hierzu zu geben. P. tat das nicht, sondern setzte dem Herrn Pastor in mündlicher Unterredung seinen Plan auseinander. Der Vater sagt uns, er sei, als er von Pastor Dieckel heimging, immer noch der festen Meinung gewesen, daß man nicht den Jungen ohne Zutun der Eltern zur See gehen werde. Um so mehr habe es ihn überrascht, daß plötzlich aus Hamburg eine Postkarte ankam, durch die sein Sohn von dort aus ihm mitteilte, er sei nach Hamburg gebracht worden, befinde sich jetzt an Bord eines Segelschiffes und werde auf ihn als Schiffsjunge eine Anrede nach Südamerika machen. Es folgte am nächsten Tage ein ausführlicher Brief. Aus ihm ersehen die Eltern, daß ihr Sohn auf dem Transport von Königsberg nach Hamburg sich noch in Berlin aufgehalten und etwa eine Stunde lang bei

die Schiffs

an dem Unglück den Lokomotivführer des Zuges 3003 treffen, der das Haltesignal überfahren haben soll. Infolge Ueberfahrens des Haltesignals ging der Zug an der Weiche 3 über ein Gleis hinweg dem anderen Zuge in die Planke. Der Führer des Zuges 3003 wohnt in Lichtenberg. Er hat sich krank gemeldet. Sein Begleiter war der Seizer Bech, er ist leicht verletzt. Der Lokomotivführer wird als ein sehr zuverlässiger Beamter bezeichnet.

Amlich wird über das Unglück berichtet: Berlin, 6. Februar. Auf Bahnhof Baumschulenweg fuhr heute früh 5 Uhr 53 Minuten der vom Potsdamer Bahnhof kommende Vorortzug 3003 in den von Niederschöneweide-Johannisdahl nach Berlin Stadtbahn ausfahrenden Zug 1330. Sechs Personen schwer, elf Personen leicht verletzt. Maschinen und vier Wagen entgleist. Zwei Wagen sind die Böschung hinabgestürzt. Materialschaden bedeutend. Stadtbahngleis Niederschöneweide—Berlin vor-aussichtlich sechs Stunden gesperrt. Betrieb wird über Görlitzer Gleis Niederschöneweide—Treprow aufrecht erhalten.

Aus Baumschulenweg wird uns zu dem Vorgang nach geschrieben: In letzter Linie trägt an dem Unglück wieder die bekannte Knauferei des Fiskus die Schuld. Lange haben die Be-

Pastor Diefel vertreibt hatte, dann aber sogleich nach dem Bahnhof gebracht und nach Hamburg verladen worden war.

Warum weder der Erziehungsbeamte, der ihn begleitete, noch der Pastor, dem er zugeführt wurde, dafür sorgt hat, daß der Junge noch eine Zusammenkunft mit seinen Eltern hatte, dafür fehlt den Eltern jede Erklärung. Niemand hat es für nötig gehalten, den Jungen auch nur für eine einzige Viertelstunde noch mit seinen Eltern zusammenzuführen, damit sie ihn vor Antritt seiner langen Seereise noch einmal sehen und er sich von ihnen verabschiedete. Niemand hat den Einfall gehabt, die Eltern zu benachrichtigen, damit sie wenigstens sich auf dem Bahnhofe einfänden und ihrem Sohne Lebewohl sagten. Wichtiger als alles das war wohl, daß er zum Pastor gebracht wurde, um mit ihm eine lange Unterredung zu haben. Weder gegen den Jungen, noch gegen die Eltern kann ein erheblicher Grund vorgelegt werden, eine Zusammenkunft zwischen ihnen zu verhindern. Zu Weihnachten hatte man den Jungen nach Hause beurlaubt; das zeigt, daß er nicht der schlechteste war und auch eine schädliche Beeinflussung durch die Eltern nicht befürchtet wurde. Fünf Wochen nach Weihnachten transportierten sie ihn von Königsberg durch Berlin nach Hamburg, ohne daß die in Berlin wohnenden Eltern ihn noch einmal zu sehen bekamen! Auf dem Bureau der Waisenverwaltung wurde ihnen geantwortet, sie hätten ihn ja erst zu Weihnachten gesehen. Wie wenn eine Handelsreisende nach Südamerika eine Kleinigkeit wäre, um die ein Mutterherz sich keine Sorge macht! Pastor Diefel hat der Mutter geantwortet, der Junge selber habe ja nichts davon gesagt, daß er die Eltern noch mal sehen wolle. Das ist möglich; Fürsorgezöglinge sind ja nicht gewöhnt, ihre Wünsche frei vortragen zu dürfen. Aber dem Pastor kann es doch nicht genügt haben, daß der Junge selber keinen Wunsch äußerte? Aus den durchaus herzlich gehaltenen Briefen des Jungen an seine Eltern ersehen wir, daß ihm die Familienbande keineswegs als gerissen galten.

Schutzmannsprämien für Pflichterfüllung. Wieder mal haben sechs Berliner Schutzleute aus einem vom Deutschen Tierchutzverein vermittelten Legat Geldprämien in Höhe von 100 bis 150 M. für die meisten im Laufe des vorigen Jahres erstatteten Anzeigen über Tierquälerei erhalten. Es sind dies die Schutzleute Oster (Nr. 555), Franke (1800), Klabunde (4722), Arzger (5523), Schwabe (881) und Labrenz (388). Gegen die in der Theorie sehr vernünftige, in der Praxis stark verfehlte Bestimmung des Testators, eines Herrn Moore aus Berlin, läßt sich nicht ankämpfen. Bemerkenswert ist jedoch, daß auch diesmal wieder unter den prämierten Schutzleuten sich solche befinden, die die Prämie schon in verschiedenen früheren Jahren erhalten haben. Für diese scheint sich also die Aussicht auf die Prämie als eine ziemlich feste Nebeneinnahme zum Gehalt auszuwirken. Es ist unmöglich, daß ein einzelner Schutzmann, der nur in seinem Revier Dienst hat, im Laufe eines Jahres Hunderte von Anzeigen wegen Tierquälerei erstattet. Tatsächlich besteht eine fliegende polizeiliche Tierquälerei-Patrouille, die stets auf der Suche nach Gelegenheiten zu Strafanzeigen ist. In dieser Tätigkeit liegt also kein Verdienst, sondern lediglich eine amtliche Pflichterfüllung, die obendrein noch alljährlich mit einem ansehnlichen Geldbetrag „belohnt“ wird. Der Testator hätte klüger gehandelt, die gesamten Zinsen seines Legats für solche Aufseher zu bestimmen, die in der Tierpflege Hervorragendes leisten. Solche Belohnungen an Privatpersonen sind im Legat zwar auch vorgesehen, aber hierfür gelangt noch nicht mal der zehnte Teil der Zinsen zur Verwendung. Die Herren Beamten schöpfen, wie immer, das Fett ab. Daß das Polizeipräsidium geneigt sein wird, eine Änderung dieser Praxis herbeizuführen, ist nicht gut anzunehmen. Die Polizeikasse hat ja auch aus der Häufung der Anzeigen wegen Tierquälerei eine nicht zu vernachlässigende Strafgebindeinnahme.

Die Kranzschleifen, die bei der Beerdigung des Genossen Singer gespendet wurden, sind im Gewerkschaftshause ausgestellt und können von heute ab bis einschließl. Sonnabend von vormittags 10 Uhr bis abends 10 Uhr besichtigt werden.

Die bei der Beerdigung des Genossen Singer niedergelegten Kränze sind auf einer unweit des Einganges des Friedhofes belegenen freien Esplanade ausgebreitet und können dort im Laufe des heutigen Tages in Augenschein genommen werden.

Erwerbsaufkündigung.

Bei der städtischen Schuldeputation wird die „Erwerbsaufkündigung“ verwaltet, deren Befehlen weitere Kreise interessieren dürfte. Die Stiftung bietet Gemeindefrauen der 1. Klasse, die sich in Handarbeiten und durch gute Führung ausgezeichnet haben, Gelegenheit, wertvolle Prämien zu erlangen. Die Stiftung besitzt ein Kapital von 45 000 M., welches ihr aus dem Vermögen der ehemaligen Erwerbskassen zugeflossen ist. Zu den Zinsen dieses Kapitals tritt noch ein Revenuenanteil aus dem Reichertlichen Legat. Aus den Zinsen werden alljährlich am Schluß des Sommers in 50-60 Gemeindefrauen je zwei Prämien im Werte von zusammen 20 M. verteilt, und zwar erhält eine Prämie im Werte von mindestens 12 M. eine zur Entlassung kommende Schülerin und eine Prämie im Werte von mindestens 8 M. eine jüngere Schülerin. Außer diesen Prämien, die in der Regel in einem Rühmlich und einem Rühmlichen bestehen, wird von jetzt ab jedem der 13 Schulklassen jährlich ein Betrag von 150 M. zur Verfügung gestellt, die nach dem Ergebnis eines Preiswettbewerbs zu verteilen sind. Der erste Preis besteht in einer Nähmaschine. Als zweiter Preis kann auch eine Nähmaschine bewilligt werden. Zur Beteiligung an dem Preiswettbewerb schlagen die Rektoren von den Schülerinnen der ersten Klasse eine solche zur Prämierung vor, welche sich durch Fleiß und Geschick in den weiblichen Handarbeiten ausgezeichnet hat. Die vorgeschlagenen Schülerinnen werden zu einer vierstündigen Prüfung eingeladen, in welcher sie Proben ihrer Geschicklichkeit im Herstellen der verschiedenen Arten der Rähle und im Wäscheschneiden abzugeben haben. Die Aufgaben werden von der Inspektorin für den Unterricht in den weiblichen Handarbeiten gestellt. Das Preisgericht setzt sich zusammen aus dem Schulinspektor und 8 Damen, von denen 3 Handarbeitslehrerinnen des Kreises sein müssen.

Das verhinderte Duell. Ein Pistolenduell, das gestern morgen im Grunewald ausgefochten werden sollte, wurde im letzten Augenblick durch das Einschreiten der Kriminalpolizei verhindert. Es handelt sich um einen Zusammenstoß zwischen Herrn August Thyssen junior und seinem früheren Generalbevollmächtigten Dr. jur. Adolf Vorchardt. Dieser sah sich durch eine Veröffentlichung Thyssens beleidigt und forderte ihn auf, seine Behauptungen zurückzunehmen. Als Thyssen das nicht tat, ludte er ihn am Donnerstagmorgen im Hotel Bristol auf und traf ihn gerade beim Frühstück. Er wiederholte sein Verlangen. Thyssen wollte aber nicht auf der Stelle widerrufen, sondern forderte erst weitere Aufklärung. Jetzt versetzte ihm Dr. Vorchardt eine Ohrfeige. Das Verlangen verurteilte an der Frühstückstafel in dem vornehmen Hotel große Aufregung. Gäste und Kellerer griffen ein, um weitere Tätlichkeiten zu verhindern. Die Folge des Auftritts war eine Forderung auf Pistolen, die gestern morgen im Grunewald ausgefochten werden sollte. Es kam jedoch nicht zum Kampf. Von mehreren Seiten, vermutlich von Günstigern Thyssens, die mit 15 Millionen an dessen Leben interessiert sind, hatte die Kriminalpolizei Kenntnis von dem geplanten Zweikampf erhalten. Während Dr. Vorchardt sich mit seinen Feinden schon im Grunewald befand, traf ein Kriminalkommissar Thyssen im letzten Augenblick noch im Hotel Esplanade an. Das Automobil stand schon zur Abfahrt bereit. Der Beamte nahm Thyssen in Schutz und brachte ihn nach dem Polizeipräsidium, von dort später zur weiteren Veranlassung zur Staatsanwaltschaft. Diese entließ Thyssen auf sein Verlangen aus der Schutzhaft. Seine Feinde, v. V. und Dr. T., waren gleich nach der Lieberbrückung im Esplanade-Hotel nach dem Grunewald hinausgefahren, um den dort harrenden Gegner von dem Zwischenfall zu benachrichtigen.

Um nicht zu verkümmern, sollte nach einer von uns dieser Tage gebrachten, einer Korrespondenz entnommenen Lokalnachricht der Haus-

blener Blautwirth in die Wädelerei von Bloch in der Reinickendorfer Straße 87 gegangen und im Begriffe, sich etwas zu essen zu nehmen, verhaftet worden sein. Wie und Herr Bloch mittelst, liegt der Vorfall anders. Der Hausdiener sei in die Wädelerei gegangen, um sich bei dem dort beschäftigten Konditor nach einem Gefesse H. zu erkundigen, der bei H. gearbeitet haben soll. Der Konditor ging darauf nach dem Laden, um sich von Frau V. Auskunft zu holen. Diese Gelegenheit habe der Hausdiener benützt, den Kleiderschrank der Gefesse zu durchsuchen, in dem Geld und Wertgegenstände befanden. Dabei sei er von dem hinzukommenden Konditor überrascht worden, der dann die Polizei holen ließ.

Von einem Strafenbahnwagen überfahren und getötet wurde am Sonntagabend der 67 Jahre alte, aus Friesack gebürtige Harmonika-Spieler Wilhelm Jenklow aus der Dunderstr. 19. Als der alte Mann vor dem Hause Danziger Str. 77 den Damm überqueren wollte, wurde er von einem Wagen der städtischen Straßenbahn zu Boden geworfen, überfahren und so schwer verletzt, daß er auf der Stelle verschied. Man brachte den Verunglückten noch nach der Hilfs-wache in der Gaudystraße. Hier konnte aber der Arzt nur noch seinen Tod feststellen.

Ein schwerer Strafenbahnunfall ereignete sich am Sonntagmorgen 7 1/2 Uhr vor dem Hause Greifswalder Str. 211. Dort wollte ein etwa 30jähriger Arbeiter vor dem Motorwagen 1857 der Linie 59 das Gleis überqueren, wurde jedoch zu Boden geschleudert und blieb neben dem Wagen liegen. Der Verunglückte, der einen schweren Schädelbruch und Gehirnverletzung davongetragen hatte, wurde in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt.

Selbstmord im Grunewald. Im Jagd 108 des Grunewaldes wurde Sonntagmorgen die Leiche eines etwa 35jährigen, den besseren Ständen angehörigen Mannes gefunden. Der Tote, der etwa 1,76 Meter groß ist, besitzt dunkelblondes Haupt- und Barthaar. Der Lebensmüde war mit einem auf Seide gearbeiteten Winterpaletot bekleidet, der auf der Innenseite das Firmenbild Rud. Herzog trägt. Außerdem trug der Tote eine rote Weste und dunkle Westkleider. In den Taschen des Mannes fand sich nichts außer einer silbernen Uhr und einer Zigarettenkassette. Alle Papiere, die zur Feststellung seiner Persönlichkeit führen konnten, hatte der Unbekannte vorher vernichtet. Der Lebensmüde hatte sich durch einen Schuß in die Schläfe getötet. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle in Schildhorn geschafft.

Eine Schießaffäre, die noch der Aufklärung bedarf, spielte sich gestern am Tempelhofer Feld ab. Als der Kinematographenbesitzer Oscar Zahn am Rande des Feldes spazieren ging, trachte hinter ihm plötzlich ein Schuß und im nächsten Augenblick sauste dicht an seinem Kopf eine Kugel vorüber. Die Waffe war von einem gegenüber belegenen Grundstück ab Zahn abgefeuert worden. Eine sofortige Abklärung des Grundstückes war erfolglos. Anscheinend ist Zahn das Opfer einer Verwechslung geworden.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht in Rede-übung findet heute (Dienstag) trotz der Generalversammlungen statt. Es wird um besonders pünktliches Erscheinen gebeten.

Zeugen gesucht! Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 22. Dezember 1910 wurde vor den Häusern Potsdamer Str. 120/130 eine 78 alte Dame hilflos auf dem Bahrdamm liegend aufgefunden und durch einen Herrn mit Hilfe einer Händlerin nach einem Freizeitsgeschäft im Hause Potsdamer Straße 126 geschafft. Die Dame hatte einen Schenkelbruch erlitten und ist am 18. Januar 1911 im Krankenhaus verstorben. Augenzeugen des Unfalles sind nicht bekannt. Er soll dadurch entstanden sein, daß die Verstorbene durch einen Omnibus oder Radfahrer umgefahren wurde. Personen, welche den Vorfall gesehen haben, werden gesehen, sich mündlich oder schriftlich bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3-6, 3 Treppen, Zimmer 409, unter Angabe der Tagebuchnummer 438 IV. 8. 11. zu melden.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Kaufmannsgerichtswahlen, die am Sonntag stattfanden, haben dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands einen schönen Erfolg gebracht. Es gelang demselben, seine Stimmenzahl genau zu verdoppeln und einen zweiten Beisitzer zu erobern. Der Deutschnationale Verband konnte seine vier Beisitzer nur gerade behaupten, doch hat derselbe im Verhältnis zur Zahl der Wähler einen erheblichen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Der kaufmännische Hilfsverein sowie der Leipziger Verband verlieren eine erhebliche Anzahl Stimmen und je einen Beisitzer. Der Hamburger Kommisverein erhielt wie bei der vorigen Wahl einen Beisitzer.

Der Verein der Deutschen Kaufleute (Hirsch-Dunder), der sich zum ersten Male an der Wahl beteiligte, errang gleichfalls einen Beisitzer.

Das Wahlergebnis ist:

Liste 1. Zentralverband	30 Stimmen	2 Beisitzer	bisq. 1 Beisitzer
Liste 2. Deutschnational.	60	4	4
Liste 3. Leipziger	88	2	3
Liste 4. Hirsch-Dunder	14	1	nicht beteiligt
Liste 5. Hbr Kommisverein	24	1	bisq. 1 Beisitzer
Liste 6. Hilfsverein	40	2	3

Das spurlose Verschwinden eines jungen Mädchens beschäftigt gegenwärtig die Polizeibehörden. Es handelt sich um die 16 jährige Tochter des in der Mühlener Str. 23 wohnhaften Vaders Jahner, die seit dem 28. Januar vermißt wird. Das junge Mädchen war in einer Berliner Fabrik beschäftigt und hatte sich an dem genannten Tage gegen 8 Uhr abends, bald nach ihrer Rückkehr von der Arbeit, an der elterlichen Wohnung entfernt, angeblich, um mit einer Freundin ein Kinematographentheater aufzusuchen. Bei dieser Freundin ist die J. jedoch nicht gewesen und es fehlt seither jede Spur von ihr. Emma Jahner ist 1,89 Meter groß, hat blondes Haar, ein blaßes längliches Gesicht und als besonderes Merkmal eine Narbe an der rechten Halsseite. Bekleidet war die Vermisste mit rotbraunem Rock, dunkelgrüner Taile, grauem Mantel, blauem englischen Hut, schwarzen Schuhen und Strümpfen.

Mit 1800 M. durchgebrannt ist der 18 Jahre alte Laufbursche Ernst Anaaf aus der Kaiser-Friedrich-Straße, der seit zwei Jahren in einer Kommissionsbuchhandlung beschäftigt war. Der Bursche erhielt das Geld am Sonntagmorgen, um mehreren Verlegern Lieferungen zu bezahlen. Er ließ sich aber im Geschäft nicht mehr sehen und kam auch nicht mehr nach Hause. Jetzt ergab sich, daß er bei seinem Verleger gewesen ist, das Geld vielmehr in seine eigene Tasche gesteckt hat. — Noch nicht ermittelt ist auch der Dackelhalter Max Lemke, der dem Kaufmann Paul Winkler zu Rixdorf 1867 M. unterschlug. Lemke sollte mit dem Gelde bei der Darmstädter Bank Wechsel einlösen.

Steglitz.

Sozialdemokraten im Gemeindepalast — diese einfache Tatsache ist schon an und für sich unseren bürgerlichen Gemeindevertretern mit samt ihrem Oberhaupt äußerst unangenehm; aber sie sind nun einmal da, man muß sich damit abfinden. Aber Anspruch auf Beachtung haben sie nicht. Das scheinen jedoch diese „ungebildeten“ Sozis noch gar nicht zu wissen, denn sonst wären sie nicht auf den Einfall gekommen, zu erwarten, daß man einem von ihnen gestellten Antrage Beachtung schenken oder gar ein Wort dazu sagen würde. Und noch dazu solch verrückter Antrag: „Einführung einer Arbeitslosen-Unter-

stützung sowie die Errichtung eines Arbeitsnachweises.“ Ist denn schon jemals einer der bürgerlichen Gemeindevertreter oder etwa gar der Bürgermeister arbeitslos gewesen? Nein! Also ist Arbeitslosen-Unterstützung Unsinn; reden wir nicht darüber. Das muß wohl der Gedankengang der Hausbesitzermehrheit und des Gemeindevorstands gewesen sein. Unser Vertreter Genosse Ahmann begründete ausführlich in sachlicher Weise den Antrag. Er wies darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit eine Folge der kapitalistischen Produktionsweise sei und deshalb in der heutigen Gesellschaftsordnung dauernd vorhanden sein würde, nur daß die Zahl ihrer Opfer schwankte, je nachdem im wirtschaftlichen Leben ein Aufschwung oder ein Niedergang sich bemerkbar mache. Er wies an der Hand von Statistiken den ungeheuren Umfang der Arbeitslosigkeit speziell in Groß-Berlin (auch in Steglitz) nach, wie er bei früheren Zählungen festgestellt worden war. Durch Zahlenmaterial belegte unser Redner seine Ausführungen über die segensreiche Tätigkeit der modernen Gewerkschaften, die jährlich Millionen von arbeitslosen-Unterstützung an ihre Mitglieder zahlen. Diese Selbsthilfe der organisierten Arbeiter vermöge jedoch nur einen kleinen Teil des ungeheuren Elends zu lindern, das die kapitalistische Gesellschaft verschuldet. Der Staat, der in erster Linie zur Hilfe verpflichtet wäre, versage hier vollständig. Deshalb müßten die Kommunen eingreifen. Nach dem Vorbild anderer deutscher Städte, zu denen in allerjüngster Zeit unsere Nachbarstadt Schöneberg hinzugekommen sei, möge auch die Steglitzer Gemeindevertretung den vorgelegten Entwurf zu einer Arbeitslosenunterstützung und denjenigen zur Einrichtung eines Arbeitsnachweises, der eine notwendige Ergänzung des letzteren sei, wohlwollend prüfen und durch die Annahme beweisen, daß die so oft beteuerten Gesinnungen der Sorge auch um das Wohl der hiesigen Arbeiterkassen ernst gemeint seien. — Der Gemeindevorstand und die Rechte schwiegen jetzt, wo es zu reden galt, während sie vorher redeten, als sie hätten zuhören sollen. Dafür sprengte „Ostasio“ mit gefälliger Länge in die Arena, um den Drachen Sozialdemokratie zu töten, und zwar in der Person des Herrn Korthaus, Vertreter der dritten Wählerklasse und Mitglied der Fraktion „Mieterverein“, der sich so gerne reden reden hört, daß er keine Gelegenheit verpasst, um sein Licht leuchten zu lassen. Offenbar hatte er beim Abendbrot ein Flugblatt des Reichsverbandes gelesen und daraus gab er Proben zum besten. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften nehmen den Arbeitern die Beiträge zwangsweise ab; sie leisten aber absolut nichts. Sie beschränken den Arbeitern die persönliche Freiheit und setzen sie in frivole Streits; leider sind die Arbeitgeber machtlos dagegen usw. Ueberhaupt „die Politisierung des Herrn Ahmann paßt und nicht!“ weiterte er. Blüthlich schlug der edle Kämpfer ein Wortelbaum: „Aber die Anregung wollen wir nicht zurückweisen, das würde ich bedauern.“ Nach einem abermaligen Salto war er beim Arbeitsnachweis angelangt, den wir hier nicht brauchen, weil ein solcher schon lange bestünde. Aber: „es kommt keiner!“, er wird nicht bemittelt. Wenn Arbeit da ist, wollen die Herren nicht arbeiten, wenn keine da ist, will man arbeiten!“ rief der Mietervertreter der dritten Wählerklasse aus. Sein Fraktionsgenosse Westphal sprach gegen den vorgelegten Arbeitsnachweisentwurf, den er nicht für diskutabel hielt, war aber im Prinzip dafür. Genosse Ahmann setzte den streitbaren Ostasio gründlich in den Sand, seine Entgegnung war recht gequält. Als sich bei der Abstimmung ergab, daß außer unseren beiden Genossen nur noch zwei Herren vom Kommisverein die Hände erhoben, eine Mehrheit also nicht zu beschaffen war, da stimmten schließlich auch noch die Herren Korthaus und Westphal dafür. In der nächsten Wahlkampagne kann der Mieterverein dann wenigstens mit gutem Gewissen behaupten, daß seine Vertreter für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung gestimmt haben.

Die Leiche eines ungeborenen Kindes männlichen Geschlechts wurde am Sonnabendabend gegen 7 Uhr am Eingange zu dem Grundstück Schloßstr. 46 aufgefunden. Der kleine Körper war in ein Stück weißes Leinen und einen Bogen braunen Packpapiers eingewickelt. Bei der Leiche wurde auch ein Stück eines Frauenhemdes gefunden, das ein aus mehreren roten Kreuzen bestehendes Wäschezeichen aufwies. Die kleine Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden. Nach den bisherigen Ermittlungen ist das Paket an jener Stelle von einer 35-40jährigen Frau, die offenbar dem Arbeiterstande angehört, niedergelegt worden, die gegen 5 Uhr nachmittags mit einem Wagen der Straßenbahn bis zum Steglitzer Rathaus gefahren war.

Friedenau.

Der letzte Gemeindevertretung lag ein Antrag des Gemeindevorstandes folgenden Inhalts zur Veranschlagung vor:

Die Gemeindevertretung beantragt bei der königl. Staatsregierung: Der Gemeinde Friedenau die Stadtrechte zu verleihen. Ein Ausschneiden aus dem Kreise Testow wird hierbei zunächst nicht beabsichtigt. Jedoch erachtet die Gemeinde, daß bei einer etwaigen Änderung des § 4 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872/10. März 1881 der Stadtgemeinde Friedenau die Möglichkeit, aus dem Kreise auszuscheiden, erhalten bleibt, da sie bei vollkommenem Ausbaue die Zahl von 40 000 bis 45 000 Einwohnern nicht überschreiten kann. Dieser Beschluß wird unter der Voraussetzung gefaßt, daß der zuständigen Stadt Friedenau die eigene kommunale Polizeiverwaltung belassen wird. Bürgermeister Walger begründete den Antrag. Einen Ort von 35 000 Einwohnern im Sinne der Landgemeindeordnung zu verwalteln, sei fast unmöglich. Er ersuchte um möglichst einstimmige Annahme des Antrages. In der sich anschließenden Diskussion trat Gemeindevorstand Schulz wärm für den Antrag ein, während der bei der letzten Wahl in der dritten Abteilung unterlegene, nachher aber von der ersten Klasse auf den Schild erhobene Herr Kunow sich seinen Austraggebern dankbar zeigte, indem er den Antrag mit dem Hinweis darauf bekämpfte, daß die Städteordnung den Hausbesitzern nur die Hälfte und nicht wie die Landgemeindeordnung zwei Drittel aller Einge sichere. Man könne ja nicht wissen, was man nachher für Elemente hereinbekomme, schließlich wohl solche, die selbstlos nur das Allgemeininteresse im Auge haben. Bei einem Hausbesitzer sei dies (Wer laßt da?) alles selbstverständlich. Daß der in der vorletzten Sitzung sich als erregt gebärdende freisinnige Herr Berken dagegen war, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden. Unser Genosse Richter trat entschieden für den Antrag ein. Er wies auch den Vorwurf des Herrn Kunow energisch zurück, daß die Mietervertreter, womit in diesem Falle die Vertreter der organisierten Arbeiterkassen gemeint seien, an der Entwicklung und dem Ansehen des Ortes weniger Interesse hätten, als die Grundbesitzer. Treffend führte er aus, daß in den neubauten Vierteln Friedenaus von einem Hausbesitzer selten die Rede sein könne, da man es bei dem größten Teil der Häuser mit den sogenannten Schwindelbauten zu tun habe. Diese Sorte Hauseigentümer seien dem Herrn Kunow jedenfalls lieber als ehrliche Arbeitervertreter. Als das Gesetz beschlossen wurde, habe man an Landgemeinden von solchem Umfange nicht gedacht und auch die besonderen Verhältnisse derselben nicht berücksichtigt. Hier hätten schon lange Schritte unternommen werden müssen. Er begrüßte aus diesem Grunde den Antrag des Gemeindevorstandes, welcher, da an eine Eingemeindung vorläufig ja doch noch nicht gedacht werden könne, einen wesentlichen Fortschritt bedeute. Der Antrag wurde mit 16 gegen 6 Stimmen angenommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm man zu dem Zweckentwurf Stellung; es wurde folgende, auch von unseren Genossen unterstützte Resolution, welche dem Abgeordnetensause unterbreitet werden soll, einstimmig angenommen:

Die Gemeindevertretung beschließt. Bei dem Abgeordnetenhaus haben vorzeitig zu werden, daß nur diejenigen Landgemeinden der Kreiszeitung und Niederbarum mit in den Verband hineingezogen werden, die räumlich mit Berlin zusammenhängen, und daß diese Kreisgemeinden zur Wahrnehmung ihrer Interessen entsprechend den ihnen auferlegten Leistungen das Recht erhalten, ihre Vertreter in die Verbandskörperschaften selbst zu entsenden.

Weißensee.

Kaufmannsgerichtswahl. Bei der gestern stattgefundenen Wahl der Kaufmannsgerichtswahl zum Kaufmannsgericht wurden insgesamt 123 Stimmen abgegeben. Davon fielen auf Liste 1 (Weißziger Verband) 18 Stimmen, gleich 1 Weißziger; Liste 2 (Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband) 43 Stimmen, gleich 2 Weißziger; Liste 3 (Verband der Kaufleute) 26 Stimmen, gleich 1 Weißziger und Liste 4 (Zentralverband der Handlungsgehilfen) 35 Stimmen, gleich 2 Weißziger. Der Zentralverband gewann 1 Weißziger, und die für ihn abgegebenen Stimmen stiegen von 14 auf 35.

Rummelsburg.

Aus der Gemeindevertretung. Die letzte Sitzung betraf hauptsächlich die Besprechung über den Zwangsverband Groß-Berlin. Bürgermeister Dr. Hahn erläuterte in längeren Ausführungen den Zweck und die vorgezeichneten Aufgaben, die dem Zwangsverband obliegen sollen. Dr. Hahn verteilte hierbei die Ansicht, daß die Gemeinde Rummelsburg von den drei in Frage kommenden Verbänden aufgaben kaum irgendwie in Betracht kommende Vorteile zu erwarten hat, andererseits werden die Kostenvoranschläge der Gemeinde zum Verband nicht unerheblich sein. Redner kann von dem Zwangsverband nur etwas erwarten, wenn auch gleichzeitig eine Regelung in der Verteilung der Volksschullasten als Verbandsaufgabe mit einbezogen werden würde. Genosse John bedauerte es in erster Linie, daß die widerstreitenden Gemeindeinteressen einen Zwangsverband auf freier Grundlage nicht zustande kommen lassen; auch glaubt unser Redner annehmen zu können, daß diese „Interessen-gegenüber“ der einzelnen Gemeinden untereinander — sich auch in der Verbandsvorstellung widerspiegeln — und es fraglich erscheinen lassen, ob der geplante Zwangsverband die gestellten Aufgaben in dem gewünschten Umfang überhaupt wird erfüllen können. Die Einbeziehung der Verteilung der Volksschullasten als Verbandsaufgabe hält auch unser Redner für äußerst notwendig, glaubt aber auch hier, daß diese Forderung in Anbetracht der gegenwärtigen Interessen der Verbandsmitglieder sich in absehbarer Zeit kaum wird erfüllen. Eine vollkommene Lösung der aus der Gemeinsamkeit der Interessen in Groß-Berlin erwachenden Aufgaben erblickt unser Genosse nur in einer umfassenden Eingemeindung nach Berlin. Als Zwangsverbanddeputation wurde hierauf mit der Wahrnehmung der Gemeindeinteressen die Finanz- und Stadtverordnungsdeputation betraut. Die Wahl eines Mitgliedes in die Schuldeputation wie eines stellvertretenden Mitgliedes der Einkommensteuer-Vereinsprüfungs-Kommission wurde auf Antrag unserer Vertreter vertagt. Für die Schuldeputation war Gemeindevorsteher Vorse und für die Steuer-Eigentümer Schulz vom Gemeindevorstand in Vorschlag gebracht worden. In nicht öffentlicher Sitzung wurden die drei noch freien Grundstücke vor dem neuen Krankenhaus in der Prinz-Albertstraße zum Preise von 550 M. pro Quadratmeter verkauft. Die Vertreter der beiden Grundbesitzervereine stimmten geschlossen dafür. Auf die Beheizung unserer Vertreter über den miserablen Zustand des Bürgersteiges vor dem Berliner Magistratsgelände in der Marktstraße — versprach der Bürgermeister in energischer Weise beim Berliner Magistrat vorstellig zu werden eventuell soll der fernere Beheizung der Stadt Berlin, der Bürgersteig von der Gemeinde hergerichtet und die Kosten dann von Berlin eingeklagt werden.

Friedrichshagen.

Gemeindevorsteherwahl. Der Gemeindevorsteher Bürgermeister Dr. Stiller gab eine kurze Uebersicht über die Tätigkeit des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung während des Geschäftsjahres 1910. Der Vorstand hielt 26 Sitzungen ab und faßte 352 Beschlüsse. Die Vertretung tagte in 13 Sitzungen und erledigte 143 Sachen. Zum Zusammenlegungsverfahren des östlichen Ortsteils berichtete der Vorsteher, daß nunmehr auch der Rentier Goldmann seine früheren unerfüllbaren Forderungen aufgegeben habe und bereit sei, der Gemeinde entgegenzukommen. Der Gemeindevorstand empfahl deshalb, um das Zusammenlegungsverfahren zu beschleunigen, der von Goldmann gewünschten Vorgartenfluchtlinie von 40 Meter Länge vor seinem Parzellensitz zuzustimmen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Die von der Schuldeputation und dem Gemeindevorstand beantragte Errichtung einer Schulsparkasse stieß auf beständigen Widerstand der Vertretung. Der Vorsteher begründete in längeren Ausführungen die Notwendigkeit einer Schulsparkasse. Nach seinen Erfahrungen liege die Errichtung zur Sparamkeit in der Friedrichshagener Bevölkerung ein dringendes Erfordernis. Die Lehrerschaft habe zwar die Mitwirkung an einer Sparkasse abgelehnt, wenn jedoch die Vertretung der Errichtung der Kasse zustimme, werden gewiß die Lehrer ihren ablehnenden Standpunkt aufgeben. Genosse Barth wandte sich gegen die Vorlage. Das Sparen möge den Eltern überlassen bleiben. Die Schule habe wichtigere Aufgaben zu erfüllen. Genosse Sonnenburg äußerte sich ebenfalls ablehnend. Wenn der Vorsteher den Gemeindegliedern das Sparen empfehle, so verweise er auf die ungeheure Verteuerung des Lebensunterhalts, die der blaue schwarze Bloß durch die famose Reichsfinanzreform herbeigeführt habe. In einem sonderbaren Kontrast zum Sparen stünde die Erhöhung der Zivilliste von 15¹/₂ auf 19¹/₂ Millionen. Weiter sprachen noch die Vertreter Agnig, Geselebrocht, Harde und Wolter gegen die Vorlage. Ein Vertagungsantrag wurde abgelehnt und der Antrag der Sozialdemokraten, von der Schulsparkasse abzusehen, mit Mehrheit angenommen.

Ein Antrag des märkischen Fischereivereins um Gewährung einer Unterstützung wurde mit Rücksicht auf die Vereinsbestrebungen, die Fischzucht zu heben und die wirtschaftliche Lage des Fischereigewerbes zu fördern, angenommen und ein laufender Jahresbeitrag von 30 M. festgesetzt.

Unter Mitteilungen zum Etat gab der Vorsteher bekannt, daß nach dem Vorschlag die Zuschläge zu den Personal- und Realsteuern dieselben bleiben wie im Vorjahr. — Vertreter Bloede erwiderte dem Gemeindevorstand, von Privatunternehmern Offerten einzufordern, um festzustellen, ob die Straßenreinigung durch Unternehmer billiger sei als durch die Gemeinde. — Vertreter Wolter wünschte einen Kostenaufschlag von Privatunternehmern über das Fahrweien, da sich dasselbe im Gemeindebetrieb zu teuer stelle. — Der Vorsteher sagte die Erfüllung der Wünsche zu. — Genosse Sonnenburg erklärte jedoch, daß er prinzipiell für die Straßenreinigung durch die Gemeinde sei, auch dann, wenn dieselbe teurer sei als durch Privatunternehmer. Das liege nicht nur im hygienischen Interesse, sondern auch im Interesse der Gemeindearbeiter.

Genosse Sonnenburg führte darüber Beschwerde, daß der Antrag seiner Fraktion vom 9. Januar, wonach der Gemeindevorstand ersucht wird, einen Nachweis zu führen über die Benutzung des kommunalen Arbeitsnachweises; die Zahl der Anträge von Arbeitslosen um Aufnahme von Arbeit; die Gewährung von Geldunterstützung an solche Arbeitslose, denen keine Gemeinde- oder Privatarbeit nachgewiesen werden konnte; wieviel von der im Etat ausgeworfenen Summe von 3000 M. zur Unterstützung von Arbeitslosen verwendet worden ist, noch nicht zur Verhandlung gebracht worden ist. — Schöffe Dr. Wallburg als Dezent der Arbeitsnachweises gab die Versicherung, daß er in der nächsten Sitzung den beantragten Nachweis erstatten werde.

Hierauf kritisierte Genosse Sonnenburg in scharfer Weise die Illumination des Rathauses am 27. Januar, ohne die Zustimmung der Vertretung eingeholt zu haben. Das sei geschmacklos. Die Vertretung habe das Recht, aber alle Gemeindeangelegenheiten sowie über die Verwendung von Gemeinde-

mitteln zu beschließen. Dieselben werden von allen Steuerzahlern aufgebracht ohne Unterschied der politischen Gesinnung. Bei der gegenwärtigen politischen Erbitterung der Gemeindeglieder bis tief in die Kreise des Bürgertums hätte die Klugheit es geboten, von der Illumination abzusehen. Der verlorene Vorsteher, obwohl ein strengkonserverativer Mann, habe auch stets so verfahren. — Bürgermeister Dr. Stiller erklärte, daß die Illumination auf Beschluß des Gemeindevorstandes ausgeführt sei. Es handle sich um eine nationale, nicht um eine parteipolitische Angelegenheit. — Genosse Barth bekämpfte energisch die Bewilligung von Gemeindegeldern zu dem genannten Zweck. Die Betätigung seiner Gefühle am 27. Januar habe jeder einzelne aus seiner eigenen Tasche zu zahlen. — Vertreter Harde (Demokratische Vereinigung) erwarb sich den Ruhm, zu beantragen, gleich für alle Zeiten die Illuminationskosten zu bewilligen. Vertreter Bloede (fr.-nat.-l.) unterstützte sehr lebhaft den Antrag Harde. Derselbe wurde dann gegen die Stimmen der Genossen Barth, Grau, Schmidt, Sonnenburg und Stephan angenommen.

Neuenhagen (Ostbahn).

Die Hälfte der Kosten zum Erwerb des Platzes an der Bahnhofstraße und zur Erweiterung des Straßenlandes zur Verbreiterung der Lindenstraße sollten nach dem Beschlusse der Gemeindevertretung vom 30. Dezember 1910 aus dem Anstaltungsgebührenfonds bestritten werden. Wegen dieser Kostendeckung hatte der Gemeindevorstand nachträglich Bedenken; es wurde deswegen in der letzten Gemeindevorsteherung beschloffen, die Kosten aus dem Fonds für Gemeindezwecke zu decken, welcher nach Ansicht des Gemeindevorstandes auf Grund desselben Gemeindecapitals gesammelt sein soll, wie der Anstaltungsgebührenfonds. Ein ungesetzlicher Zustand. Der Allgemeinen Bau- und Anstaltungsgehilfenverein wurde die Erteilung des Pflasterkonjess für die Dahlwiger Straße grundsätzlich, und für die Straße 64 bis zur Genehmigung des Bauplanes verlagert; denn die Vertretung hat schon am 3. November 1909 beschlossen, die Dahlwiger Straße selbst zu pflastern, weil die Anlieger, die nicht von der Anstaltungsgehilfenverein gekauft haben, die Zahlung der Pflasterkosten an dieselbe mit Recht verweigern würden. Die Pflasterung der Schmidstraße wurde Herrn B. Mah, Straußberg, als Mindestfordernden mit 51,00 M. pro laufenden Meter übertragen. Dem Verlauf der Riederbalden Trift, 1610 Quadratmeter Straßenland, ein langes, schmales für die Gemeinde wertloses Stück, wurde zum Preise von 3 M. pro Quadratmeter nur unter der Bedingung zugestimmt, daß ein Durchgang zur Poststraße erhalten bleiben muß. Die Kostenübernahme für die Pflasterung des Bürgersteiges im Dorfe ist nun durch das Ortsstatut vom 1. 11. 10 geregelt, insoweit es wurde beschlossen, die Pflasterung sobald wie möglich vorzunehmen. Herr Müller, wohl der reichste Bauer im Dorfe, stimmte bezeichnenderweise dagegen. Zum Schluß wurden berechnete Klagen über die unregelmäßige Abhaltung des Schulunterrichts, bedingt durch das lange Krankenlager und den Tod des Oberlehrers Herrn Sielaff, erhoben. Am 1. April soll die Schule einen Rektor erhalten; bis dahin werden wohl die Klagen nicht verstummen. Einen Schulzweckverband mit dem Gutsvorstand bildend, hat die Gemeinde wohl die Pflicht, die Kosten zu tragen, hat aber leider kein Recht, Einrichtung und Betrieb der Schule als Aufgaben der Gemeinde zu betrachten; vom Einfluß auf den Unterrichtsplan ganz zu schweigen.

Bernau.

Unter reger Beteiligung der Genossen und Genossinnen erfolgte am Sonntag die Beerdigung des Genossen Ferdinand Krüger. Zu der Wohnung sprach am Sarge namens der Bezirksleitung Genosse Heilig dem Dahingegangenen Dank und Anerkennung für seine Tätigkeit für die Partei aus. Unter Vorantritt einer Musikkapelle bewegte sich der Zug nach dem Friedhof, wo der Gesangsverein „Freiheit“ Bernau an der Gruft dem Verstorbenen den letzten Schiedegrüß widmete.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Die Versammlung nahm zunächst Kenntnis von zwei Petitionen des Bezirksvereins der Brandenburger Vorstadt. Die eine betraf die Mißstände am Schulgraben; hier machte sich besonders eine Mattenlage fühlbar. Die Ufer des Grabens, der einen Abfluß der in Sossouci zur Aufnahme des Fontänenwassers befindlichen Gräben darstellt, bergen ganze Scharen von Matten. Die andere betraf die Errichtung eines Spielplatzes. Da man den Platz eingegrenzt und mit einer Halle versehen verlangt, scheint gleichzeitig die Absicht zu bestehen, ihn nicht für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Lustgarten mit dem Paradeplatz soll elektrische Beleuchtung erhalten; er dürfte dadurch des Abends eine Erholungsstätte für die Einwohnerschaft werden. — Dem Bauplan der Großen Weinmeisterstraße und des Geländes zwischen dieser Straße und der Albrechtstraße wurde zugestimmt. — Verschiedene Etatsfestsetzungen weisen an Arbeitslöhnen nur unwesentliche Erhöhungen auf, die zum größten Teil durch die Erhöhung des durchschnittlichen Tagelohnes und die infolgedessen bedingte anderweitige Einteilung der Krankenkasse und Invalidenversicherung bedingt sind. Bei der Reichshofverwaltung wird bemängelt, daß durch Etatsaufstellung größere Ausgabenposten erledigt werden, zu der die Stadtverordneten eine besondere Vorlage wünschen. Der Etat wurde nur unter dieser Voraussetzung genehmigt.

Aus aller Welt.

Großfeuer in Konstantinopel.

Ein gewaltiger Brand ist in der Nacht zum Montag in Konstantinopel in den Gebäuden der „Hohen Pforte“ ausgebrochen. Dort befindet sich der größte Teil der türkischen Ministerien, die Staatsarchive usw. Das Feuer brach in dem in der Mitte des Gebäudes befindlichen Telegraphenamt aus und vernichtete die Bureaus des Staatsrats sowie einen Teil des Ministeriums des Innern und des Großwesens. Die beiden Flügel der Pforte, in denen sich das Ministerium des Reichens, die Kanzlei des Großwesens und der Saal des Ministeriums befinden, wurden durch das rechtzeitige Eingreifen der Feuerwehr gerettet. Ebenso gelang es, die Archive des Staatsrates in Sicherheit zu bringen. Das Feuer ist, wie bereits festgestellt wurde, durch einen unglücklichen Zufall entstanden.

Die „Hohe Pforte“ (der Name stammt von dem vorspringenden Haupttor, das zum Vorplatz führt) besteht aus niedrigen Bauwerken, die sich um einen ziemlich weiten Platz gruppieren und nur wenige Amtsräume enthalten.

Chelische Auseinandersetzung.

Ein lärmendes Intermezzo in einer Kirche beschäftigte das Bezirksgericht zu Agrum, vor dem sich der Pfarrer Nikolaus Gadin aus Nowigrad und die unversöhnliche Magda Fiskus wegen Religionsstörung zu verantworten hatten. Am Oktober vorigen Jahres hielt der Pfarrer in der Kirche den Frühgottesdienst ab, wobei er in der ersten Reihe der Kirchenbänke die Mitongeklagte Fiskus bemerkte. Er rief mit lauter Stimme den Kirchendiener herbei und beauftragte diesen, das Mädchen zu entfernen. Diese Aufforderung tief unter den Kirchenbesuchern große Aufregung hervor. Die Fiskus erwiderte dem Pfarrer: Wenn ich aus der Kirche muß, müssen Sie auch heraus! Ebenso wenig wie ich wert bin, in der Kirche zu sein, ebensowenig sind Sie wert, als Priester zu fungieren. Daraufhin verließ der Geistliche den Altar, trat auf die Fiskus zu und verlegte ihr mit dem Rehbuch mehrere Schläge über den Kopf, so daß sie Verletzungen erlitt, deren Heilung acht Tage in Anspruch nahm. In der Mitte der Kirche gab der Pfarrer der Fiskus noch eine Ohrfeige. Das Mädchen rief noch mit lauter Stimme: Wenn ich nicht in der Kirche bleiben darf, so sind

Sie nicht würdig, die Messe zu lesen, denn ich bin Ihre Frau. In der Verhandlung ergab sich, daß die Fiskus die Geliebte des Pfarrers gewesen und daß der letztere sie nur deshalb aus der Kirche entfernen lassen wollte, weil sie das Verhältnis mit ihm zu lösen suchte. Der Gerichtshof sprach die Fiskus und verurteilte den Geistlichen zu vierzehn Tagen Arrest.

Nach Verhängung der Arreststrafe will der gestrauchelte Gottesmann seiner Gemeinde erklären, wie es kam, daß er dem Teufel Vitru erlag. Wir empfehlen ihm zur Lektüre die Weisheit Salomos, Kapitel 8, Vers 2, wo es heißt: „Dieselbige hab ich geliebt und gehiebt von meiner Jugend auf, denn ich habe ihre Schöne lieb gewonnen.“

Tödlich verunglückter Militärflieger.

Auf dem Döberitzer Flugfelde stürzte gestern vormittag der 23 Jahre alte Leutnant Stein vom Telegraphen-Batalion Nr. 3, kommandiert zur Versuchsabteilung der Verfahrstruppen, bei einem Gleitfluge aus 20 Meter Höhe ab und erlitt einen Schädelbruch. Der Verunglückte war sofort tot.

Die schwarzen Vöcken in Duisburg.

Ein Teil der Presse hatte eine Meldung veröffentlicht, wonach in Duisburg ein „Jugendklub“ von „Holera“ festgesetzt worden seien. Wie ein Telegramm meldet, ist diese Nachricht als Falsch und beruht wahrscheinlich auf einer Verwechslung mit drei Fällen von schwarzen Vöcken, die dort festgestellt worden sind. Eine Person ist der Erkrankung erlegen; die beiden anderen befinden sich auf dem Wege der Besserung. Ein Grund zu irgend welcher Beunruhigung liege nicht vor. Es haben gegen dreihundert Schutzimpfungen stattgefunden.

253 Fischer ins Meer getrieben.

Im Björkeseen an der finnländischen Küste sind 253 Fischer, die auf einer Fischscholle ihrem Gewerbe oblagen, mit der Scholle ins Meer abgetrieben worden. Aus verschiedenen Orten der Küste wurden sofort nach Bekanntwerden des Unglücks Rettungsboote abgeandt, die sich auf die Suche nach den im Meere Treibenden machten. Bisher hat man die Vermissten noch nicht aufgefunden.

Kleine Notizen.

Liebesdrama eines Einjährigen. Am Sonntag nachmittag gab der Einjährig-Freiwillige Bäuerle aus Wiesbaden in der Nähe des Doyheimer Friedhofes bei Wiesbaden auf eine Dame in Balltoilette mehrere Revolverschläge ab und verletzte sie schwer. Darauf erschoss sich Bäuerle selbst.

Selbstmord eines Reichsgerichtsrats. Seit einigen Tagen wurde in Leipzig der Reichsgerichtsrat Weller vermisst. Wie jetzt bekannt wird, hat der Vermisste seinem Leben ein Ende gemacht. Wellers Leiche wurde gestern aus der Pleiße gezogen.

Schweres Unglück bei einem Wettsegeln. Im Verlaufe eines von Segelbooten des englischen Geschwaders an der spanischen Küste veranstalteten Wettsegelns schlug ein Boot um. Vier Leute der Besatzung sind ertrunken.

Der Europäer in Marokko ermordet. Nach einer Meldung aus Melilla wurden fünf Europäer, die sich auf dem Landwege aus dem Departement Oran nach Melilla begaben, auf dem linken Ufer des Mulwafusses von Rifflenten angegriffen. Einer der Europäer entkam, die übrigen wurden ermordet; die Leichen wurden von Spaniern gefunden und nach Melilla gebracht.

Briefkasten der Redaktion.

S. 701. Unfällig ist die Besteuerung, da es sich um eine „gemischte“ Be handelt. — **S. 706.** Vom Gericht werden die Kosten vorher beantragt. Eine Verpflichtung zur vorherigen Bezahlung liegt unseres Erachtens nicht vor. — **S. 708.** 1. 47,10 M. monatlich 2. Ja. Etwa 15 M. — **S. 709.** 8. Die sechsmonatliche Kündigung zum Ablauf eines Dienstverhältnisses — nicht gleichbedeutend mit Kalendervierteljahr — ist die gesetzliche Kündigungsfrist. Sogar Schaden, der durch die vorzeitige Lösung des Dienstverhältnisses entstanden ist, kann vom Lohn gefordert werden. Eine Klage wäre beim Amtsgericht Angermünde anhängig zu machen. — **S. 710.** Prüfen Sie den Vertrag sofort wegen Irrtums bzw. Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft an

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	5. 2.	4. 1.		5. 2.	4. 1.
Remel, Mühl	248 ¹ / ₂	+6	Saale, Großh.	124	-4
Bregel, Jüterburg	7 ¹ / ₂	+2	Havel, Spandau	110	-4
Seefeld, Thon	68 ¹ / ₂	+8	Havel, Rathenow	142	+1
Oder, Ratibor	187 ¹ / ₂	-3	Spree, Spremberg	120	-4
„ „ „ „	296 ¹ / ₂	+12	„ „ „ „	183	+1
„ „ „ „	282 ¹ / ₂	+10	„ „ „ „	7	-8
„ „ „ „	68	-18	„ „ „ „	82	-1
„ „ „ „	82 ¹ / ₂	-6	„ „ „ „	311	-1
„ „ „ „	57 ¹ / ₂	+34	„ „ „ „	163	-7
„ „ „ „	55	-4	„ „ „ „	187	-13
„ „ „ „	58	-4	„ „ „ „	170	-10
„ „ „ „	258	-23	„ „ „ „	7	-
„ „ „ „	216	-22	„ „ „ „	90	-3

¹/₂ + bedeutet Stund-, — Maß. — ¹/₂ Unterpegel. — ¹/₂ Eisstand. — ¹/₂ Eisbreiten. — ¹/₂ Eisfrei. — ¹/₂ Eisbewegung.

MANOLI
CIGARETTES
UBERALL

11242^o Schlesiache Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

